

# UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

152 · Juni 2003

*Monatliche Publikation,  
herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz	387
Essay	
JÖRN SCHÜTRUMPF Die Juni-Insurrektion 1953. Schwierigkeiten mit der Klasse. Thesen	485
Stalins Tod und die Folgen	
KARL-HEINZ GRÄFE 1953: die Krise des Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa	493
Globalisierung, Hegemonie & Krieg	
HANS JÜRGEN KRYSMANSKI Wer führt die neuen Kriege? Globale Macht- und Geldeliten machen mobil	506
PEER HEINELT Nur deutsche Kriege sind gute Kriege. Bundesrepublikanische Medien auf Friedenskurs?	520
Programmdiskussion	
HELGE MEVES Das Selbstverständnis der PDS, der Neoliberalismus und die Mitte-Unten-Optionen	525
SAHRA WAGENKNECHT Welche Aufgaben hat ein Programm einer sozialistischen Partei?	536
Alternative Wirtschaftstheorie	
ANNELEISE BRAUN Auf der Suche nach einer feministischen Theorie des Wirtschaftens	543

## In memoriam

ILSEGRET FINK  
Dorothee Sölle (1929 bis 2003) 555

GERHARD GUNDERMANN  
»Verantwortung für das eigene Produkt«.  
Beitrag zum Kongreß der Unterhaltungskunst, März 1989 557

## Festplatte

WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 564

## Bücher & Zeitschriften

Heike Walk, Nele Boehme (Hrsg.):  
Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke  
auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus  
(FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER) 566

Alexander Roesler, Bernd Stiegler (Hrsg.):  
Microsoft. Medien – Macht – Monopol  
(KLAUS MELLE) 567

Christoph Deutschmann (Hrsg.):  
Die gesellschaftliche Macht des Geldes,  
Leviathan Sonderheft 21  
Werner Rügemer:  
Arm und reich. Bibliothek  
dialektischer Grundbegriffe, Band 3  
(ULRICH BUSCH) 569

Michael Steffen:  
Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation  
des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991  
(FLORIAN WEIS) 571

Malcolm Sylvers:  
Die USA – Anatomie einer Weltmacht.  
Zwischen Hegemonie und Krise  
(ANJA LAABS) 572

Summaries 574

An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 576

# VorSatz

*Die PDS kommt aus ihrer Krise nicht heraus. Ein Sonderparteitag Ende Juni soll Abhilfe schaffen. Überall in der Partei erschallt der Ruf nach Politikfähigkeit. Sie wiederzugewinnen gilt als Hauptproblem. Das ist auch deshalb ein so großes und mannigfaches, weil der Streit schon um den Inhalt des Wortes geht. Denn was ist – oder könnte sie sein –: diese Politikfähigkeit?*

*Zu kurz griffe, wer dies als eine Frage beschriebe, die lediglich die PDS umtreibt. Denn wer genauer hinschaut, merkt sehr schnell, daß auch alles andere, was sich links von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu positionieren versucht, im Meinungshauptstrom aus SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP plus Medienwelt ganz schnell im Ruch steht, nicht mehr politikfähig zu sein. Seien es die Einwendungen von Oskar Lafontaine, die Rebellionsversuche von Ottmar Schreiner, Andrea Nahles und Niels Annen oder die Vorstöße der DGB- und ver.di-Spitzen Michael Sommer und Frank Bsirske – sie alle werden in einem wundersamen Zusammenspiel aus immer den gleichen Regionalkonferenz-Kanzlerreden, stets abrufbereiten Einlassungen von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt und dienstwilligen Leitartiklern meinungseinheitlich mit dem Stempel »politikuntauglich« gebrandmarkt, als ewiggestrig verhöhnt und als realitätsfremd lächerlich gemacht. Gerade wiederholen sich die Kolumnisten meiner Regionalzeitung darin, mir einzureden, daß John Maynard Keynes nicht etwa ein erfolgreicher Wirtschaftspolitiker und Theoretiker des Kapitalismus war, über den sich gründlich nachzudenken lohnte, sondern vielmehr ein auf den Müllhaufen der Geschichte gehörender ... nun, vielleicht nicht gerade Sozialist, aber doch jedenfalls Nicht-Realist. Womit sie beide in die gleiche Ecke gestellt wären – die Sozialisten und die Nicht-Realisten. Die im heutigen, ganz modernen, ganz neuen Kapitalismus natürlich beide gleichermaßen keinen Platz haben können, denn dieser neue Kapitalismus ist – sagt uns der Meinungshauptstrom – alternativlos.*

*Im Gebäude solchen Denkens ist politikfähig nur, wer und was sich einreicht in den Kurs dieser Alternativlosigkeit. Und der Sog dieses Denkens ist unerhört stark – viel stärker, als sich mancher, der nach Alternativen sucht, einzugestehen bereit ist. Noch der gebeuteltste Leiter eines bereits fast kaputt gesparten Bildungs-, Verkehrs-erziehungs-, Naturschutz- oder Sozialprojekts beginnt, nach den Zukunftsaussichten seiner Bemühungen gefragt, seine Rede mit dem Satz: »Natürlich muß überall gespart werden.« Und längst ist es zum Brustton gesamtgesellschaftlicher Überzeugung geworden, daß die-*

ses Sparen einer wunderbaren Sache diene: dem Glück künftiger Generationen nämlich. Wie schön, sagt sich da der Realsozialismus-Erfahrene, der schon einmal im Alternativlosen sich verausgabt hat, daß da wieder eine »Sache« ist, für die es sich im schnöden Jetzt ausgiebig Opfer zu bringen lohnt. Aber sie nützt ihm nichts, diese Erfahrung, und er bringt ihn nicht weiter, dieser Spott, denn der Ruf nach Vermögensteuer wird damit im Gebäude der Alternativlosigkeit trotzdem nicht »politikfähig«, die Forderung nach sinnvoller Neuverschuldung trotzdem nicht »realistisch« – und diene sie auch »nur«, wie das jetzt in aller Schärfe der Fall ist, der Abwendung tatsächlichen und blanken und nicht mehr nur vereinzelter, sondern Zehntausende, ja Hunderttausende betreffenden Elends.

Die Vergottung des Marktes ist in eine neue Phase getreten – und zwar nicht des Marktes allgemein, denn der könnte ja auf alternative Weise reguliert werden, sondern des alternativlos im Interesse einiger weniger ökonomischer Machtzentralen regulierten Marktes. Eines Marktes, in dem Menschen – ja, Menschen, und nicht »der Markt« – zum Beispiel willkürlich jene 3-Prozent-Verschuldungsmarge der EU zum Gesetz erhoben haben, an der nun der Sozialstaat alternativlos kaputtzugehen hat.

Gegen diese Logik der alternativlosen »Politikfähigkeit« politikfähig zu sein – also gesellschaftlichen Druck aufzunehmen, zu verstärken, ihm Stimme zu geben – gelingt gegenwärtig nicht nur der PDS nicht, sondern auch – siehe oben – der SPD-Linken und den Gewerkschaften. Wer da wechselseitig scheel oder schadenfroh auf den jeweils anderen zeigt, hat die Zeichen der Zeit so gründlich mißverstanden, wie man sie nur mißverstehen kann. Um so schlimmer ist es, daß die »Flügel« in der PDS nun nicht etwa in einen Wettbewerb um die besten Ideen getreten sind, wie man selbstbewußt und offen aus der eigenen und durchaus auch aus der Sprachlosigkeit mancher potentieller Verbündeter herauskommen könnte, sondern sich statt dessen im kraft-, ideen- und konzeptionslosen »Linien«-streit und Postenclinch verschleißen.

Die »Agenda sozial«, mit der die Parteivorsitzende Gabi Zimmer Anfang Mai an die Öffentlichkeit getreten ist, könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein. Aber nicht in der jetzigen Form eines langen und »allumfassenden« Papiers, sondern auf zwei, drei Punkte konzentriert – und dann auch wirklich von der Partei in ihrer Gesamtheit getragen und hartnäckig und professionell auf allen Ebenen in die Öffentlichkeit gebracht. Politikfähig ist nicht etwas, das »an sich« dem einen oder anderen klugen Gedanken eigen wäre. Politikfähig wird der kluge Gedanke durch Politik.

Man gehe mit so einfachen, übersichtlichen Forderungen wie »Die Rente von allen für alle!« oder »Vermögensteuer ist Verfassungspflicht!« oder einem Drei-Punkte-Programm »Innovationsfaktor Ost!« in ein beliebiges linkes Parteibüro und mache die Probe aufs Exempel. Es wird einem auf vielen, vielen Analyseseiten erklärt werden, daß es in dieser Kürze nicht gehen kann.

So wird besten Gewissens Politikunfähigkeit produziert. Das politikfähige 3-Prozent-Gesetz aber – das ist in all seiner brutalen Kürze überall verinnerlicht.

JÖRN SCHÜTRUMPF

# Die Juni-Insurrektion 1953. Schwierigkeiten mit der Klasse. Thesen

Am 17. Juni 1953 erkämpfte sich in der Deutschen Demokratischen Republik die Bau- und Industriearbeiterschaft einen privilegierten Platz, den zu verteidigen ihr bis hinein in den Untergang des »real existierenden Sozialismus« gelang. Auch im Westen Deutschlands wurde durch diesen Erfolg das Kräfteverhältnis nachhaltig verschoben. Anfang der fünfziger Jahre grassierte dort – anders, als es durch die Geschichtsphantasien gaukelt, die heute die Mainstreammedien kolportieren – keineswegs der soziale Aufschwung. Nach der Währungsreform 1948 war die Arbeitslosigkeit sprunghaft gestiegen und der ohnehin niedrige Lebensstandard durch ein »Minuswachstum« geprägt. Der Koreakriegsboom hatte zwar Arbeitsplätze geschaffen, aber keine Wohlfahrt; der Topos Sozialstaat war ein Fremdwort. Damals wäre niemandem eingefallen, Ludwig Erhard als »Vater des Wirtschaftswunders« zu apostrophieren; der Wirtschaftsminister galt als der bestgehaßte Mann des Landes. Das alles änderte sich nach dem 17. Juni.

\*

Seit der Herbstrevolution 1989 hat die ostdeutsche Industriearbeiterschaft sich in verschiedene Richtungen aufgelöst. Nun wird der westdeutschen Arbeiterschaft eindrucksvoll demonstriert, wie hoch ihr Anteil an ihrer Wohlfahrt zu veranschlagen ist: Die Realeinkommen sinken seit dem Anschluß der DDR fast so stetig, wie sie zuvor über lange Zeit hinweg stiegen; einem aus dem ärmeren proletarischen Milieu emporgekommenen sozialdemokratischen Regierungschef wurde es möglich, auf den Gedanken zu verfallen, den Sozialstaat bei lebendigem Leibe auf den Sägebock zu bugsieren, um ihn auf den Klassenstaat des 19. Jahrhunderts zurückzuschneiden. Grund genug, über die dramatischen Ereignisse des 17. Juni 1953, in denen sich wesentliche Probleme jeder Bewegung einer Arbeiterschaft spiegeln, sowie über den Platz dieses Datums in der Geschichte nachzudenken – jenseits aller neoliberalen Apologien, aber auch aller Sentimentalitäten und lebensgeschichtlicher Selbstverteidigungsreflexe.

\*

Der Arbeiterschaft ist es sowohl während ihrer Klassenwerdung als auch während ihrer Blütezeit eher selten gegeben gewesen, auf eigene Rechnung zu rebellieren: während des Weberaufstands in Schlesien 1844, in der Juni-Insurrektion 1848, während der Commune von Paris 1871, am 9. Januar 1905 und in der russischen Revolution von 1917, während kurzer Augenblicke der Novemberrevolution in Deutschland, im gern vergessenen Kronstädter Aufstand

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956, Historiker, Dr. phil., Mitglied der Redaktion *UTOPIE kreativ*, leitet die Öffentlichkeitsarbeit an der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: Unabgeholtenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: Heft 150 (April 2003).

von 1921 – und am 17. Juni 1953. 1844, 1848, 1871 und 1905 verbluteten die Proletarier unter dem Feuer der Konterrevolution, die sich aus einer Melange aus konservativen und modernen Zivilisationsfeinden speiste; 1917 schwangen sich die Bolschewiki auf das Pferd der Rebellion und galoppierten – von den revolutionären Bewegungen des Westens alleingelassen und nachdem sie in Kronstadt endgültig ihre revolutionäre Unschuld verloren hatten – in Richtung staatsmonopolistischer Diktatur davon; 1918 streckte ein an die Spitze der deutschen Sozialdemokratie durchgelassener Bierzapfer die Kelle nach links und ließ den Brauereiwagen der deutschen Revolution nach rechts abbiegen; 1953 rebellierten Arbeiter gegen einen Staat, dessen Repräsentanten wenige Tage zuvor – am 5. Mai, dem 135. Geburtstag von Karl Marx und mit Berufung auf ihn – behauptet hatten, dieser Staat sei ihre Diktatur; er erfülle die Funktionen einer »Diktatur des Proletariats«.<sup>1</sup>

1 Neues Deutschland,  
6. Mai 1953.

\*

Letzten Endes politisch siegreich war die Arbeiterschaft, die 1848 natürlich eine andere als 1918 und 1918 eine andere als 1953 oder 1989 war, nie. Handelte sie ohne oder mit nur schwachem politischen Arm, zahlte sie zumeist obendrauf auch noch die Zeche; folgte sie den Anweisungen einer politischen Führung, zahlte sie ebenfalls. 1953 trat erstmals an die Stelle einer Führung durch ein »Politbüro« oder ähnliches die Führung durch informationsverbreitende Medien, damals der Rundfunk. Ein neuer Typus von Rebellion war geboren, der aber erst Jahre später dechiffriert werden konnte: Nach vergeblicher Fahndung nach einem organisatorischen Zentrum der Studentenrebellion 1967/68 entdeckten tief verunsicherte Innenpolitiker der westeuropäischen Staaten die Formel des neuen Rebellionstyps: Das Politbüro war die Fernsehberichterstattung. Doch nicht nur das war 1953 neu. Die Arbeiterschaft bekam auch etwas mehr als nur Wechselgeld heraus: Im Tausch gegen politische Mündigkeit errang sie für mehr als dreieinhalb Jahrzehnte soziale Sicherheit – und eine ermäßigte, den ökonomischen Möglichkeiten wie Notwendigkeiten immer weniger entsprechende Arbeitsbelastung; der arbeitenden Bevölkerung mußte ein Lebensstandard zugestanden werden, von dem die nichturbane Bevölkerung des Siegerstaates UdSSR nicht einmal zu träumen wagte. Im Westen Deutschlands war zwar für den Fortgang der Akkumulation weiter hart zu arbeiten; aber der Staat wandelte sich zu einem Sozialstaat skandinavischen Formats. So sozial abgesichert gestaltete sich das Leben der Arbeiterschaft in den Siegerstaaten Großbritannien und Frankreich zu keiner Zeit, ganz zu schweigen von den USA; erstmals in der Geschichte erging es der arbeitenden Bevölkerung des Kriegsverlierers deutlich besser als der der Sieger. Nicht nur die DDR lag an der Nahtstelle zweier Systeme. Im Laufe dieser Entwicklung wurde die Sprache der (West-)Deutschen durch interessante Schöpfungen bereichert; darunter »Eigenheimzulage« – galt doch das Reihenhaus in Arbeiterhand von nun an als das sicherste Bollwerk gegen den Bolschewismus.

\*

Marxisten, meinte vor über siebzig Jahren Kurt Tucholsky, seien Menschen, die einem Normalsterblichen keineswegs nur erklären könnten, wie die Zukunft aussehen werde, sondern auch, warum ihre

jeweilige Vorhersage nicht eingetroffen sei. So schön dieses Bonmot auch ist und wie leidvoll es erarbeitet wurde – der eigentliche Grund, warum die Arbeiterschaft politisch den Weg der rebellierenden Bauernschaft der frühen Neuzeit (nicht nur im deutschen Bauernkrieg) gegangen ist, statt den Kapitalismus zu überwinden, liegt in der Annahme begründet, daß die Arbeiterschaft zu dieser Leistung in der Lage gewesen wäre. Sahen die vormarxistischen Menschenfreunde und Sozialisten in der Arbeiterschaft vorrangig eine leidende Masse, der von außen geholfen werden müsse, dachte Marx den sympathischen Gedanken, daß das geschundene doppelt freie Proletariat das Subjekt sei, das die warenverursachte Entfremdung aufheben werde. Jahrzehnte später gaben die Großdenker des Marxismus-Leninismus dieser Teleologie einen Namen, von dem sie behaupteten, er sei ein Begriff: »historische Mission der Arbeiterklasse«. Handelte es sich bei der Marx'schen Annahme noch um eine »heroische Illusion«, schmeckte bei den Tempelwächtern des russischen Kasernen- und Gulagsozialismus die Apologie von Anfang an hervor.

\*

Die »heroische Illusion« ist eine nahe Verwandte der Utopie. Dem kann natürlich nur derjenige folgen, für den Utopie das noch nicht Seiende, also Mögliche, wiewohl nicht Unausweichliche, weil vom Handeln oder Nichthandeln Abhängige ist. Vor allem in revolutionären Phasen träumen Personen, mitunter auch Gruppen von Personen, nicht nur über den Rahmen ihrer Möglichkeiten hinaus – das geschieht jeden Tag –, sondern sie suchen, über diesen Rahmen hinaus zu handeln. Für die sogenannten bürgerlichen Revolutionen ist das Phänomen der »heroischen Illusion« gut bearbeitet;<sup>2</sup> für die Arbeiterbewegung hingegen wurde es, sieht man von Ernst Bloch ab,<sup>3</sup> bisher verkniffen ignoriert.

\*

Natürlich hatte die Arbeiterschaft ein Interesse an der Verbesserung ihrer Lage; Tag und Nacht von Revolution und von der »heroischen Illusion« einer nachkapitalistischen Gesellschaft träumten die Arbeiter aber nicht, höchstens, wenn überhaupt, in Erweckungssituationen – die als Firlufanz natürlich vor allem von jenen Linken denunziert werden, die ihnen ihr eigenes segensreiches Wirken zu verdanken haben. Gewöhnlich aber waren die Probleme des doppeltfreien Arbeiters andere: der nächste Tag, der nächste »Erste« (an dem Miete zu zahlen war), das Leben nach Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, die Zukunft der Kinder – nur selten aber die Zukunft der Menschheit. Nicht zufällig sind die Gewerkschaften, die sich um Leben und Überleben kümmern, die Klassenorganisation der Arbeiterschaft.

\*

Karl Kautsky und sein treuester Schüler, W. I. Lenin, wollten diesem »Defekt« abhelfen: Das »Bewußtsein« sollte »von außen« in die Arbeiterschaft hineingetragen werden. Denn Arbeiter, so Lenin, seien nur eines »tradeunionistischen Bewußtseins« fähig und bedürften deshalb einer Avantgardepartei. Mit anderen Worten: Ausgerechnet die Klasse, die zur Aufhebung der Klassengesellschaft berufen sei, kann aus ihrem Alltag heraus nicht ihre Aufgabe erkennen. Sie benötigt »Klassenfremde«, die ihr erklären, was sie will. Solch Malheur war noch keiner Klasse widerfahren.

2 Manfred Kossok: Realität und Utopie des Jakobinismus. Zur »heroischen Illusion« in der bürgerlichen Revolution, in: Ders.: Zwischen Reform und Revolution: Übergänge von der Universal- zur Globalgeschichte. Ausgewählte Schriften. Band 3, Leipzig 2000, S. 93-107.

3 Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung, 3 Bände, Berlin 1954 – 1959.



Dort, wo die politische Arbeiterbewegung der »heroischen Illusion« zumindest in ihrer Agitation Raum bot, vermochte sie jene Rolle zu spielen, die in Revolutionen der äußersten Linken zukommt: die Entwicklung so weit »nach links« zu treiben, daß das jeweils gesellschaftlich Mögliche nicht nur freigelegt, sondern im gegebenen Rahmen auch unumkehrbar wird. Ohne diesen Druck von links – egal ob er von einer antikapitalistischen Bewegung und/oder Partei oder von einem Land des »realen Sozialismus« ausgeht – bewegt sich eine bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft in eine Richtung, in der der Einfluß der Arbeiterschaft (heute aller Lohnabhängigen und Kleinselfständigen) auf die Gesellschaft sowie deren soziale Ausstattung nachhaltig gemindert werden. Man betrachte die Jahre seit 1990.

\*

Wenn in der Arbeiterschaft Forderungen vertreten wurden, die explizit die Überwindung des Kapitalismus enthielten, handelte es sich zumeist um Gedanken, die Intellektuelle – fast jeder einzelne im Besitz der letzten Wahrheiten und deshalb oft alle anderen bekämpfend – vorformuliert hatten: Proudhon, Lassalle, Bakunin, Marx. Die Blockierungen, die aus den Zwistigkeiten des 19. Jahrhunderts resultierten, sind in wesentlichen Stücken auf den heutigen Tage überkommen, wobei das durch die Heroen des Sozialismus Marx und Bakunin verursachte Schisma zwischen staats- und mehr noch machtzentriertem »wissenschaftlichen Sozialismus« und freiheits- und überhaupt wertezentriertem »libertären Sozialismus«, mitunter auch Anarchismus genannt, zum Mühlstein am Halse aller antikapitalistisch gesinnten Menschenfreunde geworden ist. Seit 1870 ist der Streit zweier alternder Männer konserviert.

\*

Der Anarchismus – vor dem Auftreten des heute schon wieder fast vergessenen Bin Laden von Interessierten gern und absichtsvoll zum Vorzeige-Terrorismus herunterkarikiert – wäscht dank seiner selbstverordneten Wirkungsunfähigkeit die Hände mehr in Unschuld als in Blut. Anders jene oft bis zum Exzeß machtorientierten und revolutionsgestimmten Politiker, die Marx zu einem Säulenheiligen und Religionsverkünder erniedrigten und ihre Vorgänger – ursprünglich eher demokratisch gesinnte Revolutionäre – aus dem Wege räumten. Sie haben dem 20. Jahrhundert ihren Stempel schmerzhaft aufgedrückt, nicht nur während des spanischen Bürgerkriegs, als sie in den Folterhöhlen der GPU die Gelegenheit nutzten, ihr Mütchen an den Anhängern Bakunins und Kropotkins, aber auch am Fleisch aus ihrem Fleische, den sogenannten Trotzboxen, zu kühlen. Eine Wiedervereinigung der emanzipatorischen Ansätze von »wissenschaftlichem« und »libertärem Sozialismus« – darauf hat als erster Fritz Behrens hingewiesen<sup>4</sup> – wäre Voraussetzung für jede ernsthafte Emanzipationsdebatte; die natürlich nur denkbar wäre unter Einbeziehung der dritten großen Strömung, des christlichen Sozialismus.

\*

Die revolutionsgestimmten Marx-Anhänger blieben nicht erst 1918 in der Minderheit. Die Mehrheit der politikmachenden Funktionäre in der Partei des Erfurter Programmes war im Herzen stets Anhänger des parlamentarischen Weges gewesen, wie ihn Lassalle favorisiert hatte, und so im Kaiserreich »angekommen«. Die SPD war eine

4 »Ein Marxist, der Sozialist bleiben will, muß das Beil des Kampfes gegen den Anarchismus begraben, denn er kann nicht Sozialist sein, ohne Anarchist zu sein. Marx' Kampf gegen Bakunin war ein verhängnisvoller Irrtum, den die revolutionäre Bewegung schwer büßen mußte.« Fritz Behrens: Kann ein Marxist heute noch Marxist sein?, in: Ders.: Abschied von der sozialen Utopie, Berlin 1992, S. 246.



Partei der sozialen Gerechtigkeit, bis 1914 sogar eine sehr erfolgreiche, aber keine Partei der Systemüberwindung – auch wenn ihr Parteideologe Karl Kautsky lange Zeit das Gegenteil behauptete. Die Abneigung, ja der Haß gegen jede Unordnung, gar Revolution war dem SPD-Establishment schon eigen, als noch der vom Alter gezeichnete August Bebel der Partei das Gesicht verlieh. Die Politik nach dem 1. August 1914 und mehr noch nach dem 9. November 1918 ließ offenkundig werden, daß die SPD mit der »heroischen Illusion« gebrochen hatte und den Weg der Klassenkompromisse beschritt. Daß sie trotzdem Einfluß auf die Arbeiterschaft behielt, erklärt sich weniger aus der eigenen Stärke als aus dem Verlauf der russischen Revolution und den Eskapaden der KPD im Jahre 1921, als die »heroische Illusion« auf dem Rücken der mitteldeutschen Arbeiterschaft zuschanden taktiert wurde. Danach gelang es den deutschen Kommunisten nicht mehr, jene Verankerung in der Arbeiterschaft wiederherzustellen, die sie mit der Vereinigung von USPD und KPD im Jahre 1920 erreicht hatten. Wesentliche Grundlagen für die spätere stalinistische Großsekte haben die KPD-Gründer, die in ihrer Mehrheit 1928 aus der Partei gedrückt wurden, selbst gelegt.

\*

Angesichts dieses fehlenden Druckes von links war der SPD bis 1930 fast jeder Verrat an den Interessen ihrer Klientel, der Arbeiterschaft, ungestraft möglich. Letztlich benutzten beide Parteien, die vorgaben, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten – opportunistisch die einen, avantgarde-bürokratisch die anderen –, ihre Klientel und traten sie gelegentlich mit Füßen. 1932 stellte die NSDAP im Reichstag die stärkste Fraktion; die »heroische Illusion« war in die Hände von angehenden Massenmördern geraten, die auf dieser Klaviatur überaus erfolgreich zu spielen wußten.

\*

Neben Karl Kautsky hat vor allem Max Beer die Geschichte des sozialistischen Gedankens bis ins Judentum zurückverfolgt und dabei nicht nur offengelegt, wie lange schon vor dem Entstehen einer Arbeiterschaft und ihrer Bewegung der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden erscholl, sondern auch welchen gewaltigen Fundus an emanzipatorischer Programmatik sich diese Bewegung anzueignen hat.<sup>5</sup> Für die vor-thälmannschen Kommunisten gehörte dieses Wissen zum politischen Selbstverständnis. Das änderte sich grundlegend, als die »Arbeiterkader« Thälmann, Remmele, Ulbricht etc. den revolutionären Staats-Marxismus vereinnahmten, auf Lenins drei Quellen sowie drei Bestandteile zurückstutzten und das Emanzipatorische ins Avantgardistische wendeten. Programmatisches Wissen degenerierte zur Apologie der jeweiligen, oft linksradikalen Tagespolitik. Entsprechend aufmerksam wurde von nun an das verwirrende und zum eigenen Denken herausfordernde Werk Max Beers vergessen gemacht; Ernst Bloch wurde erst gar nicht gelesen.

\*

In seinem Avantgarde-Konzept hatte Lenin die Bewegung der Arbeiterschaft durch die Partei ersetzt und die Arbeiterschaft aus dem Subjekt ihrer eigenen Bewegung in ein durch die Partei zu bearbeitendes Objekt verwandelt. Das geschah weitgehend in der Theorie,

5 Max Beer: Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. Mit Ergänzungen von Hermann Duncker, Berlin 1931<sup>7</sup>.

denn vor der Revolution hatten die Bolschewiki zu lebendiger Arbeiterschaft kaum Kontakt, geschweige denn Einfluß auf sie. Auch während Revolution und Bürgerkrieg war dieses Konzept nicht sofort durchsetzbar; statt dessen führten die Bolschewiki – im Sinne Rosa Luxemburgs, aber keineswegs davon begeistert – die spontan in Bewegung geratene Arbeiterschaft des Zarenreiches; Lenins Avantgarde-Konzept konnte erst sukzessive umgesetzt werden. Nachdem 1920 der Export der Revolution nach Polen gescheitert war, wurde durch die Hinwendung zu den Bedürfnissen der nachrevolutionären Bauernschaft und des Kapitals im Frühjahr 1921 nicht nur der Ablösungsprozeß der Partei von der Arbeiterschaft vollendet, sondern bei der Niederschlagung der Kronstädter Arbeiter-Bewegung auch die bürgerkriegsgeschwächte Arbeiterschaft gleichzeitig unterworfen. Mit der Partei- und Staatsbürokratie – letztere zum Teil aus dem Zarismus ererbt – schuf sich die Avantgarde-Partei in der Folgezeit eine neue soziale Basis, zu deren Gunsten sie Ende der zwanziger Jahre die Bauernschaft und die sogenannten NÖP-Gewinnler versklavte. Damit hatte sich die Sozialstruktur einer neuen Gesellschaft, des Staatsmonopolismus, formiert. Der Staat als Instrument der Partei agierte von nun an nicht nur als Alleineigentümer, sondern auch als Alleinunternehmer. In der Jeshowshina wurden im Interesse der neuen herrschenden Schicht, die sich später (allerdings nur in der Sowjetunion und in China) zu einer eigenen Klasse ausbilden konnte, jene ursprünglich eher demokratisch gesinnten Revolutionäre ausgerottet, die – wider Willen – die Voraussetzungen für die als Sozialismus apostrophierte staatsmonopolistische Gesellschaftsordnung geschaffen hatten.

\*

In Deutschland gelang dem »Thälmannschen ZK«, schon bevor die Rote Armee dessen Resten die Macht übergab, die weitgehende Vonselbständigung der Partei gegenüber der Klasse zu einem gewissen Abschluß zu führen. Da ab Ende der zwanziger Jahre nur noch die Partei zählte, wurde selbst der 30. Januar 1933 nicht als Niederlage reflektiert, sondern weiter an der »Vorbereitung der Revolution« gearbeitet – bis die Nazi-Faschisten die Partei vollends in Stücke schlugen. Erst danach, 1935, gestanden sich die noch lebenden führenden Genossen die Niederlage, doch keineswegs den verfehlten Ansatz ihres Avantgarde-Konzeptes ein. Wurden bei Ende des Zweiten Weltkriegs im Westen die sich spontan bildenden Antifa-Ausschüsse durch die Besatzungsmächte verboten, war es im Osten die sich wieder begründende kommunistische Partei, die in der schnellstmöglichen Auflösung dieser Basisorgane eine ihrer ersten Aufgaben sah. Jeder unabhängigen Bewegung der Arbeiterschaft sollte für die Nachkriegszeit möglichst von vornherein der Riegel vorgeschoben werden – was allerdings nicht immer gelang. Es folgten die Ablehnung einer sozialistischen Einheitspartei sowie – wenige Wochen später – ihre dringende Befürwortung und eine Vereinigung, deren vordringlichstes Ziel nicht etwa die Vereinigung der vereinigungswilligen Teile, sondern die vollständige Vereinigung war. Anders als 1920, als große Teile der USPD die Vereinigung mit der KPD abgelehnt hatten, durfte dieses Mal vom Vereinigungspartner kein organisatorischer Rest übrigbleiben – dafür war so ziemlich jedes Mittel recht.

Die vor 1933 durch SPD und KPD nachhaltig desorientierte Arbeiterschaft ging aus Drittem Reich und Weltkrieg in jeder Hinsicht hochgradig beschädigt hervor. Ganze Jahrgänge waren auf den Schlachtfeldern verblutet. Zum Kontinuum und zum Rückgrat des Wiederaufbaus wurde der im Kriege u.k.-gestellte vierzig- bis fünfzigjährige Facharbeiter mit gründlicher handwerklicher Ausbildung und oft sozialdemokratischer Prägung, der in der Lage war, aus dem nach Zerstörung und Demontagen verbliebenen Schrott Industrieproduktion wieder in Gang zu bringen. Politisch orientierte sich die Arbeiterschaft in den ersten Monaten auf die beiden Arbeiterparteien bzw. dann die SED. Besonders die sogenannte Flakhelfer-Generation – die jungen, im Nationalsozialismus sozialisierten Männer, denen dank ihres Alters der Fronteinsatz erspart geblieben war – ergriffen im Prozeß der Ablösung von den Götzen des Nationalsozialismus die Chance, die ihnen die SED bot: aus der Arbeiterschaft in Führungspositionen aller Ebenen aufzusteigen. Die DDR wurde ihr Land; für sie arbeiteten sie sich krumm; viele erlebten ihr Ende nicht mehr; die Überlebenden dieser Aufbaugeneration gingen in Rente, als ihr Staat von der Landkarte verschwand.

\*

Ab 1947 setzten intern die Bestrebungen ein, das Konzept der Avantgardepartei in der neuen Einheitspartei durchzusetzen, ab Mitte 1948 wurde es auch öffentlich propagiert. Angehörige der »Zwischengruppen« KPDO, SAP etc. wurden als erste verfolgt, dann kamen langjährige KPD-Mitglieder, vor allem solche, die noch in der Arbeiterschaft verankert waren, während des Nationalsozialismus Widerstand geleistet hatten und nun selbstbewußt auftraten, sowie SPD-Mitglieder und Westemigranten an die Reihe. Gleichzeitig gelang es 1948, durch die Zerschlagung der Betriebsräte die Arbeiterschaft der einzigen eigenständigen und demokratisch verfaßten Organe zu berauben. Hatte die SED 1946 noch in vier von fünf Ländern der Sowjetischen Besatzungszone bei den Landtagswahlen die Mehrheit errungen, wagte sie 1948, als die nächsten Wahlen hätten abgehalten werden müssen, schon nicht mehr, sich erneut zur Wahl zu stellen. Nachdem sie im Mai 1949 bei einem Plebiszit zwar zwei Drittel Zustimmung erhalten hatte, dies aber in der SED-Führung als Katastrophe empfunden worden war, unterblieben bis zum Ende der DDR freie Wahlen gänzlich. Mit dem »Deutschen Wirtschaftsrat« schuf sich die Avantgardepartei ein eigenes Machtinstrument, das am 7. Oktober 1949 in »Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik« umbenannt wurde.

\*

Die Arbeiterschaft der neuen Republik blieb selbstbewußt. 1951 wurde ihr eine Arbeitsorganisation nach sowjetischem Vorbild verordnet: überschaubare, vermeintlich gut kontrollierbare Brigaden statt Meisterbereiche. Das Ergebnis war zwiespältig. In etlichen Betrieben erkannten Arbeiter die basisdemokratische Verwendbarkeit dieser Struktur und suchten, sie als Mitbestimmungsinstrumente einzusetzen.<sup>6</sup> Die SED reagierte verunsichert und richtete die patriarchalischen Meisterbereiche wieder ein, ließ aber die Brigaden als Hülle weiterexistieren. 1959/60, mit den »Brigaden der sozialistischen Arbeit«, wiederholte sich solcherart »Titoismus« erneut.<sup>7</sup>

6 Grundlegend dazu Jörg Roesler: Inszenierung oder Selbstgestaltungswille? Zur Geschichte der Brigadebewegung in der DDR während der 50er Jahre (hefte zu ddr-geschichte 15), Berlin 1994.

7 Jörn Schütrumpf: »Stürmt die Höhen der Kultur!« Der Bitterfelder Weg, in: Franz-Josef Brüggemeier, Gottfried Korff, Jürg Steiner (Hrsg.): mittendrin. Sachsen-Anhalt in der Geschichte, Dessau 1998, S. 437-445.

Bis ins Jahr 1952 hinein blieb unklar, ob Stalin seinen Coup von 1939 wiederholen und seine deutschen Anhänger erneut verraten oder ob er das Gebiet zwischen Oder und Elbe endgültig seinem Imperium einverleiben und mit den entsprechenden staatsmonopolistischen Verhältnissen ausstatten würde. Im Frühjahr 1952 fiel die Entscheidung: Stalin verordnete der DDR die Aufrüstung und damit endgültig sein System. Der Staatshaushalt der DDR, durch Reparationen und Besatzungskosten ohnehin der eines Armenhauses, geriet in wenigen Wochen völlig aus den Fugen. Besatzungsmacht und SED-Führung entschieden sich für eine Kopie der Stalinschen Politik der Jahre 1928 ff.: »Verschärfung des Klassenkampfes« mit zwei Zielen, erhöhte Akkumulation und Zertrümmerung überkommener Sozialstrukturen. Als der Mittelstand und die Bauernschaft schon auf dem Rücken lagen, die überlebenden jüdischen Kommunisten, soweit noch nicht verhaftet und für den deutschen Schauprozeß hergerichtet, in den verhaßten Westen ausgewichen waren, und die auf Zerstörung beruhende Akkumulation nur schwache Einmaleffekte hervorgezaubert hatte, begann im März 1953 die Beseitigung der wenigen sozialen Vergünstigungen für die Arbeiterschaft: Abschaffung der lebenswichtigen Arbeiterrückfahrkarte, der Kuren und weiterer mehr als schlichter Privilegien, dafür Preiserhöhung für die billige Marmelade – damals Grundnahrungsmittel – und zehnpromzentige Normerhöhung per Dekret.

\*

Doch: Deutschland war nicht Rußland, die deutsche Arbeiterschaft hatte anders als die russische 1921 etwas entgegensetzen: Obwohl unorganisiert, ohne Führung und auf die blanken Hände angewiesen, zog sie quer durch die Gesellschaft unübersehbar die Grenze, bis zu der sie gewillt war mitzugehen: Euch die Macht, uns soziale Sicherheit und eine erträgliche Arbeitsbelastung. Dieser unausgesprochene Klassenkompromiß zwischen Arbeiterschaft und Partei- und Staatsbürokratie hielt, bis sich 1988/89 – nachdem schon viele Kreative, die nicht der Arbeiterschaft angehörten, das Land verlassen hatten – nun auch die jüngeren Teile der ostdeutschen Arbeiterschaft zur Massenemigration entschlossen, zu der schon 1960/61 ihre Eltern generation angetreten, aber in ihrer Mehrheit durch den Mauerbau gehindert worden war.

\*

Der 17. Juni 1953 in der DDR und zuvor die ähnlich gelagerten Ereignisse in der ČSR Anfang Juni 1953<sup>8</sup> haben eine Minderung des despotischen Charakters des Staatsmonopolismus in ganz Osteuropa, die Sowjetunion eingeschlossen, bewirkt sowie für die Herausbildung des Rheinischen Kapitalismus das notwendige Kräfteverhältnis geschaffen – den Weg zu einer lebensfähigen, demokratisch verfaßten und sozial gerechten Gesellschaft jedoch vermochten sie nicht zu öffnen. Diese Aufgabe ist bis heute ungelöst geblieben.

8 Karl-Heinz Gräfe: 1953: die Krise des Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa, in diesem Heft, S. 493 ff.

## KARL-HEINZ GRÄFE

# 1953: die Krise des Imperiums und der »Neue Kurs« in Osteuropa

### *Das Erbe Stalins und der Neue Kurs in Moskau*

Das als Alternative zur bürgerlichen Gesellschaft ausgebaute Sowjetsystem stalinistischen Typs<sup>1</sup> war schon vor dem Tode des Diktators, der dieses System drei Jahrzehnte lang geprägt hatte, in eine Sackgasse geraten. Die Überwindung der Krise erforderte die Anwendung von Reformen; der Vorgang als Ganzes besaß historische Dimension. Das war jedoch der Erbgemeinschaft des »Vaters aller Völker«, das heißt den Völkern und politischen Eliten des Imperiums, nur zum Teil bewußt.

Stalins Tod löste Trauer und Hilflosigkeit, aber auch zaghafte bis übertriebene Hoffnungen, verhohlene und offene Freude aus. Um ihrer eigenen Existenz willen suchten seit März 1953 drei Diadochen nach Wegen aus der Krise: Georgij Malenkov, der zweite Mann nach Stalin, der zum Ministerpräsidenten aufrückte, Lavrentij Berija, der langjährige Verwalter des Repressivapparates (Innenministerium einschließlich GULAG und Sonderkomitees für Atomfragen), der nun auch noch das KGB erhielt, und der Moskauer Stadtpartei- und Nikita Chruschtschow, der zum primus inter pares im ZK-Präsidium der KPdSU aufstieg. Der sogenannte Neue Kurs, den der Regierungschef erst am 8. August 1953 offiziell für das Mutter- und Kernland des Imperiums verkündete, kam vor allem auf Initiative Berijas unmittelbar nach Stalins Tod in Gang. Inzwischen ist durch Archivreise ausreichend belegt, daß dieser bis zu seiner Verhaftung am 26. Juni 1953 auf breiter Front Stalins Innen- und Außenpolitik am aktivsten korrigierte.<sup>2</sup> Der Neue Kurs beinhaltete keinen Systemwechsel, sondern zunächst Schritte, um das Sowjetsystem von selbstzerstörerischen Elementen wie dem Massenterror gegenüber der Dienstelite und beachtlichen Teilen der Bevölkerung des Vielvölkerreiches zu befreien und schloß die Aufhebung der Verbannung ganzer Völker in Sonderlager ein. Dazu gehörten auch die Korrekturen am zentralistischen kriegskommunistischen Wirtschaftssystem wie die Zurücknahme des 30-Milliarden-Rubel-Projekts eines Turkmenischen Hauptkanals oder der enormen Steuerlast von 40 Milliarden Rubel, die den Kolchosbauern bisher fast alle Einkünfte weggenommen hatte. Der katastrophal niedrige Lebensstandard sollte durch eine bevorzugte Entwicklung der Konsumgüterproduktion und einen Aufschwung in der Landwirtschaft deutlich angehoben werden.

Natürlich war die sowjetische Dienstklasse, von der Willkür des Tyrannen befreit, nicht willens, auf ihre privilegierte soziale und po-

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Historiker, Prof. Dr., Arbeitsgebiete: Geschichte der UdSSR und Osteuropas; zuletzt in UTOPIE kreativ: Die Geister der Vergangenheit sind auch in Polen zurückgekehrt, in: Heft 131, (September 2001).

1 Vgl. Karl-Heinz Gräfe: Weltenwende Oktoberrevolution versus historische Sackgasse? In: Das Jahr 1968. Weichenstellung oder Betriebsunfall »Zwischen Prager Frühling und Pariser Mai, Dresden 1997, S. 214 ff.

2 Vgl. J. N. Žukov: Bor'ba za vlast' v partijno-gossudarstvennych verchach SSR v vešnoj 1953 goda, in: Voprosy istorii 5-6, Moskva 1996, S. 39 ff.; »Novy Kurs« L. P. Berija, in: istoričeskij archiv 4, Moskva 1996, S. 132 ff.

3 Malenkov, der sich zum »leninschen-stalinschen Weg« bekannte, erklärte auf dem Juli-Plenum 1953: »Hier ist ... vom Personenkult gesprochen worden und man muß dies wohl sagen, falsch gesprochen worden. (Zwischenruf Chrustschows: Einige, die hier nicht gesprochen haben, hegen dieselben Gedanken.) In erster Linie muß man offen zugeben, daß in unserer Propaganda in den letzten Jahren ein Abrücken vom marxistisch-leninistischen Verständnis über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte zu verzeichnen war ... Aber ... es liegt nicht nur an der Propaganda. Die Frage des Personenkultes steht in einem direkten ... Zusammenhang mit der Kollektivität innerhalb der Führung.« (Viktor Knoll, Lothar Kölm: Der Fall Berija. Protokoll einer Abrechnung. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953. Stenographischer Bericht, S. 315 f.)

4 Lazar Kaganovič, Mitglied des Präsidiums des ZK und Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR vertrat den Standpunkt der meisten kommunistischen Führungskader auf dem ZK-Plenum im Juli 1953: »Aus den ... mitgeteilten Fakten ist ... unschwer zu erkennen, daß Berija die Sache zu einem Umsturz faschistischen Charakters führen wollte. ... Nach dem Tod des Genossen Stalin begann dieser unverschämte Mensch ... Stalin zu diskreditieren. ... Es muß offen gesagt werden, daß wir unter Stalin ... ruhiger gelebt haben, obgleich Genosse Stalin ... in der letzten Zeit nicht mehr so aktiv ... an der Tätigkeit des Politbüros

litische Stellung zu verzichten oder gar die Entfremdung von Macht und Eigentum aufzuheben. In den ersten Monaten nach Stalins Tod waren Malenkov und Berija durch ihr Herrschaftswissen und ihre Stellung im System die maßgeblichen Träger der politischen Kursänderungen. Nicht zuletzt wegen ihrer Einsicht in die Gefahren einer nuklearen Konfrontation für die menschliche Zivilisation lehnten sie entschieden Stalins – seit 1928 unveränderte – fatalistische These von der Unvermeidbarkeit eines Weltkrieges für das eben begonnene Atomzeitalter ab, lenkten sie die sowjetische Außenpolitik auf eine Deeskalation des Kalten Krieges und auf die Beendigung des heißen Regionalkrieges in Korea.

Das alles geschah weiterhin im Namen Lenins und »seines großen Fortsetzers Stalins«. Liest man die Protokolle und öffentlichen Erklärungen aus dem Jahre 1953, kann man nachvollziehen, daß die sogenannte Kollektive Partei- und Staatsführung weit davon entfernt war, sich offiziell vom Erbe Stalins loszusagen.<sup>3</sup> Noch weniger hatte sie ein Interesse, die Emanzipation und Machtpartizipation der Bevölkerung zu fördern oder gar eine demokratische Legitimierung ihrer Herrschaft durch freie Wahlen herbeizuführen. Usurpation durch einzelne Personen oder Cliquen blieb an der Tagesordnung. Zunächst organisierte Chrustschow mit Unterstützung Malenkovs und einiger Militärs am 26. Juni 1953 den Sturz der Gruppe um Berija; freilich in stalinscher Manier mit Verhaftungen, Geheimplatz und Hinrichtungen. Der mächtigste der drei Diadochen wurde zum Sündenbock für nahezu alle Verbrechen Stalins gemacht. Dennoch unterstrich Regierungschef Malenkov auch danach den Richtungswechsel.<sup>4</sup> Der im September 1953 zum Ersten Sekretär des ZK der KPdSU gekürte Chrustschow führte in den folgenden Monaten den Kampf um die Alleinherrschaft unter dem Banner der führenden Rolle der Partei fort, schaltete gemeinsam mit der orthodox-stalinistischen Gruppe um Molotov, Kaganovič und Bulganin 1955 schließlich Malenkov aus und vereinte 1957 erneut Partei- und Staatsmacht in einer Person.

#### *Die Krise im westlichen Randgebiet des Imperiums*

Folgeschwer war Stalins Hinterlassenschaft in den westlichen Gebieten des Imperiums, in den osteuropäischen Volksdemokratien. Das CIA-Papier »Wahrscheinliche Konsequenzen von Stalins Tod und der Aufnahme Malenkovs in die Führung der UdSSR« vom 10. März 1953, verfaßt für den Nationalen Sicherheitsrat der US-Administration, prognostizierte einen bevorstehenden Kampf um die Nachfolge, der auch auf Osteuropa ausstrahlen werde können. Die Kontrolle des Kremls über die Satellitenstaaten sei trotzdem gesichert, »da wir nicht glauben, daß sie allein durch den Tod Stalins beeinträchtigt wird.«<sup>5</sup> Falls der Westen die kritische Lage ausnutze, könne das aber die neue sowjetische Führung zu unüberlegten Schritten provozieren. Doch genau dazu neigte Außenminister Dulles, der einen Tag später auf der Sitzung des Sicherheitsrates forderte, jetzt den Nationalismus hinter dem Eisernen Vorhang zu fördern, um die sowjetische Kontrolle über Osteuropa zu brechen. Schwierigkeiten bei der Versorgung, Unruhen oder Aufstände sollten zum Sturz der volksdemokratischen Regimes genutzt werden.<sup>6</sup>



Die europäischen Volksdemokratien befanden sich infolge der Politik des Diktators und des Kalten Krieges seit Anfang der fünfziger Jahre in einer tiefen Krise.

Seit 1948 hatte Stalin, angeblich um die Sicherheit seines Imperiums zu gewährleisten, unerbittlich den Abbruch der nationalen Wege und eine beschleunigte Sowjetisierung der osteuropäischen Gesellschaften durchgesetzt. Das war einhergegangen mit einer groben Mißachtung nationaler Interessen von Prag bis Tirana, mit der Ausschaltung bürgerlicher, bäuerlicher, christlicher, sozialistischer und kommunistischer Eliten (Edvard Beneš, Hupert Ripka, Bohumil Laušman, Stanisław Mikołajczyk, Ferenc Nagy) sowie mit »Säuberungen« von »Staatsfeinden«, »Verschwörern«, »Nationalisten« und »Zionisten« (Milada Horáková, Jan Ursiny, Rudolf Slánský, Gustav Husák, Vladimir Clementis, Erzbischof Josef Beran; Wladisław Gomułka, Marian Spychalski, Primas Stefan Wyszyński; Belá Kovács, László Rajk, János Kádár, Imre Nagy, Anna Kethly, Kardinal Jozsef Mindszenty; Nikolas Petkov, Traitscho Kostov, Kosta Lulčev; Iliu Maniu, Gheorghe Tătărescu, Lucretiu Pătrășcanu, Vasile Luka, Ana Pauker, Constantin Titel Petrescu; Koci Xoxe, Abediu Shehu, Primas Gaspar Thaci). Moskau stützte sich auf willfährige Statthalter wie Klement Gottwald, Bolesław Bierut, Mátyás Rákosi, Vylko Černenko, Gheorghe Gheorghiu-Dej, Enver Hoxha). Eine Ausnahme blieb der jugoslawische Partisanenführer Marschall Josip Broz Tito, der sich als einziger seit 1948 gegen Stalin wie David gegen den übermächtigen Goliath erfolgreich wehrte. Damit rückte die alte Frage der nationalen Emanzipation der Völker Osteuropas erneut auf die Tagesordnung.

Als der Kalte Krieg durch den auch von Stalin mitverschuldeten Korea-Krieg seit 1950 einem gefährlichen Höhepunkt zustrebte und einen konventionellen und nuklearen Rüstungsschub auslöste, hatte das nachhaltige Folgen auf die durch den Krieg zum Teil arg zerstörten, durch Reparationen und Besatzungskosten geschwächten und ohnehin überwiegend agrarisch geprägten Volkswirtschaften Osteuropas. Die von Stalin am 9. Januar 1951 nachdrücklich angeordnete radikale Umstellung auf das Wettrüsten deformierte und ruinierte die entstehende staatssozialistische Ökonomik vollends, bewirkte eine gravierende Senkung des Lebensstandards der bäuerlichen Bevölkerungsmehrheit wie auch der Arbeiterschaft. Die Akkumulationsmittel für Großprojekte der Industrialisierung und der Aufrüstung aus der Landwirtschaft durch Zwangsablieferung und Kollektivierung oder aus der Arbeiterschaft herauszupressen, war nur noch mittels Repressionen und ideologischer Mobilisierungen möglich.

Der Umstand, daß nach Stalins Tod – außer in der DDR – die Systemkrise vor allem in einem entwickelten mitteleuropäischen Land mit demokratischer Tradition und ohne sowjetische Besatzung, in der Tschechoslowakei, mit Unruhen und Streikbewegungen aufbrach, hatte sehr komplexe Ursachen. Der Abbruch des recht erfolgreichen parlamentarisch-demokratischen und nationalen Entwicklungsweges seit 1948 durch die KPC, die nach Titos KP die einflußreichste kommunistische Kraft in der Region war, ging einher mit einer destruktiven Wirtschaftspolitik nach sowjetischem Muster. In diesem Zeitraum stieg die Industrieproduktion um 67 Prozent, der Ma-

teilnehmen konnte. ... Sofort nach Stalins Tod beeilte er sich, alle diese Fragen aufzuwerfen. Und dies alles, um zu zeigen, seht her, dies ist mein neuer Kurs. Das sah wie eine Revision Stalins aus. Jeder von uns ist davon überzeugt, daß Stalin selbst die Fehler korrigiert hätte« (Ebenda, S. 132 ff.)

5 Zitiert nach Bernd Stöver: Das Umbruchsjahr 1953, in: Christoph Kleßmann, Bernd Stöver: 1953 – Krisenjahr des Kalten Krieges in Europa, Köln/Weimar/Wien 1999, S. 200.

6 Vgl. ebenda



7 Vgl. Karel Kaplan: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, München 1986, S. 55ff.

8 Lobgesang für Klement Gottwald von Max Zimmering:  
 »Der Hradschin weint, sein Antlitz ist vom tiefen Schmerz versteint, Brünn weint und Ostrau, Kladnos Auge trânt, es weint der Kumpel, an das Flöz gelehnt, es weint der Bauer, Flößer an der Waag, es weint mein Prag, es weint die tapfre stolze Moldaustadt, die ihren größten Sohn verloren hat. Ein Mensch verging, an dem die Liebe seines Volkes hing, ein Mensch, der seinem Lande Licht gebracht und der gewacht, daß keiner, den die Niedertracht geschickt, das Licht erstickt. Ein Sohn von Hus, ein Schüler Stalins starb, der sich die Achtung einer Welt erwarb, gewachsen aus dem Proletariat, ein Mensch der Tat. Doch seht: sein Wort, es lebt im Schaffen seines Volkes fort, das, was er lehrte, kühn und unbeirrt vollendet wird. Euch, die ihr trauert, drücken wir die Hand als Unterpfand der Freundschaft und der Solidarität, die nie vergeht.  
 Zitiert nach Tägliche Rundschau vom 19. März 1953.

schinenbau wuchs überproportional um das 3,5fache. Die erhöhte Ablieferungspflicht und die überstürzte Kollektivierung – 1952 erreichte der Anteil der Einheitsgenossenschaften an der landwirtschaftlichen Nutzfläche 25 Prozent – bewirkten vorerst keinen Produktionsanstieg. Außerdem wurde der für die Versorgung der Bevölkerung bedeutsame städtische Mittelstand aus der Gesellschaft als ökonomischer Faktor fast vollständig verdrängt. Soziale Errungenschaften für die Lohnabhängigen – Achtstundentag, Weihnachtsgartifikation, Verbot der Nacharbeit für Frauen u.s.w. – wurden seit 1950 abgebaut. Der private Konsum entwickelte sich rascher als das Nationaleinkommen; das Haushaltsdefizit wurde dauerhaft. Im Ergebnis dieser Entwicklung verschlechterte sich die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Dienstleistungen und Waren des täglichen Bedarfs; das vorhandene politische und soziale Konfliktpotential wurde deutlich angereichert.

Für den Rückgang von Arbeitsmoral und Lebensstandard machte die politische Führung innere wie äußere »Klassenfeinde« verantwortlich. Die im Februar 1948 errichtete »Diktatur des Proletariats« der KPČ-Führung reagierte mit Schauprozessen gegen Wirtschaftsfachleute und kommunistische Funktionäre, aber seit 1950 auch mit Massenrepressalien gegen die sogenannte führende Klasse, die Arbeiterschaft, und deren angeblich bäuerlichen Bündnispartner. Die Ausgaben für Armee, Staatssicherheit und Rüstung stiegen von 1949 bis 1953 auf 236 Milliarden Kronen, während in der gleichen Zeit die Investitionen in die Wirtschaft nur 472 Milliarden Kronen ausmachten. Von 1949 bis 1952 wurden 5 618 Landwirte inhaftiert und über hunderttausend wegen Nichterfüllung der staatlichen Abgabepflicht mit Geldstrafen belegt. Allein von den zwischen 1951 und Mitte 1953 verhafteten 15 210 Personen waren 5 962 Arbeiter und 3 162 Klein- und Mittelbauern. Außerdem existierten als Bestandteile des stalinistischen Repressivsystems Zwangsarbeitslager, in die bis 1952 ohne Gerichtsverfahren 25 000 Personen eingewiesen wurden, und die Technisierten Hilfsbataillone mit 23 865 zwangsweise eingezogenen »Wehrunwilligen« und Andersdenkenden (1952).<sup>7</sup> Bereits im Dezember 1952 waren gegen diese Politik, die sich gegen Grundinteressen der arbeitenden Bevölkerung richtete, im mährischen Brno zehntausend Bürger auf die Straße gegangen.

#### *Gottwalds Tod und die sogenannte Kollektive Führung in Prag*

Wie angespannt die Lage unmittelbar nach dem Ableben Stalins war, verdeutlichen das Bombenattentat auf das Gebäude des KPČ-Stadtausschusses am 7. März 1953, dem Geburtstag des Staatsgründers Tomas Masaryk, im ostböhmisches Hostinne und die Protestdemonstration einiger Hundert Menschen im mittelmährischen Prostejov gegen die Zerstörung des Masaryk-Denkmal am 10. April 1953. Der plötzliche Tode des immer noch populären 57jährigen Klement Gottwald am 14. März 1953<sup>8</sup> löste Betroffenheit wie Unsicherheit in der Bevölkerung und im Machtzentrum aus, »denn er war einer der wenigen Autoritäten gewesen, die zur Lösung der Krise hätten beitragen können«<sup>9</sup>. Ähnlich wie im Krenl kam es auf der Prager Burg zum Machtgerangel. Der Stadtparteisekretär der Moldaumetropole, Antonin Novotny, empfahl am 18. März 1953 dem sowjetischen Be-

rater in Prag, P. Krekotenj, den bisherigen zweiten Mann nach Gottwald, Regierungschef Antonín Zápotocký, zum Staatspräsidenten zu machen. Denn dieser sei »die einzige politische Persönlichkeit, die Autorität besitzt und auch in der Partei, in den Gewerkschaften und im Volk bekannt ist. Zápotocký ist ein aufrechter Mensch. Schon vor der Ausschaltung Slánskýs (!) führte er den Kampf gegen diesen. Die Schwächen Zápotockýs bestehen darin, daß er die Parteiarbeit nicht kennt, da er zwischen 1927 und 1948 auf dem Gebiet der Gewerkschaften wirkte und danach Regierungschef wurde. Zápotocký ist zu nachgiebig im Charakter und schwach in der organisatorischen Tätigkeit.« Novotný schlug in eigener Sache vor, »aus den Reihen der ZK-Sekretäre einen Ersten Sekretär auszuwählen, der große Erfahrungen in der Leitungsarbeit der Partei besitzt.« Zugleich informierte er über Machtambitionen des slowakischen Parteichefs Viliam Široky, der beabsichtigte, das Amt des Staatspräsidenten abzuschaffen und durch einen Vorsitzenden des Präsidiums der Nationalversammlung zu ersetzen. Novotný schloß nicht aus, »daß es zwischen den Mitgliedern des Politischen Sekretariats zu Meinungsverschiedenheiten kommen kann. Schon jetzt ist zu spüren, daß Široky mit seinen Anhängern diese Linie durchzusetzen versucht.«<sup>10</sup>

Am 20. März 1953 ließ Moskaus neuer Außenminister Molotov Zápotocký wissen, daß keiner der sechs Präsidiumsmitglieder der Nationalversammlung, darunter Široky, für das höchste Staatsamt in Frage komme. Tags darauf konstituierte sich in Prag die sogenannte Kollektive Führung nach Moskauer Vorbild: Das Amt des Staatspräsidenten erhielt Zápotocký, Široky übernahm die Regierung und Novotný wurde Parteichef, erhielt aber die offizielle Bestätigung als Erster Sekretär des ZK – ähnlich wie Chruschtschow – erst im September 1953.

Im Zusammenhang mit seiner Amtsübernahme und angesichts »nationalen Unglücks«, des Todes »unseres weisen und umsichtigen Führers, des wahren Vaters unserer Völker, unseres unvergeßlichen Klement Gottwald«, verkündete der neue Staatspräsident Zapotocky Anfang Mai 1953 eine Amnestie, die sich von den bisher üblichen unterschied. Sie zielte – wenn auch nicht in der Radikalität wie die Berijas vom 28. März 1953<sup>11</sup> – auf die Milderung der politischen Spannungen. Erleichtert wurde besonders das Schicksal von Soldaten, Jugendlichen, Müttern, Schwerkranken und Häftlingen, die das 50. bzw. 60. Lebensjahr erreicht hatten. Lebenslängliche Strafen wurden auf zwanzig Jahre Haft heruntersetzt, Geldstrafen unter 30 000 Kronen generell erlassen. Der Gnadenakt – so die Verlautbarung – sollte vor »allem Bürgern zugute(kommen), die mit den volksdemokratischen Gesetzen in Konflikt gerieten und deshalb bestraft werden mußten.« Sie erstreckte sich nicht »auf schwerwiegende staatsfeindliche Handlungen und schwere Fälle von Diebstahl oder Beschädigungen von Volks- und Genossenschaftseigentum.« Er war gedacht als »eine Warnung an alle Volksfeinde, an die Feinde unserer Heimat und des Sozialismus«, aber auch als ein »Aufruf an alle Staatsbürger, die Wachsamkeit gegenüber den Agenten des Klassenfeindes noch zu erhöhen.«<sup>12</sup> Die Amnestie war Teil der Krisenbewältigung, aber weit entfernt von einer Rehabilitierung der Opfer des Staatsterrors zwischen 1948 und 1953.

9 Jiří Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, in: Christoph Kleßmann, Bernd Stöver: 1953, a. a. O., S. 96.

10 Zitiert und vom Verf. übersetzt nach: Vostočnaja Evropa v dokumentach rossijskich archivov 1944-1953, Moskva/Novosibirsk 1997, Bd. 2, S. 883 f.

11 Die von Berija am 27. März 1953 veranlaßte Amnestie brachte 1,6 Mio der 2,47 Mio Gulag-Häftlinge (Januar 1953) die Freiheit. Vgl. A. I. Kokurin, I. V. Petrov: GUALG (Glavnoje unpravlenie lagerej) 1917-1960, Moskva 2000, S. 431 ff.

12 Zitiert und vom Verf. übersetzte nach: Rude Pravo, Prag, vom 5. Mai 1953.

Die nächste einschneidende Aktion, die Abschaffung des seit 1939 bestehenden Rationierungssystems für Lebensmittel und Konsumgüter sowie eine Währungsreform, beides zu verwirklichen am 30. Mai 1953, war ursprünglich keineswegs ein Bestandteil des Neuen Kurses. Sie ging noch auf Klement Gottwald zurück, der sie am 7. Januar 1953 mit dem sowjetischen Botschafter in der Tschechoslowakei, A. Bogomolov, abgesprochen hatte. Ähnliches hatten die Führungen Ungarns 1951 und Polens im Januar 1953 eingeleitet, um die soziale Lage zu entspannen: Die Reallöhne der Arbeiter sollten auf Kosten der Bauern angehoben und zugleich der Versuch unternommen werden, eine Balance zwischen Kaufkraft und Warenangebot herzustellen. Unter den veränderten Bedingungen hoffte die neue Führung, gerade mit dieser Politik wesentlich zur Bewältigung der Krise beizutragen.

Die streng geheim vorbereitete Aktion wurde am Samstag, dem 30. Mai 1953, um 17 Uhr im Rundfunk bekanntgegeben. Die Währungsreform sollte – wie Zápotocký intern erläuterte – den großen Kaufkraftüberhang, »der sich zum größten Teil in den Händen des Klassenfeindes, in den Händen der ehemaligen Kapitalisten und Dorfreichen befindet«, beseitigen.<sup>13</sup> Altguthaben bei Banken und Versicherungen sowie staatliche Schuldpapiere verfielen. Geldbestände wurden nach jeweiliger Höhe der Bar- und Sparguthaben unterschiedlich umgetauscht, das Markensystem für Lebensmittel und Industriegüter aufgehoben. Die Regierung erhoffte sich durch den Zufluß von 14 Milliarden Kronen in die Staatskasse wirtschaftliche Entspannung und Stabilität, mehr soziale Gerechtigkeit und einen größeren Spielraum für den Wirtschaftsumbau.<sup>14</sup>

#### *Die »unbekannten Unruhen« in der Tschechoslowakei*

Die durch die Währungsreform verursachte Senkung der Realeinkommen um durchschnittlich zwanzig Prozent wurde zum Auslöser für politische Demonstrationen, spontane Streiks und Unruhen, zu denen es zwischen dem 1. und 4. Juni 1953 in Pilsen, Prag, Ostrava, Bohumin, Koprivnica, Mlada Boleslav, Strakonice, Vimperk, Orlova, Nachod und Dobruška kam. In diesen Tagen wurde 130 Streikaktionen registriert. In Pilsen fanden sich am 1. Juni 1953 gegen 9 Uhr bis zu 15 000 Menschen zusammen, die vor dem Gebäude des Bezirksnationalrats gegen die Währungsreform protestierten. Eine Gruppe von zirka fünfzig Personen besetzte die Rundfunkstation und rief dort zum Sturz des Regimes auf. Erst nach zwanzig Minuten unterbrachen die Sicherheitsorgane die Sendung. Gegen 12 Uhr waren durch den Einsatz von Armee, Nationalem Sicherheitskorps und Polizei – verstärkt durch zwei Bataillone aus Prag – noch 6 000 Menschen auf den Straßen. Nachmittags waren es nur noch kleinere Gruppen: 300 Menschen vor dem Rathaus, 500 Menschen am Masyarak-Denkmal und 800 Menschen am Gericht, von denen etwa sechzig Leute in das Gebäude eindringen. Um 19 Uhr war die »Ordnung« in der westböhmisches Industriemetropole wieder hergestellt. Für die Zeit von 22 Uhr bis zum nächsten Tag früh fünf Uhr wurde eine Ausgangssperre verhängt. Der Sicherheitsberater des KGB in Prag, General Besčastnov, teilte seinem Moskauer Chef Berija am 1. Juni 1953 mit, daß die verhafteten Personen in Speziallager über-

13 Zitiert nach Jiří Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, S. 99.

14 Löhne, Gehälter, Stipendien wurden im Verhältnis 5:1 umgerechnet. Mindestlöhne (bis zu 1 200 Kronen), Renten (bis zu 600 Kronen) und vor allem Kinderzulagen aufge bessert. Der Umtausch von Sparguthaben bis zu 5 000 bzw. 10 000 Kronen erfolgte ebenfalls im Verhältnis 5 bzw. 6,25:1, über 10 000 10:1, ab 25 000 25:1 und Guthaben über 50 000 1:30. Die neue Krone mit einem Feingoldgehalt von 0,122426 g wurde gegenüber dem Rubel von 12 auf 1,80 Ksc aufgewertet. Die Preise sanken bei Lebensmitteln um 31 und bei Industriewaren um 37 Prozent. Vgl. Rude Pravo, Prag, vom 31. Mai 1953; Dana Musilová: Měnová reforma 1953 a její socialní důsledky. Studie a dokumenty, Praha 1994.

führt würden. Von den 650 Inhaftierten wurden einen Monat später 331 vom Bezirksgericht Pilsen abgeurteilt. Aus dem streng geheimen Telegramm geht auch hervor, daß am 1. Juni 1953 um 9.30 Uhr in den Prager Rüstungsbetrieben »Stalingrad«, »Prag« und »Aero« 5 000 Arbeiter in den Streik getreten waren und auf Versammlungen im Betriebsgelände eine Überprüfung der Geldreform verlangt hatten. Nach zwei Stunden hatten sie ihre Arbeit wieder aufgenommen. In der Hauptstadt wurden 61 Personen, in den Gebieten Ostrava (Ostrava, Bohumin), Budejovice (Motorradwerke in Strakonice) 84 bzw. 18 Personen verhaftet.<sup>15</sup>

Bereits in der Nacht zum 2. Juni 1953 informierte Innenminister Berija über das Geschehen in der Tschechoslowakei Regierungschef Malenkov und machte auf ein Kernproblem der Politik gegenüber Osteuropa aufmerksam: Die regierungsfeindlichen Auftritte in Pilsen und Prag gegen die Währungsreform »müssen wir als Signal dafür werten, daß wir keine ausreichenden Vorstellungen über die tatsächlichen Zustände der inneren und wirtschaftlichen Lage in der Tschechoslowakei haben ... Im Zusammenhang mit den Ereignissen ... ist festzustellen, daß wir auch über die aktuelle politische und ökonomische Situation in den anderen Ländern der Volksdemokratie unzureichend Bescheid wissen. Die Ratschläge, die wir unseren Freunden geben, sind ... unsystematisch und in einer Reihe von Fällen nicht mit den wirtschaftspolitischen Aufgaben verbunden. Darüber hinaus muß man offen zugeben, daß unsere Empfehlungen nicht immer nutzbringend waren. Man erinnere nur an den Donau-Schwarzmeer-Kanal in Rumänien. Diese Lage erklärt sich vor allem daraus, daß der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe in Moskau unter aller Kritik arbeitet und keine grundlegende Rolle in der Koordinierung der Ökonomie zwischen den Volksdemokratien und der UdSSR spielt ... So wurde z. B. in Polen eine derart umfangreiche Rüstungsproduktion aufgebaut, die völlig nutzlos ist, weder für die anderen Länder gebraucht noch für die zivile Produktion der Polen genutzt werden kann.«

Berija informierte Malenkov weiterhin darüber, daß sich das, »was sich in der Tschechoslowakei ereignete, auch in anderen Ländern wiederholen und zu noch größeren unerwünschten Folgen führen kann. Um das zu vermeiden, muß von unserer Seite eine weitaus aktivere und qualifiziertere Hilfe bei der richtigen Organisation des Staatsaufbaus und der Wirtschaft der Volksdemokratien gegeben werden. ... Was die gegenwärtig entstandene Lage in der Tschechoslowakei betrifft, halte ich es für zweckmäßig umgehend diese Frage zu erörtern und mit den tschechoslowakischen Freunden die erforderlichen Empfehlungen auszuarbeiten.«<sup>16</sup>

Erstmals öffentlich äußerte sich Staatspräsident Zápotocký am 10. Juni 1953 – in Anwesenheit prominenter Partei- und Regierungsvertreter des Landes – zu den Ereignissen der vorangegangenen Tage vor der Belegschaft des Prager Großbetriebes »ČKD Sokolovo« (ehemals Kolben-Danek). Er räumte ein, daß die Währungsreform nicht nur beim »Klassenfeind«, sondern auch bei jenen Bürgern, die mit »unserer Regierung noch nicht verwachsen sind, große Bestürzung hervorgerufen« habe. Am Geschrei der in- und ausländischen Reaktion könne man allerdings ersehen, daß »unser Schlag gesessen hat.« Er gestand zwar ein, daß auch Arbeiter Opfer bringen mußten,

15 Vgl. Vostočnaja Evropa, Bd. 2, S. 921-923. In der tschechoslowakischen Presse erschienen Anfang Juni 1953 widersprüchliche Meldungen zu den Ereignissen von Pilsen und Ostrava. Vgl. Rudé Právo, Pilsen, vom 2. und 5. Juni 1953, Nova Svoboda, Ostrava, vom 7. Juni 1953.

16 Zitiert und vom Verf. übersetzt nach: Vostočnaja Evropa, Bd. 2, S. 918 f.

aber vor allem seien den Reichen und Schiebern ihre versteckten Geldreserven entzogen worden. Die Währungsreform sei ein Garant für die langfristige Verbesserung der Lebensverhältnisse und den Leistungsanstieg. Die Löhne würden künftig »nur in dem Maße steigen, wie die Produktion und die Arbeitsproduktivität steigt, und die Folge davon wird das Absinken der Preise sein.« Es habe sich um Maßnahmen gehandelt, »die uns eine bessere Bewertung der Arbeit, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, neue Werte, bessere Marktversorgung und damit erhöhte Befriedigung der steigenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse bringen sollen.«

Auf die Frage, ob wirklich alle mit den neuen Maßnahmen einverstanden seien, antwortete er: »Keineswegs, es hat auch Proteste gegeben ... Sehr geschadet hat uns die Undiszipliniertheit derjenigen Direktoren, der Betriebsleitungen und Ämter, die trotz ausdrücklicher Weisung die Gehälter im Monat Mai nicht ausbezahlt.« Er kritisierte, daß der Geldumtausch unzureichend vorbereitet worden sei, daß in vielen Umtauschstellen nicht ausreichend neues Geld vorhanden war, daß die Bürger stundenlang haben Schlange stehen müssen.<sup>17</sup>

Am folgendem Tag begründete der Staatspräsident und langjährige Gewerkschaftsführer vor Vertretern aller Bezirksleitungen der KPC seine harte Linie gegenüber den Streikenden: Arbeiter hätten kein Recht, ohne Gewerkschaftszustimmung in den Streik zu treten. »Wir dürfen nicht denken, daß dem Arbeiter alles erlaubt ist. Sobald der Arbeiter auf der Seite des Klassenfeindes auftritt, gebe ich mir keine Mühe, ihn zu überzeugen. In diesem Falle mache ich ihm seine Tätigkeit unmöglich. ... Wir haben allen Grund dafür, eine starke Hand zu zeigen.«<sup>18</sup>

Während eines Treffens in der zweiten Junihälfte 1953 in Moskau (der genaue Termin konnte bisher nicht ermittelt werden) wurde der tschechoslowakischen Führung empfohlen, die Wirtschaftspolitik neu zu bestimmen und den Fünfjahrplan zu korrigieren. Unter dem Eindruck der DDR-Ereignisse hakte Außenminister Molotov am 20. Juni 1953 nach: »Es wäre richtig, wenn die tschechoslowakischen Freunde ihre gegenwärtigen wirtschaftlichen Pläne für die Industrie und die Landwirtschaft in Ordnung brächten, ernsthafte Plankorrekturen vornehmen würden. Teilen Sie die Ergebnisse telegrafisch mit!«<sup>19</sup> Am 26. Juni 1953 beschlossen das Politische Sekretariat des ZK der KPC und die Regierung der CSR die nächsten Schritte zur Krisenbewältigung. Festgelegt wurde, die Versorgung mit Konsumgütern und Lebensmitteln zu verbessern, die Finanzdisziplin zu festigen, die Selbstkosten zu senken, einige geplante industrielle Großprojekte aus dem laufenden Fünfjahrplan herauszunehmen. Moskau hatte allerdings kritische Einwände gegen die von Novotný anvisierten »Säuberungen« der Gewerkschaften und des Partei- und Staatsapparats von jenen Personen, die in den kritischen Tagen Anfang Juni 1953 »kleingläubig und schwankend waren oder manchmal auch feindliche Positionen bezogen« hätten. Das könne unter den gegenwärtigen Bedingungen nur zu weiteren Unzufriedenheiten in der Bevölkerung führen.<sup>20</sup>

17 Zitiert und vom Verf. übersetzt nach: Rudé Právo, Prag, vom 11. Juni 1953.

18 Zitiert nach Jiří Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, S. 102.

19 Zitiert und vom Verf. übersetzt nach: Vostočnaja Evropa, Bd. 2, S. 926, Anm. 2.

20 Vgl. ebenda, S. 934 f.

*Ein Kurs, der die Bezeichnung »neu« nur bedingt verdient*

Die Diskussion um eine neue politische und wirtschaftliche Strategie nach Stalins Tod war auch in der Tschechoslowakei beeinflusst von der



veränderten Politik des sowjetischen Führung, vor allem von der Rede Malenkovs am 8. August 1953, in der die veränderte Strategie seit Stalins Tod als Neuer Kurs definiert wurde. Er zielte auf eine Verstärkung der Produktion von industriellen Konsumgütern, auf größere Effizienz in der Landwirtschaft und eine grundlegende Anhebung der Lebensbedingungen der Werktätigen. Dieser Begriff wurde bald zur allgemeinen Bezeichnung für Veränderungen der politischen Praxis der sowjetischen Partei- und Staatsorgane, um das Sowjetsystem stalinistischer Prägung aus der tiefen Krise herauszuführen.<sup>21</sup>

Die Prager Führung erarbeitete den Kurswechsel in laufenden Konsultationen mit Moskau, aber auch unter Beachtung der Ereignisse des 17. Juni in der benachbarten DDR. Das entstandene Führungsdokument, die sogenannten Augustthesen, wurden Ende August 1953 im Kreml während eines geheimen Treffens mit der Troika Zápotocký-Novotný-Široky abgeseget. Staatspräsident Zápotocký begründete in seinem Bericht nicht nur den Umbau der Wirtschaft, er hatte das Reformprogramm breiter angelegt. Doch Parteichef Novotný ließ nicht zu, daß die wenigen Ansätze einer politischen Reform (Revision der politischen Prozesse und Rehabilitierung politischer Gefangener, Überwindung der diktatorischen Methoden des Parteiapparates usw.) auf die Agenda des Septemberplenums 1953 kamen.<sup>22</sup> Trotzdem führten sowohl der Kurs auf Erweiterung der Nahrungsmittel- und Konsumgüterproduktion sowie auf Förderung des staatlichen und privaten Wohnungsbaus als auch die im Oktober 1953 beginnenden regelmäßigen Preissenkungen zur spürbaren Verbesserung der Lebensbedingungen. Dabei war die mit dem internationalen Entspannungsprozeß seit Frühjahr 1953 beginnende Umstellung von Teilen der Rüstungswirtschaft auf zivile Produktion ein wichtiges Moment. Der auf die Wirtschaftspolitik begrenzte sogenannte Neue Kurs führte zu einem längerfristigen Konsens zwischen Volk und Herrschaftselite.

Nicht zuletzt deshalb war der gegen die Tschechoslowakei gerichteten US-Diversions-Strategie von »Free Europe Press« und »Radio Freies Europa« mit der verlogenen Bezeichnung »Prospero« (Wohlstand) – seit 13. Juli 1953 warfen 6512 Ballons zwölf Millionen Flugblätter ab –, die darauf zielte, die damals »unbekannten Pilsner Unruhen« zu einem antikommunistischen Aufstand auszuweiten, kein Erfolg beschieden. Es folgte ein Jahr später, unmittelbar vor den Parlamentswahlen im Mai 1954, die Operation »Veto« (»Einspruch«), während der »Zehn Forderungen der Volksopposition« in einer Auflagenhöhe von zwanzig Millionen Exemplaren mittels hunderttausend Ballons abgeworfen wurden.<sup>23</sup>

Die stabilisierte Lage schien die neostalinistische Novotný-Fraktion von der Notwendigkeit zu entbinden, das politische Regime zu reformieren und den Raum politischer Emanzipation und Machtpartizipation der Bevölkerung zu erweitern. Das Ausschalten und Verteufeln Berijas im Sommer 1953 ermöglichte dem Novotný-Regime – ähnlich wie denen in der UdSSR, der DDR, Rumänien und Polen –, zunächst eine Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus zu umgehen. Mehr noch: Die bisherige Repressionspolitik wurde auch nach Stalins und Gottwalds Tod weitergeführt. Da es offenbar – anders als in Ungarn – auch keine Zügelung aus Moskau gab, setzten

21 Vgl. Pichoja: O vnutropoliticheskoj bor'be v sovetskom rukovodstve 1945-1958, in : novaja i novejšaja istorija, Moskva 1995, Nr. 6, S. 7 f.

22 Vgl. Regierungserklärung von Viliam Siroky in der Nationalversammlung vom 15. September 1953: in: Rúde Právo, Prag, vom 16. September 1953.

23 Auf einem der drei unterschiedlichen Flugblätter war ein neu eingeführter Ein-Kronen-Schein mit dem folgenden Text abgedruckt: »Hunger-Krone – ein Geschenk der Sowjetunion. Das ist der Beweis für den Bankrott Eurer Regierung und den wirtschaftlichen Zusammenbruch des Fünf-Jahr-Planes, dies soll Euch daran erinnern, was Euch die Regierung gestohlen hat. Dies ist die Aufforderung zu kämpfen, dies ist die Forderung, die gesamte Kraft des Volkes an der Schwäche des Regimes zu messen und Widerstand zu leisten so viel und so gut es möglich ist. Die Völker der anderen von der Sowjetunion versklavten Staaten vereinigen sich, und sie werden Euch in Eurem Kampf unterstützen. Die freie Welt steht hinter Euch. Alle Macht dem Volk! ... Das Regime wird schwächer und ängstlicher vor Euch. Die Macht liegt beim Volk, und das Volk steht gegen das Regime. Vereinigt und mobilisiert Eure Macht! Nieder mit den Kolchosen. Besteht auf dem Recht der Arbeiter. Fordert heute Zugeständnisse, morgen die Freiheit!« (Zitiert nach Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy 1947-1991, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 448 ff.)

Gottwalds Nachfolger sogar Nachfolgeprozesse zum Prozeß gegen das »Verschwörerzentrum« um Generalsekretär Rudolf Slánský bis Ende 1954 fort. Anzuführen sind vor allem die Prozesse gegen hochrangige Parteifunktionäre (Maria Švermová), Diplomaten (Eduard Goldstücker), Ökonomen (Josef Smrkovský), Geistliche, Schriftsteller, Beamte des Innenministeriums (Josef Pavel), Generäle der Armee, »slowakische bürgerliche Nationalisten« (Gustav Husák) und sogenannte Trotzlisten.

Da die Unruhen in der einstigen sozialdemokratischen Hochburg Pilsen ihren Ausgang genommen hatten, setzte Parteichef Novotný den Kampf gegen den »Sozialdemokratismus« auf die Tagesordnung und machte dem im Dezember 1953 von Geheimagenten aus Österreich entführten ehemaligen Vorsitzenden der tschechischen Sozialdemokratie Bohumil Laušman den Prozeß.<sup>24</sup> Symbolisch für die Weiterführung des stalinistischen Kurses auf der politischen Ebene war die Enthüllung eines Denkmals für Stalin am 1. Mai 1955 in der Moldaunmetropole.

Mit dem Aufstieg Chruschtschovs und dem Machtverlust Malenkovs gingen auch konstruktive Ansätze des Neuen Kurses in der Tschechoslowakei mehr und mehr verloren. Vor allem die scharfe Kritik Moskaus im April 1954 an der gemäßigeren Politik Zápotockýs sowie die Ablösung Malenkovs ein Jahr später festigte den Führungskern um Parteichef Novotný und deren Doktrin: Gottwalds Kurs vom Februar 1948 sei richtig und bedürfe keiner Korrektur, es habe lediglich zeitweilige Fehler bei der Umsetzung gegeben. Als sich Zápotocký politisch mehr und mehr zurückzog, begann der Neue Kurs »an Auszehrung zugrunde zu gehen, bevor er sich richtig durchgesetzt hatte.«<sup>25</sup> Der nächste, viel ernster gemeinte, Versuch zur Entstalinisierung – unter dem Reformkommunisten Alexander Dubček 1968 – scheiterte an der sowjetischen Militärintervention.

### *Neostalinismus des rumänischen Diktators*

Im Unterschied zur DDR und zur Tschechoslowakei wurden 1953 in Polen, Rumänien, Bulgarien und Albanien lediglich schwache und lokale antistalinistische Aktivitäten registriert. Die alten Machttechniker, die Stalins im osteuropäischen Kleinformat, blieben am Ruder und setzten die Politik der Repressionen ohne Moskaus Order fort. Lediglich im ökonomischen Bereich gab es Korrekturen. Rumäniens Partei- und Staatschef Gheorghiu-Dej hatte seit 1949 das Land mit brachialer Gewalt sowjetisiert, die Wirtschaft durch Kollektivierung, unwirtschaftliche Prestigeprojekte und Aufstockung der Armee von 138 000 auf 700 000 Mann ruiniert. Nach den Trauerfeiern in Bukarest und in »Orasul Stalin« – Stalinstadt –, dem ehemaligen Braşov (Kronstadt), reagierte der treueste Vasall Stalins unwillig auf die Kursveränderungen des Kreml. Zwar wurden 9 350 Personen, darunter 2 215 sogenannte Kulaken, 1 695 Mittelbauern und 2 125 Dorfarme, im April 1953 amnestiert, doch erst 1954 wurde begonnen, das Zwangsarbeitslager in der Bagran-Tiefebene zwischen Bukarest und Černavodá – die hierher von 1949 bis 1952 verschleppten zehntausend rumänischen und fünftausend rumäniendeutschen Familien hausten in Erdlöchern oder in der freien Steppe – aufzulösen. Der Lagerkomplex »Scalia« im Donaudelta (Große Insel von

24 Vgl. Karel Kaplan: Die politischen Prozesse in der Tschechoslowakei 1948-1954, München 1986.

25 Jiří Pernes: Die politische und wirtschaftliche Krise, S. 102.



Brăila) und das »Umerziehungslager« von Auid blieben weiterhin bestehen. Während Berija die sogenannten Ärzteverschwörer rehabilitierte, kamen in Bukarest die politischen Prozesse erst richtig in Gang. Dej mußte auf Drängen Molotovs die einst führende Kommunistin Ana Pauker, das »Haupt der zionistischen Verschwörung«, Ende März 1953 zwar freilassen, aber ihr engster Mitstreiter, der Ungar Vasile Luca, erhielt ein Jahr später fünfundzwanzig Jahre Zuchthaus. Seinen gefährlichsten Rivalen, den eigentlichen Architekten eines demokratischen und nationalen Weges Rumäniens nach 1944, Lucrețiu Pătrășcanu, ließ der Bukarester Diktator im April 1954 in dem berüchtigten Gefängnis von Jilava hinrichten. Es gehört zur Ironie der Geschichte, daß Dej noch 1961 seine Repressionspolitik westlichen Politikern und der eigenen Bevölkerung als »Entstalinisierung« verkaufte: Man habe endlich Rumänien von »fremden Elementen« gesäubert.

Halbherzig schloß sich das ZK der Rumänischen Arbeiterpartei am 19./20. August dem sogenannten Neuen Kurs Malenkovs an. Der vom Gulag-System getragene Bau des Donau-Schwarzmeer-Kanals wurde eingestellt. Durch die stärkere Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf Konsumgüter und Nahrungsmittel konnte die Lebensmittelrationierung 1954 aufgehoben werden. Dennoch blieb der Lebensstandard außerordentlich niedrig, erreichte nicht einmal den Vorkriegsstand. Auch der Forderung nach Ämtertrennung kam Dej 1954 pro forma nach, indem er seinem Höfling Gheorge Apostol, bisheriger Landwirtschaftsminister, den Posten des Ersten Sekretärs des ZK für ein Jahr abgab. Als nach Malenkovs Ablösung das Parteiamt zur Schlüsselfrage der Macht wurde, ernannte sich der »Balkanmachiavelli« im Oktober 1955 wieder zum Parteichef und gab den Premierposten an dem ergebenen Chivu Stoica ab.<sup>26</sup>

*Nur in Ungarn beginnt ein alternativer Kurs zum Stalinismus.*

Nur in Ungarn gab es im wahrsten Sinne des Wortes zwischen Juni 1953 und April 1955 einen wirklichen neuen Kurs, also hoffnungsvolle Schritte eines Umbaus des ungarischen stalinistischen Systems in eine national bestimmte demokratische sozialistische Gesellschaft. Infolge der überhitzten Industrialisierung und der kriegskommunistischen Politik gegenüber den Bauern war es schon seit Sommer 1952 in den Komitaten Bacs-Kiskun, Bekes und Pécs zu Unruhen gekommen. Das Regime der persönlichen Macht des treuesten Stalin-Schülers Mátyás Rákosi konnte sich nur noch durch Massenterror am Leben erhalten. Wurden von 1949 bis 1951 in Strafverfahren 295 000 Personen abgeurteilt, so stieg diese Zahl 1952 auf etwa eine halbe Million.

Erst nach sowjetischem Druck auf Kursänderung Ende Mai 1953 schlug Rákosi am 3. Juni 1953 im ZK-Sekretariat vor, die Wirtschaftspläne zu überprüfen, die Partei- und Staatsämter zu trennen und eine Amnestie zum Nationalfeiertag im August 1953 zu erlassen. Die Ereignisse in Prag und Pilsen veranlaßten das Kreml-Triumvirat, die Kurs- und Kaderveränderungen in Budapest ohne Zeitverluste durchzusetzen. Das wurde zwischen dem 12. und 14. Juni 1953 nicht nur mit Rákosi und seinem Stellvertreter Ernő Gerő ausgehandelt, sondern auch mit einem von Moskau eingeladenen Personen-

26 Vgl. Vostočnaja Evropa, Bd. 2, S. 886 ff., 892 ff., 939 ff. und 951 ff.; Thomas Kunze: Nicolae Ceaușescu. Eine Biographie, Berlin 2000, S. 94 ff. und S. 106 ff.

kreis: dem parteilosen Staatspräsidenten István Dobi, dem Budapester Parteichef Rudolf Földavari, dem Chef des Sekretariats beim Ministerpräsidenten, Béla Szalai, den Ministern für Staatsgüter und Landwirtschaft, István Hidas und András Hegedüs. Überraschend war die Teilnahme von Imre Nagy, der schon im russischen Bürgerkrieg auf seiten der Bolschewiki gekämpft und als Kominternfunktionär im Moskauer »Radio Kossuth« gegen den Faschismus tätig gewesen war. Als Landwirtschaftsminister hatte er sich 1944/45 den Ehrennamen »Vater der ungarischen Bodenreform« erworben. 1949 war er von Rákosi wegen »rechtsnationalistischer Abweichung« und »Bucharinismus« politisch verbannt worden. Aber im Zusammenhang mit den »antizionistischen Säuberungen«, die auch Ungarn erreichten, hatte ihn Moskau im November 1952 als stellvertretender Ministerpräsident auf die politische Bühne zurückgeholt.

Malenkov eröffnete die mehrtägige Beratung sowohl mit Selbstkritik als auch mit der Unterstreichung des sowjetischen Führungsanspruchs: »Wir als Kommunisten sind allesamt verantwortlich für die Dinge in Ungarn. Auch die Sowjetunion ist dafür verantwortlich, was für ein Regime in Ungarn herrscht.« Ausgehend von seinem Aufgabenbereich, stellte Berija dem Verantwortlichen für den ungarischen Sicherheitsdienst AVH, Rákosi, die Frage: »Ist es in Ungarn akzeptabel, daß bei einer Bevölkerung von 9,5 Millionen Verfahren gegen 1,5 Millionen im Gange sind?« Er verlangte, gemäß der Neuerung des Kremls, auch in Ungarn die Geheimpolizei dem Innenministerium zu unterstellen. Es sei angebracht, daß der Regierungschef (hier spielte er auf Rákosis jüdische Herkunft an, K.-H. G.) »ein Ungar ist«, und schlug dafür Imre Nagy vor. »Rákosi, ein Genosse mit großer Erfahrung«, solle weiter die Partei führen.<sup>27</sup> Das in einer Klausurberatung von den Ungarn ausgearbeitete Dokument wurde abschließend abgesehen. Moskau bestimmte auch, wer die Machtministerien (Inneres, Verteidigung) zu übernehmen hatte.

Das am 27. Juni 1953 in der erweiterten ZK-Sitzung beschlossene Programm war mehr als eine Kurskorrektur der Wirtschaftspolitik, wie sie in Berlin, Prag oder Bukarest vorgenommen wurde, sondern das für die damalige Zeit radikalste reformkommunistische Programm, eine Alternative zur Ideologie und Politik des ungarischen Stalinismus.<sup>28</sup>

Das von Imre Nagy auf der Nationalversammlung am 4. Juli 1953 verkündete Regierungsprogramm wurde von der Bevölkerung mit großen Hoffnungen aufgenommen und trug entscheidend zur Entspannung der zugespitzten politischen Lage bei. Großprojekte wie das Hüttenwerk in Sztalinvaros (Stalinstadt) und die Budapester U-Bahn wurden gestoppt. Es ging um den Umbau des Wirtschaftssystems nach den Grundbedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung. Einer der wichtigsten Eckpfeiler war das für drei Jahre konzipierte Landwirtschaftsprogramm, das auf leistungsfähige Bauernwirtschaften setzte. Die Zahl der Genossenschaftsbauern ging von 376 000 auf 250 000 zurück. Die großen Vorräte des Akkumulationsfonds wurden für die Lebensmittel- und Konsumgüterproduktion, den Bau und die Sanierung von Wohnungen sowie für Lohn- und Gehaltserhöhungen für fast eine Million Beschäftigte umgeleitet.

Auseinandersetzungen entbrannten vor allem zwischen den Stalinisten um Rákosi und den Reformkommunisten um Nagy wegen der

27 Zitiert nach Janos M. Rainer: Ungarn 1956. Die Krise und die Versuche ihrer Bewältigung 1953-1956, in: Satelliten nach Stalins Tod. Der neue Kurs 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956, Berlin 1999, S. 145 ff.

28 Zum Wortlaut des Dokuments in deutscher Sprache vgl. György Litvan, Janos Bak (Hg.): Die ungarische Revolution 1956, Wien 1996, S. 36 ff.

Überwindung des Massenterrors und Rehabilitierung seiner Opfer. Die Amnestie vom 24. Juli 1953 gab 784 000 Ungarn die Freiheit zurück. Aufgehoben wurde die Zwangsaussiedlung von 14 486 Bürgern aus Budapest und aus anderen Städten. Aus den vier Internierungslagern der AVH kamen bis Oktober 3 234 von 5 000 Inhaftierten frei, ebenso alle auf die Hortobagy verbannten 7 281 Menschen. Geldstrafen für 427 000 Personen wurden annulliert. Die Revision der Schauprozesse begann. Die Sozialdemokratin Ana Kethly, der Kommunist János Kádár u. a. erhielten die Freiheit. Allerdings gelang es der Rákosi-Gruppe mit stiller Duldung Moskaus, die Rehabilitierung der Opfer des ersten und größten osteuropäischen Schauprozesses gegen Laszlo Rajk und Genossen zu verhindern, angeblich um die Autorität der Partei nicht zu schädigen.<sup>29</sup>

Mit dem Schriftstellerkongreß im Oktober 1953 entstand allmählich eine freiere öffentliche Atmosphäre, die an das sowjetische Tauwetter erinnerte. Ungeachtet der Fortschritte des ungarischen Reformkurses starteten die US-«Befreiungsstrategen» 1954 die »Operation Focus« gegen Ungarn. Auf das Land fielen durch eine Ballonaktion allein am 1. Oktober 1954 eine Million Exemplare der sogenannten Zwölf Forderungen der »Nationalen Opposition«, abgekürzt NEM, also »Nein« gegen die Nagy-Regierung. Sicherlich sollten damit auch Assoziationen an revisionistische Forderungen gegen Trianon (1920) ausgelöst werden: »Nem, Nem, soha! – Nein, nein, niemals!«.

Als es mit dem Neuen Kurs im Frühjahr 1955 zu Ende ging, endete auch die Diversionsaktion »Focus« – allgemein übersetzt als »Brennpunkt«, im medizinischen auch als »Krankheitsherd« bezeichnet.<sup>30</sup> Der Machtkampf im Kreml entschied das Schicksal des Neuen Kurses in Ungarn. Berijas Verhaftung Ende Juni 1953 gab Rákosi zwar Auftrieb, aber keinen Machtzuwachs, denn Nagy konnte seine Positionen im Windschatten des im August 1953 verkündeten sowjetischen Neuen Kurses erhalten. Chrustschovs Aufstieg und Malenkovs Ablösung im Frühjahr 1955 beendeten das einzigartige antistalinistische Reformprojekt Osteuropas. Wohl auch, weil es Grenzen des von Moskau definierten sogenannten Neuen Kurses überschritten hatte.

Chrustschov sah in der fehlenden Einheit der ungarischen Führung die Hauptgefahr für die künftige Stabilität; zudem noch in einem Land, das in absehbarer Zeit infolge der zu erwartenden Unabhängigkeit Österreichs zu einem Frontstaat an der Trennlinie der Systeme aufrücken würde.

Aber auch, als Nagy im April 1955 als Ministerpräsident abgelöst und acht Monate später aus der Partei ausgeschlossen wurde, gab es noch Hoffnungen. Der Neue Kurs hatte Kräfte freigesetzt, die schwer zu bändigen waren. Sie formierten sich als ein beachtliches reformkommunistisches Oppositionspotential. Der charismatische Imre Nagy, den der ungarische Historiker Gosztony als eine »Art Vorgänger von Alexander Dubček in Prag 1968« versteht, der »echte Popularität im Lande« genoß<sup>31</sup>, erhielt im Krisenjahr 1956 eine neue Chance. Daß ihm wiederum nicht Erfolg beschieden war, lag vor allem an Chrustschov Intervention im Herbst 1956.

29 Vgl. Janos M. Rainer: Ungarn 1956. Die Krise, S. 157 ff. Imre Nagy über den Streit um die Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus: »Anlässlich unserer Besprechung in Moskau vor dem III. Parteitag im Mai 1954 hat ... Genosse Chrustsov gesagt: ›Für die Verhaftungen ist Rákosi verantwortlich. Er will sie deshalb nicht freilassen, weil er weiß, daß er der Schuldig ist und daß er sich kompromittiert. ... Der Genosse Chrustsov riet uns, ›die Rehabilitierung in einer Weise durchzuführen, daß Rákosis Autorität nicht zu Grunde gerichtet wird.‹ Damit seine Worte nicht mißverstanden würden, fügte er jedoch hinzu: ›Wir schützen Rákosis Autorität so lange als es nicht auf Kosten der Autorität der Partei geschieht. Es kann nämlich passieren, daß unter dem Vorwand der Wahrung der Autorität Rákosis die alte Politik zurückkehrt. ... Nicht Schweigen und Vertuschen erhöhen die Autorität der Partei, sondern eine aufrichtige Sprache.‹ ... Ich habe im Politbüro ... für die Durchsetzung des gleichen Standpunktes gekämpft.« (Zitiert nach Imre Nagy: Politisches Testament. Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hugh Seton-Watson, München 1959, S. 336f.)

30 Vgl. Bernd Stöver: Die Befreiung vom Kommunismus, S. 457 ff.

31 Peter Gosztony: Der Volksaufstand in Ungarn 1956, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 48 (1996), B37-38, S. 4.

HANS JÜRGEN KRYSMANSKI

## Wer führt die neuen Kriege? Globale Macht- und Geldeliten machen mobil

Die Strukturen, in denen der gegenwärtige Krieg und die Militarisierung des Globalisierungsprozesses sich vollziehen, sind komplexer als die Fähigkeiten der Hauptakteure (Regierungen, Kapitalfraktionen, Politiker etc.), mit dieser Komplexität adäquat umzugehen. Auch die Linken in unserem Lande sind überfordert. Besonders problematisch sind Versuche, das gegenwärtige Geschehen auf einen Gegensatz zwischen Europa und den USA zu reduzieren. So stellt der US-amerikanische Ideologe Robert Kagan unsinnigerweise einer »weichlichen Venus-Kultur« Europas die »harte Mars-Kultur« Amerikas gegenüber. Und mancher »gute Europäer« möchte den »bösen Amerikanern« etwas beibringen. Mit solchen Reden aber landet man schnell im falschen Boot.

Es sind schließlich Amerikaner, linke Amerikaner und gute Demokraten, die das amerikanische Verhängnis am besten beschreiben. Norman Mailer<sup>1</sup> spricht von einer präfaschistischen Atmosphäre in den USA, Senator Robert Byrd von »Rücksichtslosigkeit und Arroganz«<sup>2</sup>. Und Kurt Vonnegut, der Altmeister der Science Fiction, sagt, die gegenwärtige US-Regierung sei in der Hand von mediokren Yale-Studenten ohne Geschichts- und Geographiekenntnisse, von weißen Suprematisten in christlichem Gewand und, »am erschreckendsten, von psychopathischen Persönlichkeiten, die genau wissen, welches Leid ihre Handlungen verursachen, die sich aber einen Dreck darum scheren.«<sup>3</sup>

Eine Definition der Akteure des Weltneuordnungsprozesses mit Hilfe von Schemata wie *USA vs. Europa*, *Zivilisation vs. Barbarei*, *Gut vs. Böse*, *Dollar vs. Euro* usw. mag für konkurrierende Machteliten einen gewissen Sinn machen.<sup>4</sup> Der Bush-Gruppe etwa wäre sicher nichts lieber, als vollkommen mit *den USA* als solchen identifiziert zu werden. Für Globalisierungskritiker und die Friedensbewegung aber ist ein derartiger Einverständnis heischender Sprachgebrauch verheerend. Wir haben nichts zu tun mit einem Hegemonialkrieg zwischen den USA und Europa. Unser Feld ist nicht die Konsenspolitik der Machteliten, unser Feld sind die vielfältigen, gleichberechtigten »Kulturen der Globalisierung«<sup>5</sup>.

Ja, mehr noch: »Von unserem Standpunkt aus«, schreiben Michael Hardt und Antonio Negri, »ist die Tatsache, dass sich gegen die alten Mächte Europas ein neues Empire herausgebildet hat, nur zu begrüßen. Denn wer will noch irgendetwas von der angekränkelten und parasitären herrschenden Klasse Europas wissen, die vom Ancien Régime direkt zum Nationalismus überging, vom Populismus

Hans Jürgen Krysmanski – Jg. 1935; em. Professor für Soziologie an der Universität Münster; Autor zahlreicher TV-Reportagen (Spiegel TV, NDR); Buchpublikationen u. a. »Soziologie des Friedens« (Wiesbaden/Opladen 1993), »Popular Science. Medien, Wissenschaft und Macht in der Postmoderne« (Münster/New York 2001). Zuletzt in *UTOPIE kreativ*: High-Tech-Anti-Kapitalismus: Ein Widerspruch in sich?, Heft 133 (November 2001). Homepage: [www.hjkrysmanski.de](http://www.hjkrysmanski.de).

1 International Herald Tribune, 25. Februar 2003.

2 International Herald Tribune, 19. Februar 2003.

3 In These Times, 27. Januar 2003, [http://inthesetimes.com/comments.php?id=38\\_0\\_4\\_0\\_C](http://inthesetimes.com/comments.php?id=38_0_4_0_C).

zum Faschismus und die heute auf einen generalisierten Neo-Liberalismus drängt? Wer will noch etwas wissen von diesen Ideologien und bürokratischen Apparaten, von denen die verrottende europäische Elite so gut lebte? Und wer erträgt noch diese Systeme der Arbeitsorganisation und diese Unternehmen, die längst jede Lebendigkeit verloren haben?«<sup>6</sup>

Die zentrale Frage ist also, ob wir mit unserem derzeitigen Begriffarsenal, mit unseren braven Kapitalanalysen und hochabstrakten Strukturbegriffen wie *Global Governance* oder *Empire*, genau genug die Akteure der neuen Kriege identifizieren können.<sup>7</sup> Unterliegen nicht die Strukturen, unter denen es noch sinnvoll war, von den »USA«, von »Europa«, von deutlich konturierten Kapitalfraktionen, von staatlichen Institutionen, stabilen transnationalen Organisationen oder von »Hegemonie« zu sprechen, einem dramatischen Auflösungsprozeß? Beginnt der Kapitalismus im Augenblick der Globalisierung sich nicht schon von der Spitze her selbst zu verlassen? Das heißt, ist das, was uns heute als eine neue Geopolitik der Zerstörung begegnet, überhaupt noch »Kapitalismus«?<sup>8</sup> »Regiert« das uneingeschränkte, hochkonzentrierte Privateigentum nicht längst spätromisch in einem Raum grenzenloser, entfesselter Korruption?

Jedenfalls treten aus den konkreten Vorbereitungen zum Irak-Krieg und zu den folgenden Kriegen in einem ganz ungewöhnlichen Maße Kenntnisse über die wirklichen Akteure der neuen Unfriedlichkeit zu Tage. Man trifft auf die seltsamsten Gestalten. Viele von ihnen sind unter strukturell ungesicherten Bedingungen, wie etwa einer manipulierten Präsidentenwahl, nach oben gekommen. Und die meisten Erkenntnisse über diese Machteliten stammen aus der Mitte des Empire selbst, aus Medien, Organisationen und *Think Tanks* des traditionellen amerikanischen Establishments.

Auch dem oft geschmähten *Power Structure Research*<sup>9</sup> – Begleiter des amerikanischen Establishments seit Mitte des 20. Jahrhunderts beim Weg in dessen heutige globale Rolle – werden in den Spitzentagen kapitalistischer Weltorganisationen die Ergebnisse mittlerweile aus den Händen gerissen. Das erklärt die enorme Verunsicherung auf dem letzten *World Economic Forum* in Davos, als die Herren in den dunklen Anzügen auf einmal nicht mehr wußten, wo ihnen angesichts des neuen Washington der Kopf steht. Das erklärt aber auch die Getriebenheit und Brutalität der Clique um Bush, die genau weiß, daß sie schon durchschaut ist und aus dem bis dato Geraubten noch das »Beste« machen will.

Durchschaut? John Pilger, der bekannte britische Journalist (sein neuestes Buch: *The New Rulers of the World*), schreibt, der Aufstieg Rumsfelds und seines Stellvertreters, Paul Wolfowitz, sowie seiner Mitarbeiter Richard Perle und Elliot Abrams bedeute, »dass ein großer Teil der Welt heute offen von einem geopolitischen Faschismus bedroht wird«, denn diese Washingtoner Gang bestehe aus »authentischen amerikanischen Fundamentalisten, den Erben von John Foster Dulles und Alan Dulles, jenen baptistischen Fanatikern, die in den Fünfzigern das Außenministerium beziehungsweise die CIA lenkten, in einem Land nach dem anderen Reformregierungen – Iran, Irak, Guatemala – zerschlugen, internationale Verträge zerrissen und damit geradewegs die Katastrophe des Vietnam-Krieges

4 Herfried Münkler repräsentiert diesen Duktus der Politikberatung derzeit besonders eklatant, wenn er den europäischen Eliten nahelegt, mit den USA auf den Gebieten wirtschaftlicher Stärke, zivilisatorischer Attraktivität und militärischer Macht offensiv zu konkurrieren. Die Konsequenzen dieser politologischen deformation professionelle – der Horror einer »bipolaren Welt« – wären für den Globalisierungsprozeß katastrophal. Vgl. Der neue Golfkrieg, Reinbek 2003.

5 Jameson, Myoshi 1998.

6 Hardt, Negri 2002, 383.

7 Vgl. H. J. Krysmanski: Akteure der neuen Kriege, in: Kritik der Globalisierungskrieger – Texte zur Chronik eines angekündigten Krieges. Erstes Arbeitspapier aus dem wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland, März 2003.

8 Vgl. die ungewöhnlich scharfe Kritik von Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank, Bush abdicates America's global leadership role, New York Times, 29. August 2002.

9 Power Structure Research, ein Ansatz zur Erforschung von Machtstrukturen, wurde von dem Soziologen C. Wright Mills in den fünfziger Jahren entwickelt. Mills 1956.



10 New Statesman,  
23. November 2001.

11 R. Aguigah, Frankfurter  
Rundschau, 6. Dezember  
2002.

12 Lieven 2002. Die in die-  
sem Abschnitt verwendeten  
Zitate sind der Internet-  
version des Aufsatzes  
entnommen.

13 Weiteres bei Rainer  
Rilling: Outbreak. Let's Take  
Over. American Empire als  
Wille und Vorstellung,  
[http://www.rainer-rilling.de/  
texte/american%20empire.  
pdf](http://www.rainer-rilling.de/texte/american%20empire.pdf).

mit seinen fünf Millionen Toten auslösten.«<sup>10</sup> Und Johan Galtung hält die Außenpolitik der Bush-Regierung schlicht für »geofaschistisch.«<sup>11</sup> Was hier so plakativ erscheint, hat einen analytischen Hintergrund in der Höhle des Drachen selbst.

### *The Push for War*

Aus dem Zentrum des amerikanischen Establishments beispielsweise kommt die folgende Analyse. Anatol Lieven, *Senior Associate des Carnegie Endowment for International Peace* (eines der wichtigsten und ältesten *Think Tanks* der Ostküstenelite), schreibt unter dem Titel »The Push for War«<sup>12</sup>: Um die Motivation der Bush-Administration zu verstehen, müsse man festhalten, daß der grundlegende und innerhalb dieser Gruppe anerkannte Plan darin bestehe, eine unilaterale Weltherrschaft durch absolute militärische Überlegenheit zu installieren. Dies sei mit großer Stetigkeit von einer Gruppe von Intellektuellen vertreten und ausgearbeitet worden, die sich seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion um Dick Cheney und Richard Perle geschart hat.<sup>13</sup>

Um die Genese dieses außerordentlich ehrgeizigen Planes zu verstehen, fährt Lieven fort, müsse man das moralische, kulturelle und intellektuelle Milieu des amerikanischen Nationalismus verstehen, in dem er zustande kam. Diesen Nationalismus habe es lange vor dem 11. September 2001 gegeben, auch wenn dieser ihn entflammt habe. Und ebenso gefährlich sei es, daß er sich mit dem Nationalismus der israelischen Rechten verbunden habe. An erster Stelle der geopolitischen Ziele stehe die Ansicht, mit den Irak-Kriegsplänen eine Unterstützung der Öffentlichkeit für viel weiter reichende Absichten zu gewinnen, nämlich eine freie Hand für amerikanische und israelische Interventionen im gesamten Mittleren Osten. Damit verbunden sei für die Gruppe um Cheney der garantierte und unbehinderte Zugang zu billigem Öl, so dicht an den Quellen wie möglich. Zugleich sei das alles mit dem Glauben daran verbunden, daß sich Demokratie nur mit Hilfe der Macht Amerikas ausbreiten könne. Und dieser Glaube, schreibt Lieven, ist nicht bewußt unehrlich. Er ist vielmehr untrennbar mit dem amerikanischen Messianismus und einer darüber hinausgehenden »amerikanischen Weltanschauung« verbunden.

Und dann ist da China. Anfänglich war die Bush-Administration überhaupt nicht auf den Mittleren Osten fixiert. »Die größte Furcht rechts-nationalistischer Gurus wie Robert Kagan bezog sich auf die künftige Rolle Chinas als einer rivalisierenden Supermacht – recht plausibel angesichts seiner Größe und der Wachstumsraten seiner Wirtschaft.« Die Verhinderung jeglicher Konkurrenz auf Augenhöhe war der Kern jenes berühmten, im wesentlichen von Paul Wolfowitz verfaßten Strategiemanifests der *ersten* Bush-Regierung aus dem letzten Jahr ihrer Amtszeit. Was also die radikalen US-Nationalisten, fährt Lieven fort, beabsichtigen, ist eine Eindämmungspolitik gegenüber China entweder durch militärische Übermacht oder, bei den wirklichen Radikalen unter ihnen, eine Zerstörungskampagne nach dem Muster der Destabilisierung der Sowjetunion. Auch die *National Missile Defense* gehört in diese Planungen, denn militärische Hegemonie wird künftig auch den Weltraum miteinbeziehen müssen.

So wie die Dinge liegen, würde die amerikanische Bevölkerung ein solches Programm des geopolitischen Ehrgeizes niemals wesentlich unterstützen – gleiches gilt für das US-Militär. »Selbst nach dem 11. September ist dieses Land, gemessen an historischen Standards, noch kein militaristisches Land. Und wie immer ausprägt der zunehmend offene Imperialismus der nationalistischen *Think-Tank*-Klasse auch sein mag – weder unser Militär noch unsere Bevölkerung möchte sich selbst als imperialistisch verstehen.«

Aber hier, so Lieven, beginnt erst die eigentliche Gefahr. Zwei Strategien der Republikaner zur Perpetuierung ihrer Macht zeichneten sich ab. Die erste sei die klassische moderne Strategie jeder gefährdeten rechten Oligarchie: den Massenunmut in Nationalismus umzuwandeln. Die zweite, spezifisch amerikanische Strategie bestehe darin, die jüdischen Wähler auf Dauer der Demokratischen Partei abspenstig zu machen, indem eine »kategoriale Verpflichtung der Republikaner nicht nur gegenüber Israel, sondern auch gegenüber dessen regionalen Ambitionen demonstriert wird.«

Als diese Allianz vor ein paar Jahren zu entstehen begann, hielten viele sie für eine unwahrscheinliche Kombination – angesichts der antisemitischen Verschwörungstheorien der christlichen Rechten usw. Andererseits gab es da immer auch die alt-testamentarischen Aspekte des christlichen Fundamentalismus. Inzwischen, mit der Jahrtausendwende, ist für die fundamentalistischen Christen die Existenz des Staates Israel zu einer notwendigen Vorbedingung für die Ankunft des Antichristen, die Apokalypse und die Herrschaft von Christus geworden. Außerdem haben die christliche Rechte und der Zionismus, so Lieven, die gleichen Haßobjekte: die Vereinten Nationen, die Möglichkeit einer Weltregierung, das alte Europa, die amerikanischen Ostküsteneliten. Und beide haben eine instinktive Vorliebe für den Einsatz militärischer Macht. Vor allem aber, und am gefährlichsten, sei die Überzeugung, daß sie die Verteidiger der »Zivilisation« gegen »Barbaren« seien, mit durchaus rassistischen Untertönen.

Um also, fährt Lieven fort, die radikale nationale Rechte in den USA zu verstehen, und damit die dominanten Kräfte in der Bush-Administration, muß man zunächst einmal die absolute (und darin absolut ehrliche) Identifikation dieser Gruppe mit den Vereinigten Staaten begreifen, bis zu dem Punkt, wo die Präsenz jeder anderen Gruppe in der Regierung als ein usurpatorischer Akt angesehen wird, als zutiefst illegitim und »un-American«. Hinzu kommt, daß die maßgeblichen »hardline elements« des US-Sicherheits-Establishments und des Militär-Industrie-Komplexes durch den Kalten Krieg geprägt sind und deshalb ihr gesamtes Denken an mächtigen nationalstaatlichen Gegnern geschult haben. Andererseits, so Lieven, liegen die Wurzeln für die Hysterie der Rechten viel tiefer als im Bereich von Nationalismus und nationaler Sicherheit. Der »pathologische Haß der Rechten auf die Clinton-Administration« entzündete sich »eher am persönlichen Stil der Clintons und ihres Milieus, an den Erinnerungen an die Gegenkultur der Sechziger und Siebziger«. Die Gingrich-Republikaner, die *hardline*-Republikaner, vor allem die religiöse Rechte setzten dagegen die klassische nationalistische Sehnsucht nach der Rückkehr eines goldenen Zeitalters, in ihrem Fall die Vor-Vietnam-Zeit der Fünfziger.



Keine dieser Phantasien charakterisiere die amerikanische Bevölkerung als Ganzes, schreibt Lieven, aber der intensive Solipsismus dieses Volkes, die verbreitete Ignoranz über den Gang der Welt jenseits der Ufer Amerikas und der Schock des 11. September »haben einen ungeheuren öffentlichen Leerraum hinterlassen, in welchem Gruppen, die von den oben skizzierten Phantasien besessen sind, diese auszuleben versuchen können.« Und »den jüngeren Intellektuellen ist jegliche wirkliche Kenntnis der Außenwelt entzogen worden, durch die Vernachlässigung historischer und regionaler Studien zugunsten von Disziplinen, die oft nichts anderes als eine grobe Projektion amerikanischer Vermutungen und Vorurteile sind (mit der *rational-choice*-Theorie als schlimmstem Beispiel) ... So ist diese Intelligentsia empfänglich für nationalistischen Messianismus unter dem scheinbar wohlwollenden Deckmantel der ›Demokratisierung‹.«

#### *Aspekte der Plutokratie*

»Der wichtigste Wandel unserer Zeit ist die Aufwertung der Rolle des Geldes bei der Bestimmung der Frage, wie Amerika regiert wird. Diese Rolle war niemals gering, aber sie gewann eine neue Dimension, als der Oberste Gerichtshof entschied, dass Geld, welches für die Wahl von Kandidaten und für die Förderung von privaten und kommerziellen Interessen in Washington ausgegeben wird, eine Form der verfassungsmäßig geschützten Meinungsäußerung darstellt. Dadurch wurde eine repräsentative Republik umgewandelt in eine Plutokratie.«<sup>14</sup> – »Es gab während der gesamten Neuzeit den kontinuierlichen Zug, öffentliches Eigentum zu privatisieren ... Überall auf der Welt bleibt von weiten öffentlichen Räumen nunmehr nur noch der Stoff für Legenden ... Das gemeinsame Eigentum, das einmal als Grundlage für den Begriff der Öffentlichkeit galt, wird zum privaten Nutzen enteignet und niemand kann etwas dagegen tun. Die Öffentlichkeit löst sich auf, wird privatisiert, sogar als Begriff. Genauer: Das Immanenzverhältnis zwischen Öffentlichem und Gemeinschaftlichem wird ersetzt durch die transzendente Macht des Privateigentums.«<sup>15</sup>

14 William Pfaff in *International Herald Tribune*, 6. Dezember 1999.

15 Hardt/Negri 2002, 312 f.

#### *a) Wealth and Democracy*

Kevin Phillips (2002), einst ein wichtiger Berater der Republikanischen Partei, thematisiert in einem neuen Buch über »Wealth and Democracy« die wachsende Ungleichheit in der amerikanischen Gesellschaft. Das gegenwärtige Anwachsen des privaten Reichtums sei nur mit dem Goldenen Zeitalter der Jahrhundertwende und den Zwanzigern zu vergleichen. Und in all diesen Perioden, so Phillips, haben die großen Vermögen die demokratischen Werte und Institutionen unterminiert und schließlich die Wirtschaft ruiniert.

Um 1999 hatte das Ausmaß privaten Reichtums in den USA schwindelerregende Dimensionen angenommen. Waren 1982 die 400 reichsten Amerikaner im Durchschnitt noch jeweils 230 Millionen Dollar wert, so betrug ihr durchschnittliches Vermögen 1999 das Zehnfache, nämlich 2,6 Milliarden Dollar. Unter den bekannten Vermögen waren Newcomer wie Sam Walton (*Wal-Mart*), Bill Gates (*Microsoft*), die Fisher-Familie (*Gap*), der Investor Warren Buffett und Ted Turner. Aber auch die Rockefellers, duPonts, Mellons,

Phippses und Hearsts hatten am Boom profitiert und waren zehnmal reicher als in den Dreißigern. Und diese Vermögen sind auch nach dem Platzen der *New-Economy*-Blase nicht geringer geworden. Die Zahl von Superreichen, die selbst Politiker werden, nimmt zu.<sup>16</sup>

Die größte moralische und politische Sorge von Phillips betrifft aber die Tatsache, daß extremer Reichtum die Demokratie unterwandert. So war es Ende des 19. Jahrhunderts, als Gerichte und Senat von Wirtschaftsinteressen dominiert waren, und das gleiche geschah in den Zwanzigern. Und heute ist es noch viel schlimmer. Drei Viertel der politischen Wahlspenden bei Präsidentschafts- und Kongreßwahlen stammen von Familien mit einem Jahreseinkommen von über 200 000 Dollar. Und das beängstigende Absinken der Wahlbeteiligung geht vor allem auf die Wahlabstinz der unteren Einkommensgruppen zurück. In einem solchen Umfeld ist es keine Überraschung, daß die Steuererleichterungen den Beziehern hoher Einkommen zugute kommen. Dazu extreme Ungleichheiten im Bildungswesen, die Dominanz einiger weniger Superreicher in den Massenmedien usw. Vor allem aber nimmt Phillips die wachsende politische Macht nichtgewählter Amtsträger aufs Korn, beispielsweise bei den Bundesgerichten oder in der *Federal Reserve Bank*. Die Macht der außerhalb des Wahlprozesses stehenden Institutionen hat, so Phillips, längst zum Verlust nationaler Souveränität – im demokratiethoretischen Sinne – geführt.

Vor diesem Hintergrund schließt Phillips nicht aus, daß sich das amerikanische Wahlvolk irgendwann einmal »radikalisiert«. Nicht unbedingt im Sinne des Klassenkampfes. Aber schon jetzt bildet sich eine Elite in dieser vorgeblich egalitaristischen Gesellschaft heraus, die ihren Reichtum ungehindert an ihre Nachkommen vererben kann und unangemessenen politischen Einfluß ausübt. Es gehöre zur amerikanischen Tradition, solche Eliten durch Vermögenssteuern und ähnliches wieder zurechtzustutzen, wie etwa unter Franklin D. Roosevelt im *New Deal* geschehen. Andererseits fürchtet Phillips, daß diesmal die Macht des Geldes, von *Wall-Street*-Macht und von *Wall-Street*-Werten, sich in einer Weise strukturell und überwachungsstaatlich verschant hat, dass Widerstand der historisch bekannten Art kaum noch möglich ist.

### b) *The Global Super-Rich*

»Getting Away With It?« fragt eine Gruppe britischer Polit-Geographen (Beaverstock et al.) bezüglich der Rolle jener kleinen Gruppe von »high-net-worth individuals«, die zusammen über mehr Geldmittel verfügen als die unteren drei Fünftel der Weltbevölkerung. Die Erforschung der Rolle der Macht- und Wissenseiten, welche die Hegemonie des kapitalistischen Weltsystems ermöglichen, steht immer noch am Anfang, wobei die Informationseliten die größere Aufmerksamkeit finden. Sklair (1997) hebt hier z. B. folgende Gruppen hervor: CEOs transnationaler Konzerne und ihre lokalen Ableger; am Globalisierungsprozeß beteiligte Bürokraten; »globalisierende« Politiker und Experten; Eliten im Konsumbereich (Handel und Medien).

Konzentriert man sich aber auf diese Gruppen allein, argumentieren Beaverstock et al., kann der Eindruck entstehen, als bestünde die

16 Eine Liste der 10 reichsten Politiker nach Forbes Magazine vom Januar 2003: 1. Michael Bloomberg, Republikaner, New Yorker Bürgermeister (4,8 Mrd. Dollar); 2. Stellvertretender Gouverneur Winthrop Rockefeller, Republikaner, Arkansas (1,2 Mrd. Dollar); Tom Galisano, Unabhängig, Gouverneurs-Kandidat New York (1,1 Mrd. Dollar); Senator John Kerry, Demokrat, Massachusetts (550 Mill. Dollar); Tony Sanchez, Demokratischer Gouverneurs-Kandidat, Texas (500 Mill. Dollar); Kongreß-abgeordneter Arno Houghton, Republikaner, New York (475 Mill. Dollar); Senator John Corzine, Demokrat, New Jersey (300 Mill. Dollar); Senator Jay Rockefeller, Demokrat, West Virginia (200 Mill. Dollar); Gouverneur Mark Warner, Demokrat, Virginia (200 Mill. Dollar). Interessant wird es übrigens auch auf den folgenden Plätzen, unter den ersten Hundert, wo die meisten Kabinettsmitglieder der Bush-Administration rangieren.

neue große globale »Klassenscheide« im Gegensatz zwischen diesen »wissens-reichen«, global agierenden Dienstklassen auf der einen Seite und den diese wiederum bedienenden, unwissenden Arbeitsklassen auf der anderen Seite. So sieht das beispielsweise Castells (1989). Wem aber dienen jene kosmopolitischen, hegemonialisierenden, hochprivilegierten Dienstklassen? Die Autoren setzen dagegen, daß die entscheidende »Klassenscheide« gerade im globalen Strukturzusammenhang die zwischen einer superreichen Elite auf der einen und dem Rest der Welt auf der anderen Seite sein müßte: »Es ist deshalb entscheidend, zwischen zwei Gruppen innerhalb der globalen Elite zu unterscheiden: einerseits wohlhabenden ›global« und andererseits Individuen mit einem ›ultra-hohen Nettowert«, den globalen Superreichen«.

Die globalen Manager sorgen zwar für Bewegung im Globalisierungsprozeß, lenken die Kapitalflüsse durch die Netzwerke der globalen Ökonomie. Doch die Superreichen bewegen sich in ganz anderen Dimensionen und stellen mit ihrer Geldmacht die erste Gruppe vollkommen in den Schatten. Im Gegensatz zu Castells behaupten die Autoren, daß nicht die Manager, sondern die Gruppe der Superreichen wirklich transnational geworden ist und den Globalisierungsprozeß bestimmt. Es bestünde also eine dringende Notwendigkeit zu erkunden, wie diese Superreichen die globalen Netzwerke zu ihrem eigenen Vorteil manipulieren. Auch ihre »Mikro-Netzwerke« müßten daraufhin untersucht werden, wie sie den »global space of flows« zu definieren vermögen. Langfristig könnte das in sozialen und ökonomischen Politiken resultieren, mit denen man den exzessiven Reichtum, die Willkür und Verschwendungssucht der Superreichen eindämmen könnte – zugunsten einer sozial gerechteren Welt.

### c) Privatisierung der Kriegführung

Und die Plutokratie militarisiert sich. Leslie Wayne berichtet in der *New York Times*<sup>17</sup> unter dem Titel »Private contractors step in for Pentagon«, wie mit dem Krieg gegen den Terror und dem möglichen neuen Irak-Krieg eine uralte Kriegspraxis im Pentagon wiederaufsteht: das Anheuern von Söldnern. Nur, heute heißen sie »private military contractors«; und einige dieser Söldnerfirmen sind Subunternehmen von Konzernen aus der Liste der *Fortune 500*. Wayne: »Das Pentagon kann ohne sie keinen Krieg führen.« Oft werden sie von pensionierten Offizieren geleitet, auch Drei- und Vier-Sterne-Generalen. »Private militärische Vertragsnehmer sind das neue geschäftliche Gesicht des Krieges.« Sie verwischen die Trennlinie zwischen militärischem und zivilem Bereich und liefern alles, von der logistischen Unterstützung bis zur Kampfausbildung und militärischen Beratung im In- und Ausland.

In den dunkleren Winkeln der Welt, wo das Pentagon lieber nicht gesehen werden will, bewegen sich diese Privatunternehmen und führen militärische Aufträge aus. Sie haben ihre Leute nach Bosnien, Nigeria, Mazedonien, Kolumbien und in andere Brennpunkte geschickt. Es ist weniger die Politik als der Profit, der sie motiviert. Dennoch brauchen diese Unternehmen – ungefähr 35 an der Zahl in den USA – eine Regierungserlaubnis für ihr Geschäft. Einige haben

17 New York Times,  
14. Oktober 2002.

relativ bekannte Namen, wie *Kellogg Brown Root*, ein Subunternehmen der *Halliburton Co.*, das für die US-Regierung in Kuba und Zentralasien tätig ist. Andere haben weniger bekannte Namen: *Dyn-Corp Inc.*; *Vinnell*, ein Subunternehmen von *TRW Inc.*; *SAIC*; *ICI of Oregon*; *Logicon Inc.*, ein Unternehmen der *Northrop Grumman Corp.* Eines der bekanntesten Unternehmen, MPRI, brüstet sich, »mehr Generale per Quadratfuß als das Pentagon zu haben«. Während des Golfkriegs 1991 war eine Person von 50 auf den Schlachtfeldern ein amerikanischer Zivilist unter Privatvertrag. Zur Zeit der Befriedigungsversuche in Bosnien 1996 war es schon eine unter zehn.

Niemand weiß genau, wie groß diese geheime Industrie ist, aber Militärexperten schätzen den globalen Markt auf einen jährlichen Umsatz von 100 Milliarden Dollar. Die an den Börsen gehandelten Unternehmen, die private Militärdienstleistungsunternehmen besitzen, sagen ihren Aktionären kaum etwas davon. »Diese Vertragsnehmer sind unverzichtbar«, meint John Hamre, Stellvertretender Verteidigungsminister in der Clinton-Administration. »Wird es in Zukunft mehr von ihnen geben? Ja.« Der Einsatz militärischer Privatunternehmen wirft beunruhigende Fragen auf. In Friedenszeiten können sie unter Ausschluß der Öffentlichkeit geheime Armeeaufgaben übernehmen. In Kriegszeiten füllen sie zwar Funktionen aus, die entscheidend für den Kampfauftrag sind, aber ihre Akteure sind keine Soldaten. Sie stehen in keiner Befehlskette und müssen keinem militärischen Verhaltenskodex folgen. Ihre rechtlichen Pflichten beziehen sich allein auf den Arbeitsvertrag, nicht auf ihr Land.

*MPRI*, früher *Military Professionals Resources Inc.*, ist ein gutes Beispiel dafür, wie gutausgebildete, pensionierte Soldaten ihre militärische Ausbildung zu Geld machen. Zur Firma gehören General Carl Vuono, der frühere *U. S. Army Chief of Staff*, der die Invasionen im Golfkrieg und in Panama befehligte; General Crosbie Saint, der frühere Oberbefehlshaber der US-Armee in Europa; und General Ron Griffith, der frühere stellvertretende *U. S. Army Chief of Staff*. Hinzu kommen Dutzende weiterer pensionierter Spitzen-Generale, ein Admiral und mehr als 10 000 frühere Militärpersonen, darunter Angehörige von Eliteeinheiten, die auf Abruf bereit stehen. *MPRI* wird dafür gut bezahlt. Die Einkünfte übersteigen 100 Millionen Dollar jährlich, meist aus Verträgen mit dem Pentagon und mit dem Außenministerium. Die militärischen Pensionäre beziehen Gehälter, die das zwei- bis dreifache ihrer Pentagonbezüge betragen, hinzu kommen Altersrenten, Aktien usw. Die Gründer von *MPRI* wurden Millionäre, als sie das Unternehmen im Jahre 2000 für 40 Millionen Dollar an *L-3 Communications Holdings Inc.* verkauften, ein börsennotiertes Rüstungsunternehmen. »Diese neuen Söldner«, so wird David Hackworth zitiert, ein früherer Armee-Oberst und Kritiker dieser Praktiken, »arbeiten für das Pentagon und das State Department, und der Kongress macht beide Augen zu.«

#### d) Wall Street und Pentagon

Die Privatisierung der Kriegführung verbindet sich mit der Militarisierung des Globalisierungsprozesses, der seinerseits durch das Privatisierungsprinzip bestimmt ist. Mark Siemons berichtet in der

18 Frankfurter Allgemeine Zeitung, Krieg als Chance, 4. April 2003, 35.

*Frankfurter Allgemeinen Zeitung*<sup>18</sup>, Thomas P. M. Barnett, Professor für Militäranalyse am US Naval War College, habe schon gleich nach den Anschlägen des 11. September dafür plädiert, daß der Dialog zwischen Wall Street und dem Pentagon entschieden intensiviert wird. Inzwischen zum Berater des Verteidigungsministeriums aufgestiegen, sieht Barnett »die Mission des amerikanischen Militärs heute darin, die Kluft zwischen den an die internationalen Finanzströme angeschlossenen Ländern und dem Rest zu schließen. Alle Regionen, die nicht mit der von der amerikanischen Wirtschaft dominierten Globalisierung verbunden sind ... stellen also ein eindeutiges Sicherheitsrisiko und mithin einen Fall für ›unsere Streitkräfte‹ dar.«

19 After the war, bring in a civilian force, International Herald Tribune, 3. April 2003.

Der US-amerikanische Militär-Industrie-Komplex übernimmt also die globale Rolle eines »Vollzeit-Leviathans« (Barnett). Noch gibt es im amerikanischen Establishment Gegenstimmen. So verlangt ein Direktor des *Council on Foreign Relations*, Robert Orr, daß nach dem Ende des Irak-Kriegs zivile Kräfte das Sagen haben müssen.<sup>19</sup> Doch mutiert das Militär nicht selbst zur Privatarmee von Wall Street? Wird es durch die Übernahme dieser allgemeinen zivilen Aufgabe nicht selbst in einem völlig perversen Sinn »zivilisiert«? Wie weit dieser Prozeß faktisch schon fortgeschritten ist, zeigt Orrs Klage über den Niedergang der staatlichen Apparate, die für Nachkriegsordnungen zur Verfügung stehen: »Auf den Korridoren der zivilen Agenturen der US-Regierung, deren Auftrag die Friedenssicherung nach einem Krieg wäre, klingen die Schritte hohl. Jahrzehnte der Unterinvestition haben die *U. S. Agency for International Development*, das *State Department* und die entsprechenden Abteilungen anderer Bundesbehörden zu Schatten ihrer selbst gemacht. *USAID* zum Beispiel verfügt heute weltweit über weniger als 2000 reguläre Angestellte, kaum ein Drittel der Zahl, die einst Präsident John F. Kennedy zur Verfügung stand. Im *State Department*, wo ein großer Teil der US-Besetzung Japans geplant wurde, gibt es überhaupt keine operationalen Planungskapazitäten mehr. Insgesamt ist das US-Budget für ausländische Unterstützungs- und Hilfsprogramme seit den Sechzigern kontinuierlich geschrumpft und beträgt heute ein kümmerliches Zehntel-Prozent des Bruttosozialprodukts.«

Selbstverständlich wird auch in dieser Situation der Wiederaufbau in den neuen besetzten Territorien nicht direkt vom amerikanischen Militär betrieben werden können. Das hat z. B. auch Condoleezza Rice betont. Aber von wo sollen die zivilen »Direktoren der Rekonstruktion« (Orr) kommen? Es wird nichts anderes übrig bleiben, als sie *direkt*, unter Umgehung aller staatlichen Strukturen, aus der Privatwirtschaft zu beziehen. In gewisser Hinsicht hat die »Treuhand« dies ja bei der Abwicklung der ehemaligen DDR vorgemacht. Und in den neuen Nachkriegsszenarien dürfte diese Privatisierung öffentlicher Neuordnungsaufgaben bis weit in die Polizei- und Überwachungsfunktionen hineinreichen – mit enormen Profitchancen, versteht sich. Das gleiche gilt für andere Nachkriegsaufgaben, die Orr nennt: die Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten für die Zivilbevölkerung, die Einwerbung von Experten für den Wiederaufbau, nicht zuletzt aus den USA selbst (etwa in Gestalt von Re-migranten). Den globalen Auswirkungen einer solchen von den USA ausgehen-

den Privatisierungswelle öffentlicher Aufgaben stünden die Europäer hilf- und fassungslos gegenüber. Keine Marshall-Pläne also: den militaristischen Praktiken folgen militante Markt-Pläne.

### *Akteure der neuen Kriege*

#### *a) Eine Systematik der Machteliten*

Eine Taxonomie der Machteliten im Globalisierungsprozeß ist heute allenfalls in ihren Anfängen und nur unter großen empirischen und theoretischen Schwierigkeiten voranzubringen. Empirisch gehört es zur »Natur« dieser Gruppen, nicht unbedingt unter öffentlich zugänglichen Bedingungen zu operieren. Und angesichts der Verfangenheit der Klassentheorie in der Modernisierungsfalle ist es schwierig, »Klassenkampfwissen« für »postmoderne« Zustände fruchtbar zu machen. Ich meine aber, daß man die Akteure der neuen Kriege in einem Geflecht wie dem folgenden dingfest machen könnte. Es werden vier Gruppen unterschieden, die man sich – auch was ihren Umfang betrifft – in vier konzentrischen Kreisen angeordnet vorstellen kann.

1. Die Superreichen, der innerste Kern: Diese Population von Dollarmilliardären (ca. 400 in den USA und 2000 weltweit) plus einer weitaus größeren Gruppe mit Vermögen oberhalb der 300-Millionen-Grenze unterliegt, unterstützt von den Massenmedien, einerseits der Mythisierung, andererseits der Verharmlosung. Bei einzelnen, wie Rupert Murdoch oder George Soros, ist ihr Einfluß auf Politik, Kultur und Wissenschaft in Teilen bekannt. Doch über »Philanthropie« und vor allem über die Machtmaschine des Stiftungswesens wird – mit gleichsam höfischen Strukturen – von vielen solchen Milliardärgruppen auf alle (auch die abseitigen) Bereiche des gesellschaftlichen und weltgesellschaftlichen Lebens ein enormer Einfluß ausgeübt. Insbesondere in den USA hat sich die Macht des »alten Geldes« zu einer echten Plutokratie verdichtet (wie einer, der es wissen muß, Gore Vidal, nicht müde wird zu erläutern). Diese neue Form des Gottesgnadentums steht, was seine gesellschaftliche Funktionsweise angeht, oberhalb der üblichen Kapitalverwertungsprozesse, kann nicht bestimmten »Kapitalfraktionen« zugeordnet werden, ist vornehmlich mit transkapitalistischen Formen der »Kapitalvernichtung« zwecks Verhinderung von Machtkonkurrenz beschäftigt usw. Und das heißt, auf den Begriff gebracht: Nur diese Gruppen, als einzige, sind souverän!

2. Der *CEO-Komplex*<sup>20</sup>, der erste Ring um den Kern der Superreichen: Die *Chief Executive Officers* aus Industrie und Finanz sind vorrangig mit der Mehrung und Verwaltung des Vermögens der Superreichen beschäftigt und wissen ihrerseits viele Multimillionäre unter sich. Als Spitzenmanager großer Unternehmen, Versicherungen, Investmentfonds usw. bilden sie zusammen mit den Superreichen den magischen Zirkel der *Corporate World*. Dabei kann noch immer mit einem gewissen Recht zwischen nationalen und transnationalen Unternehmen mit z. T. ganz gegensätzlichen »corporate cultures« unterschieden werden. Für unser Thema ist zentral, daß auch die *Chief Executive Officers* der größten Militärorganisation aller Zeiten, die US-Generäle, zum *CEO-Komplex* gehören. Schon 1960

20 CEO – Topmanager der mächtigsten und reichsten Institutionen. Die Red.



hatte Dwight D. Eisenhower gewarnt: »Die Verbindung eines riesigen Militäretablissements mit einer gewaltigen Rüstungsindustrie ist eine neue Erscheinung in der Geschichte Amerikas. Der Einfluss – ökonomisch, politisch, sogar geistig – ist spürbar in jeder Stadt, jedem Bundesstaat, jedem Regierungsbüro.«<sup>21</sup>

21 Zitiert nach Vexler 1970, 235.

In den Sechzigern wurde gegen den Militär-Industrie-Komplex protestiert; in den Siebzigern, nach der Vietnam-Niederlage, wurde er perfektioniert, in den Neunzigern elektronisch aufgerüstet; und jetzt scheint es kein Halten mehr zu geben. Diese Gesamtgruppe der *Corporate Elites* – selbstverständlich mit der ersten Gruppe vielfach verflochten – kann als Kapitalistenklasse im traditionellen Sinne begriffen werden, in welcher Kapitalfraktionen und folglich *ökonomisch* begründete Interessengegensätze eine Rolle spielen.

3. Die politische Klasse bildet den zweiten Ring um den Kern des »private wealth«. Hier handelt es sich, auch von der Bedeutung her, schon um eine echte Dienstklasse, zuständig für gesellschaftlichen Konsens und für die Aufrechterhaltung eines Anscheins von Verteilungsgerechtigkeit. Zu ihr gehören auch andere Gruppen, die mit *politics* befaßt sind: Lobbyisten, Verbandsfunktionäre, Rechtsanwälte, politische Beamte und die maßgeblichen Medienleute.

Mit dem Globalisierungsprozeß kommen »globalizing bureaucrats«, »globalizing politicians and professionals« usw. dazu (Sklair 1997). Oberhalb dieser Gruppen finden wir Strukturen, die C. Wright Mills bezüglich der US-Gesellschaft als das »politische Direktorat« bezeichnete. Inzwischen ist daraus möglicherweise ein »Unified Global Command« (Hardt/Negri) geworden, doch strukturell gilt Mills' alte Beschreibung noch immer: Das Direktorat besteht aus einer kleinen Gruppe von Männern, welche die exekutiven Entscheidungen treffen. Zu diesen ungefähr 50 Männern gehören in den USA der Präsident, der Vizepräsident, die Kabinettsmitglieder, die Chefs der wichtigsten Ministerien, Behörden und Kommissionen sowie Mitglieder des Beraterstabes des Präsidenten. Die Wahlkämpfe drehen sich letztlich immer nur um die Besetzung dieser Positionen. Hier finden zwischen den verschiedenen Fraktionen der Geld- und Machtelite Interessenkämpfe bis aufs Messer statt.

4. Die Schicht der Technokraten und Dienstleister, der *Außenring*: Dieses Heer von Beratern, Experten, Helfern aus allen Bereichen der Gesellschaft (Wissenschaft, Medien, Kultur, Technik usw.) geht in die Millionen. In dieser Schicht, oft vielleicht auch nur mit einem Bein, bewegen sich auch die globalisierungskritischen Intellektuellen, wenn sie beispielsweise auf ihre Widersacher aus der »Think Tank Class« treffen. Hier operieren das Fußvolk der Stiftungen, der Weltbank, des IWF, der WTO ebenso wie die Sprecher von NGOs und die Scharen der Medienarbeiter. Möglicherweise lassen sich auch hier »Direktorate« identifizieren, flüchtigeren Charakters als im politischen System. In dieser Gruppe sind, was nicht uninteressant ist, genaue Kenntnisse über die Funktionsweisen des kapitalistischen Weltsystems und seiner Subsysteme mit kritischen und zum Teil subversiven Tendenzen vermischt, so daß hier Widersprüche zur Handlungsreife gelangen können.



### b) Kriegseliten im Globalisierungsprozeß

Innerhalb des eben beschriebenen Geflechts von Machteliten nun lassen sich bestimmte Gruppen von CEOs und Militärs, von Politikern, von Angehörigen einer »nationalistic think tank class« (Lieven), von Kommunikations- und Waffenexperten und nicht zuletzt von »ultra-high net worth individuals« (Beaverstock et al.) ausmachen. Sie gehen innerhalb und außerhalb politologisch fixierter, in jedem Fall sich verflüssigender Strukturen dem Kriegsgeschäft offensiv nach. So wie es Paul Krugman von der Bush-Administration sagt: »Diese Administration hat martialische Pläne, keine Marshall-Pläne: Milliarden für die Offensive, keinen Cent für den Wiederaufbau.«<sup>22</sup>

Und gerade an der Bush-Administration läßt sich auch zeigen, wie so ein kriegselitäres »Mikro-Netzwerk« (Beaverstock et al.) aussieht: mit CEOs, Exmitgliedern des »Politischen Direktorats« der USA, käuflichen Mitgliedern der politischen Klasse wie John Major, saudi-arabischen Potentaten, und sicher auch dem einen oder anderen weiteren Milliardär im Hintergrund. Ich meine insbesondere die *Carlyle Group*, eine vornehmlich im Rüstungsbereich und im Ölgeschäft tätige internationale Investmentgruppe.<sup>23</sup>

Der »Vierte Weltkrieg«<sup>24</sup> wird die größte »business opportunity« aller Zeiten. Frühere Spitzenpolitiker, Washingtoner Insider usw. bereichern sich ungebremst am Krieg gegen den Terrorismus. Diese Geschäfte werden auch George W. Bush zum Milliardär machen. Und zwar auf ganz einfache Weise: durch Erbschaft. Denn sein Vater ist der strategische Kopf der *Carlyle Group*. Er hat seinen ehemaligen Verteidigungsminister, Frank Carlucci, zum CEO des Unternehmens gemacht; seinen ehemaligen Außenminister James Baker zum Spitzenberater; seinen ehemaligen Budget-Chef im Weißen Haus zum *Managing Director*. Neben John Major, *Carlyle Chairman* für Europa, finden wir den früheren Präsidenten der Philippinen, Fidel Ramos, als *Carlyle Chairman* für Asien usw.

«Es ist schwer, sich eine Adresse vorzustellen, die näher am Herzen amerikanischer Macht liegt. Die Büros der *Carlyle Group* liegen auf der Pennsylvania Avenue in Washington DC, auf halbem Wege zwischen Weißem Haus und Capitol, nur einen Steinwurf vom Hauptquartier des FBI und zahlreicher Regierungsbehörden entfernt. Diese Adresse spiegelt die Rolle von *Carlyle* im Zentrum des Washingtoner Establishments ... Seit dem Beginn des »Kriegs gegen den Terrorismus« hat diese Firma – nach inoffiziellen Schätzungen 13,5 Milliarden wert – zusätzliche Bedeutung gewonnen. So war *Carlyle* der Faden, der die amerikanische Militärpolitik in Afghanistan indirekt mit den persönlichen finanziellen Geschicken ihrer berühmten Angestellten verknüpfte.«<sup>25</sup> Bis vor kurzem war *Carlyle* noch auf eine weitere kuriose Weise in die Hintergründe des Terrorismus verwickelt: zu den Multimillionären, die in dieses Unternehmen investierten, gehörte auch die Familie von Osama bin Laden. Mit Billigung der Bush-Regierung wurden noch nach dem 11. September 2001 24 Mitglieder der bin Laden Familie mit einem saudi-arabischen Jet aus den USA ausgeflogen, um sie der Befragung durch das FBI zu entziehen.<sup>26</sup> Michael Moore, der Regisseur von »Bowling for Columbine« und Autor der vernichtenden Bush-Kritik

22 These American statesmen prefer the martial plan, International Herald Tribune, 22. Februar 2003.

23 Vgl. u.a. <http://www.hereinreality.com/carlyle.html>.

24 James Woolsey, CIA Direktor unter Clinton, schwadroniert von einem »Vierten Weltkrieg«, der auf jeden Fall »erheblich länger als der erste und zweite, wenn auch hoffentlich nicht länger als der Kalte Krieg dauern« werde. Für Woolsey ist eine Schlüsselposition beim Wiederaufbau des Irak vorgesehen. Der neue Weltkrieg, so Woolsey, richte sich »gegen drei Feinde: die religiösen Herrscher des Iran, die »Faschisten« des Irak und Syriens, und die islamistischen Extremisten der al Qaeda.« Aber auch die Regime in Ägypten und Saudi-Arabien sollen nervös gemacht werden: »Wir wollen, dass sie merken, dass dieses Land zum vierten Mal in hundert Jahren zusammen mit seinen Alliierten auf dem Marsch ist, und dass wir auf der Seite derjenigen sind, die ihr – die Mubaraks, die saudische Königsfamilie – am meisten fürchtet. Wir sind auf der Seite eurer eigenen Völker.« CNN, 3. April 2003.

25 Burkeman, J. Borger: The ex-presidents' club, The Guardian, 31. Oktober 2001.

26 Jane Mayer, The New Yorker, November 2001.

27 Newsweek, 17. Februar 2003.

»Stupid White Men« hat angekündigt, seinen nächsten Dokumentarfilm diesem Mikro-Netzwerk im Milliardärsmilieu, der Bush-bin-Laden-Connection, zu widmen.

In diesen korrupten Netzwerken tummeln sich auch Figuren wie Silvio Berlusconi, der von Milliardären, die den politischen Raum kontrollieren wollten, zum Milliardär gemacht wurde; oder kleine Inspektoren bzw. Rechtsanwälte wie José Maria Aznar und Tony Blair (aus der untersten Kategorie der oben benannten Dienstklassen), deren megalomaner Ehrgeiz die Strukturen, innerhalb derer sie aufgestiegen sind, offensichtlich transzendiert. Schon geht das Gerücht, daß auf Blair und Aznar nach ihrem Ausscheiden aus der Politik ebenfalls Direktorenposten bei *Carlyle* warten. Alle diese Dienstboten ziehen, wie Bush, auf der Medienbühne die nationale Karte, obgleich man die internationale Korruption, in der das geschieht, förmlich riechen kann. Und das alles unter den Bedingungen einer monopolistischen Kontrolle der Kommunikation, die es Leuten wie Rupert Murdoch erlaubt, dreist seine Unterstützung des US-Angriffs auf den Irak in die Welt zu posieren.<sup>27</sup>

Wie das alles jenseits der Erscheinungsebene zusammenhängt, das ist eine Frage an viele Wissenschaften, ein Problem des »cognitive mapping« (Fredric Jameson) des Globalisierungsprozesses. Franz Neumanns Analyse der Strukturen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, 1942 in den USA unter dem Titel *Behemoth* erschienen, zeigte dem Amerika des *New Deal*, daß die Bildung großer Monopole, die Bürokratisierung aller Bereiche, die Prägung des parlamentarischen Systems durch Berufspolitiker und eine Politisierung des Militärs die Voraussetzungen für das Entstehen des nationalsozialistischen Systems in Deutschland gewesen waren.

Die amerikanischen Intellektuellen mußten sich damals schon die Frage stellen, ob während des Krieges im *New Deal* selbst nicht eine ähnliche Konstellation herangereift war. Das nach Kriegsende zu beobachtende neue Zusammenspiel der Spitzen von Großindustrie und Washingtoner Bürokratie mit einer neuen Klasse von Berufspolitikern und mit »politischen Generälen« jedenfalls weckte Mißtrauen. Mit seinem berühmten Buch *The Power Elite* (1956) brachte der Soziologe C. Wright Mills diese Befürchtungen auf den Punkt. Es ging ihm nicht nur darum, daß in den USA eine Machtelite »aus Männern der Wirtschaft, der Politik und des Militärs« entstanden war, die »etwas Neues im politischen System der USA« darstellte. Das *Power Structure Research* hielt vielmehr auch die Frage der Möglichkeit des Faschismus offen. Der deutsche Nationalsozialismus war ein besonderer Horror innerhalb des faschistischen Entwicklungsweges der Moderne. Doch faschistische Herrschaftsmuster waren keineswegs eine Sache der Vergangenheit, sondern ein permanentes Potential sogenannter moderner Gesellschaften, basierend auf hemmungloser Korruption und umfassender Kontrolle der Kommunikation.

Jetzt allerdings hätten wir es mit einem postmodernen, durch die Virtualität des »global space of flows« geprägten Globalfaschismus zu tun – oder, wie Arthur Kroker und Michael Weinstein es schon 1995 ausdrückten: mit einem vom »Pan-Kapitalismus« erzeugten »Retro-Faschismus«. Ich hatte mit dem folgenden Satz der beiden

Kanadier immer meine Probleme. Aber in einer bestimmten Weise hat die Realität ihn eingeholt: »Das ist die materielle Situation: Überschuldungskrisen führen zu Handelskriegen und zu etwas ganz Neuem: Pan-Kapitalismus und seiner unausweichlichen mörderischen Alternative – Faschismus. Und dieser Kapitalismus muß sich des Faschismus erwehren ohne die Hilfe des Sozialismus – denn der ist in jeder Beziehung tot. Das ist der politisch-ökonomische Konflikt der Gegenwart, durchschossen an jedem Punkt durch die Prozesse der Virtualisierung. Gibt es einen virtuellen Faschismus? Aber sicher: Pan-Kapitalismus, der die Virtualisierung auf die Spitze treibt, erzeugt sich mit dem virtuellen Faschismus seinen mörderischsten Doppelgänger.«<sup>28</sup> Wir haben es mit Fiktionen, zum Beispiel mit einem »fiktiven Präsidenten« zu tun, sagte Michael Moore bei der Oscar-Verleihung.

In genau diesem Sinne hat sich ein bestimmtes Zusammenspiel von privatem Reichtum mit »Direktoraten« aus Konzernwelt, Politik, Militär, Kultur usw. heute zu einem Schwarzen Loch, zu einem Gravitationszentrum der Macht verdichtet, das die Institutionen der Demokratie und die *checks and balances* der Zivilgesellschaft nicht nur in den USA mit unheimlicher Gewalt aufzusaugen droht. Die korrumpierten Nationalisten um Bush und ihre Kumpane in Europa und weltweit sind auf einem Entwicklungsweg, der, um mit Al Pacino zu reden, an den des Arturo Ui erinnert.<sup>29</sup> Nur: die Übertölpelungsversuche sind nicht mehr auf eine einzelne Stadt wie Chicago oder München oder auf ein einzelnes Land gerichtet. Sie beziehen sich auf den globalen Raum insgesamt und letztlich auf die Weltgeschichte. In dieser Dimension müßten sich dann auch die US-amerikanischen und europäischen Bewegungen gegen Angriffskriege und private Beutezüge treffen. Und diese Dimension müßte positiv bestimmt werden: als die neue Welt der Kulturen der Globalisierung.

28 Kroker, Weinstein 1995, 69.

29 Al Pacino inszeniert in diesen Tagen Brechts »Arturo Ui« nicht ohne Hintergedanken mit vielen Hollywood-Größen vor ausverkauftem Haus am New Yorker Broadway.

## Literatur

- Beaverstock, P. J. et al.: Getting Away With It? The Changing Geographies of the Global Super-Rich, GaWC-Research Bulletin 93, <http://www.lboro.ac.uk/gawc/rb/rb93.html>
- Castells, Manuel (1989): *The Informational City*, Oxford, Blackwell.
- Hardt, Michael, Antonio Negri (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*, Campus Verlag.
- Jameson, Fredric, Masao Miyoshi (1998): *The Cultures of Globalization*, Duke University Press, Durham.
- Kroker, Arthur, Michael A. Weinstein (1994): *Data Trash: The Theory of the Virtual Class*. New York, St. Martin's Press.
- Lieven, Anatol (2002): *The Push for War*, London Review of Books, 3. Oktober 2002.
- Mills, C. Wright (1956): *The Power Elite*, Oxford University Press, New York.
- Moore, Michael (2002): *Stupid White Men. Eine Abrechnung mit dem Amerika unter George W. Bush*, Piper, München.
- Neumann, Franz (1942/1984): *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*, Fischer, Frankfurt/M.
- Phillips, Kevin (2002): *Wealth and Democracy: A Political History of the American Rich*, Broadway Books.
- Pilger, John (2002): *The New Rulers of the World*, Verso, London.
- Sklair, Leslie (1997): *Social Movements for global capitalism: The transnational capitalist class in action*, Review of International Political Economy, Vol. 4, No. 3.
- Vexler, R.J. (1970): *Dwight D. Eisenhower 1890-1969. Chronology, Documents, Bibliographical Aids*, New York.

PEER HEINELT

## Nur deutsche Kriege sind gute Kriege. Bundesrepublikanische Medien auf Friedenskurs?

Vor allem bei den öffentlich-rechtlichen Massenmedien ist Kritik an der US-Kriegspolitik zur Zeit »in«. Bereits im Vorfeld des Irak-Krieges wurde laut darüber nachgedacht, ob es der Bush-Administration vielleicht weniger um die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen und die Etablierung eines demokratischen Regierungssystems im Irak gehe als um die dort lagernden Erdölvorkommen und die Neuordnung des gesamten Nahen Ostens gemäß den eigenen geostrategischen Interessen. Nahostexperten warnten zur besten Sendezeit vor einer »Destabilisierung der gesamten Region« im Falle eines Angriffs der USA und ihrer Verbündeten auf das arabische Land. Als dieser dann erfolgte, sah man im Fernsehen sehr bald die Bilder ziviler Opfer, die von dem einen oder anderen Kommentator mit dem zusätzlichen Hinweis versehen wurden, daß bestimmte Filmaufnahmen zuvor herausgeschnitten worden seien, da man sie dem deutschen Publikum aufgrund ihrer Grausamkeit nicht zumuten könne. Die weltweiten Proteste gegen den Krieg nahmen ebenso breiten Raum innerhalb der Berichterstattung ein wie die Diskussion über Fragen des Völkerrechts. Letztere drehte sich insbesondere darum, ob deutsche Piloten in AWACS-Aufklärungsflugzeugen nicht durch ihre Tätigkeit zur Absicherung eines Angriffskrieges beitragen.

Mitunter äußerte sich die kritische Haltung deutscher Massenmedien zum Krieg gegen den Irak auch in Form von Medienkritik. Immer wieder wurde der US-amerikanische Fernsehsender »Fox-TV« als Beispiel für eine Kriegsberichterstattung angeführt, die von Kriegspropaganda nicht mehr zu unterscheiden ist: Bereits das Erscheinungsbild des Senders sei martialisch bis militaristisch; die Sendungen selbst verharmlosten und verherrlichten den Krieg, indem sie ihn wie ein Computerspiel darstellten. In Deutschland hingegen bemühe man sich, aller militärischen Zensur zum Trotz, um eine »ausgewogene« Berichterstattung und darum, »nicht der Propaganda einer Seite aufzusitzen«.

Während vorangegangener Kriege *mit deutscher Beteiligung*, insbesondere aber während des Krieges gegen Jugoslawien 1999, stellte sich die Kriegsberichterstattung ganz anders dar. Sie folgte exakt den Regeln und Methoden der modernen Feindbildpropaganda<sup>1</sup>; die Verächtlichmachung und Verteufelung des Gegners diente deutschen Massenmedien dazu, den Einsatz militärischer Gewalt gegen ein souveränes Völkerrechtssubjekt zu legitimieren: Nachdem der amtierende jugoslawische Präsident Slobodan Miloše-

Peer Heinel, Jg. 1966, Dr. phil., Politologe, soeben ist seine Dissertation erschienen: Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger, Rosa-Luxemburg-Stiftung Manuskripte 37, Berlin 2003.

1 Siehe in diesem Zusammenhang auch Michael Kunczik: Wie man Feindbilder aufbaut, in: Message 1/1999 (<http://www.message-online.de/arch0199/91kunc.htm>).

vič kurzerhand zum »Serbenführer« degradiert worden war, unterstellte man ihm einen großangelegten Plan zur »ethnischen Säuberung« der serbischen Provinz Kosovo, den sogenannten Hufeisenplan. Die Mittel zur Umsetzung dieses Plans, hieß es, seien »Selektionen«, die Einrichtung von »Konzentrationslagern« und bestialisch durchgeführte Massenmorde, Verbrechen, die, wie die Geschichte des Nationalsozialismus lehre, nur mittels Krieg beendet werden könnten. »Nie wieder Auschwitz!« lautete denn auch der oft zu vernehmende Schlachtruf.

Die genannten von Verteidigungsminister Rudolf Scharping und Außenminister Joseph Fischer in die Welt gesetzten »Fakten«, Einschätzungen und Parolen wurden unhinterfragt und ungeprüft kolportiert, ihre Urheber mußten sich keinen kritischen Fragen stellen. Im Gegenteil; nach dem Beginn der Bombenangriffe auf Jugoslawien übernahmen deutsche Journalisten bereitwillig die offiziellen Sprachregelungen: Aus zivilen Opfern wurden gemäß den Vorgaben des NATO-Pressesprechers Jamie Shea »Kollateralschäden«<sup>2</sup>; Eberhard Seidel verstieg sich in der *taz* Ende April 1999 sogar zu der Aussage, daß 1000 tote Zivilisten nach fünf Wochen Krieg »eher ein Beleg für behutsame Bombardements« seien<sup>3</sup>. In der Fernsehsendung *ZDF-spezial* sprach Peter Frey von einer »Kampagne« der NATO, als handele es sich nicht um Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung, sondern um einen Wahlkampf oder Werbefeldzug.<sup>4</sup> Der mit dem Angriff auf Jugoslawien vollzogene Völkerrechts- und Verfassungsbruch wurde konsequent ignoriert (bei öffentlich-rechtlichen Medien beschäftigte Journalisten, die sich diesem Denkverbot nicht beugten, sondern zutreffend von einem militärischen Überfall sprachen, wurden eingeschüchtert oder geschäft); fast niemand in der deutschen Medienlandschaft störte sich an der Ungeheuerlichkeit der von Fischer und Scharping vorgenommenen Gleichsetzung von Jugoslawien mit Nazideutschland.

Ist nun die Berichterstattung über den Irak-Krieg journalistischer Lernfähigkeit oder gar einem generellen Umdenken geschuldet? Ich meine, daß sich diese Frage nur mit einem klaren Nein beantworten läßt, und will im folgenden einige Indizien dafür benennen.

Vor dem Hintergrund der Berichterstattung über den Jugoslawien-Krieg wäre die Selbstkritik der Journalisten die Voraussetzung für einen Journalismus, der sich nicht mehr für die Zwecke der Kriegspropaganda einspannen lassen will. Hierzu aber scheinen insbesondere die Programmverantwortlichen in den Chefetagen deutscher Massenmedien weder willens noch fähig zu sein. Der Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks, Siegmund Gottlieb, war noch ein Jahr nach den mörderischen Bombardements serbischer Städte der Ansicht, in der Öffentlichkeit ein »der Wahrheit relativ nahe kommendes Bild« des Krieges erzeugt zu haben. Auch sein bereits erwähnter Kollege Peter Frey, Auslandschef des ZDF, sah keinen Grund, sich mit der eigenen Berichterstattung während des Jugoslawien-Krieges auseinanderzusetzen. Als dies bei den Mainzer Tagen der Fernsehkritik im Mai 2000 von ihm verlangt wurde, tat er es als Aufforderung zur Selbstkasteiung ab.<sup>5</sup>

Etliche Journalisten hierzulande identifizieren sich nicht zuletzt aus Karrieregründen mit den gesellschaftlichen und politischen Eli-

2 Zur Karriere dieses Begriffs s. Georg Fülberth: Kollateralschaden, in: Kurt Pätzold u. Manfred Weißbecker (Hg.): Schlagwörter und Schlachtrufe aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte, Bd. 1, Leipzig 2002, S. 136-142.

3 Zit. nach Günter Herkel: Krieg und Medien. Eine kommentierte Presseschau zum Jugoslawien-Krieg, in: M – Menschen Machen Medien 6/1999, S. 12.

4 So der Marburger Medienwissenschaftler Karl Prüm; vgl. Gitta Düpperthal: »Krieg mit Bildern«. Mainzer Tage der Fernsehkritik: Zwischen Militärstrategie und journalistischer Ethik, in: M 7/2000, S. 12.

5 Vgl. ebd., S. 13.



ten, was sie schnell zum Sprachrohr für deren Interessen und Forderungen werden läßt. Diese werden von den Medien aufgenommen und der Öffentlichkeit als alternativlos und gemeinwohlorientiert präsentiert, was bereits bei der Übernahme bestimmter Begrifflichkeiten, deren euphemistischer Gehalt eigentlich für jeden Journalisten zu erkennen sein müßte, beginnt: So ist beispielsweise nie von Sozialabbau die Rede, sondern stets von notwendigen »Reformen« im Interesse aller. Die hier zum Ausdruck kommende staatstragende und konsensstiftende Rolle der bundesrepublikanischen Massenmedien zeigt sich umgekehrt daran, daß bestimmte Fragen, die die gesellschaftlichen und politischen Eliten als störend empfinden könnten, einfach nicht gestellt werden, was insbesondere für den militärischen Bereich gilt. Kaum ein Journalist interessiert sich für die Tätigkeit des Kommandos Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan; die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundesregierung werden ebensowenig kritisch hinterfragt wie der fortschreitende Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee, die NATO-Osterweiterung oder die Pläne zur Aufstellung einer europäischen Streitmacht. Wird in diesem Zusammenhang auf die »Sicherheit der Truppe« oder den »Schutz militärischer Geheimnisse« verwiesen, verdeutlicht dies nur, daß das Gros der deutschen Journalisten bereit ist, das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit im Zweifelsfall den Erfordernissen der Kriegführung unterzuordnen.

Überhaupt verstehen sich deutsche Journalisten augenscheinlich weniger als Kritiker gesellschaftlicher und politischer Zustände denn als Berichterstatter über Ereignisse, die von den politischen und gesellschaftlichen Eliten inszeniert werden. Im Kriegsfall kann dies leicht zu geistiger und moralischer Überforderung führen, wie aus einem Interview mit dem Leiter der Programmgruppe Ausland des Westdeutschen Rundfunks, Albrecht Reinhardt, über die Berichterstattung während des Jugoslawien-Krieges hervorgeht: »Was wir da eigentlich gemacht, vielleicht auch angestellt haben«, so Reinhardt, sei zuvorderst der Situation geschuldet, »daß wir selber als Deutsche involviert sind«. Mangelndes Geschichtsbewußtsein verschärft das Dilemma: »Der letzte Krieg mit deutscher Beteiligung vergleichbar dem Jugoslawieneinsatz war schließlich der zweite Weltkrieg. Bei uns im Sender gibt's schon länger keinen mehr, der da noch aus eigener Anschauung vergleichen könnte.«<sup>6</sup>

Dieser Art überforderte Journalisten sind ein gefundenes Fressen für diejenigen, die auf strategische Kommunikation im Dienste eines bestimmten Auftraggebers spezialisiert sind – Public Relations (PR)-Berater und -Agenturen. Ihre Professionalität, das von ihnen akkumulierte »praktische Wissen von Pressereferenten« über journalistische Darstellungsformen, Denkmuster und Verhaltensroutinen, fördert, wie Barbara Baerns empirisch nachgewiesen hat, die Bereitschaft von Journalisten, Propagandameldungen zu publizieren.<sup>7</sup> Es ist daher kaum verwunderlich, daß heutzutage vermehrt PR-Agenturen in die Vorbereitung und Begleitung kriegerischer Konflikte einbezogen werden. Einige Beispiele:

- Nach dem Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait 1990 engagierte die Organisation »Citizens for a Free Kuwait«, hinter der die kuwaitische Regierung stand, die Agentur Hill & Knowlton (H &

6 »Wer kritische Fragen stellt, rechtfertigt den Kriegsgegner«. Interview mit Albrecht Reinhardt (WDR), in: M 7/1999, S. 18.

7 Vgl. Barbara Baerns: Öffentlichkeitarbeit oder Journalismus? Zum Einfluß im Mediensystem, Bibliothek Wissenschaft und Politik 32, 2. Aufl., Köln 1991, S. 101.



K), eine der größten PR-Firmen der USA, um die US-amerikanische Öffentlichkeit für einen Krieg gegen den Irak zu gewinnen.<sup>8</sup> Unter dem Motto »Befreien Sie Kuwait« veranstaltete H & K im ganzen Land Aktions-, Informations- und Gebetstage. Der Aufruf zum Befreiungskrieg war auch auf Aufklebern und T-Shirts zu lesen, die zu Zehntausenden verteilt wurden, während man gleichzeitig die Massenmedien mit Pressemitteilungen und Informationskassetten über vermeintliche irakische Kriegsverbrechen versorgte. Mit Unterstützung US-amerikanischer Regierungsstellen konnte H & K schließlich eine Meldung lancieren, die in den US-amerikanischen Medien für einen wahren Sturm der Entrüstung sorgte und die Kriegsbereitschaft der Bevölkerung stark anwachsen ließ: Am 10. Oktober 1990 ließ die Agentur eine kuwaitische Krankenschwester vor dem Menschenrechtsausschuß im Kongreß erklären, irakische Soldaten hätten bei ihrem Einmarsch in Kuwait-Stadt Frühgeborene aus ihren Brutkästen im Al-Addan-Hospital gezerrt und auf dem Fußboden sterben lassen. Obwohl es sich bei dieser Zeugin keineswegs um eine Krankenschwester handelte, sondern um die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA, und ihre Aussagen nie verifiziert werden konnten, wurde die »Brutkasten-Story« immer wieder von den Medien kolportiert.

- Die secessionistischen Konfliktparteien in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und im Kosovo bedienten sich bei ihrem propagandistischen Kampf für die Loslösung von Jugoslawien ebenfalls einer PR-Agentur. Das US-amerikanische Unternehmen Ruder Finn hatte bereits 1967 die Sezession Biafras aus dem nigerianischen Staatsverband propagandistisch vorbereitet; damals war die Selbständigkeit der Provinz insbesondere gegenüber US-amerikanischen Meinungsführern in Regierung, Parlament, Wirtschaft und Massenmedien als »historische Notwendigkeit« dargestellt worden. Ähnlich wie in den neunziger Jahren bei ihrem Engagement für die jugoslawischen Teilrepubliken ging es Ruder Finn schon im Fall Biafras darum, die Zentralregierung als Protagonisten eines organisierten »Völkermordes« zu stigmatisieren, um so die USA zur diplomatischen Anerkennung der Sezessionisten und zum militärischen Eingreifen zu bewegen.<sup>9</sup>

- Im Rahmen der psychologischen Kriegführung vor und während des aktuellen Krieges gegen den Irak stand die Rendon Group der US-Regierung zur Seite. Ihr Präsident, John W. Rendon jr., versteht sich nach eigener Aussage als »Informationskrieger«, der »Kommunikation nutzt, um die Ziele der Politik oder eines Unternehmens zu erreichen«. Seine PR-Firma soll den Namen des Irakischen National Kongresses geprägt und die Koalition von Oppositionsbewegungen in den Jahren 1992 bis 1996 mit insgesamt 12 Millionen Dollar finanziert haben; das Geld stammte aller Wahrscheinlichkeit nach von der CIA. Darüber hinaus unternahm die Rendon Group geraume Zeit den Versuch, mit Hilfe von Videos und Radioprogrammen Mitglieder der irakischen Armee gegen Saddam Hussein aufzuwiegeln.<sup>10</sup>

Von dem Frankfurter PR-Unternehmer und Rüstungslobbyisten Moritz Hunzinger ist nicht bekannt, daß er während des Jugoslawien-Krieges neben seiner Tätigkeit als Imageberater des Verteidigungsministers Scharping auch als dessen Stichwortgeber fungierte.

8 Vgl. im folgenden John R. MacArthur: Die Schlacht der Lügen. Wie die USA den Golfkrieg verkauften, München 1993, S. 56-90 sowie PR Magazin 8/1995, S. 29.

9 Zur Tätigkeit der PR-Agentur für die jugoslawischen Teilrepubliken siehe Mira Beham: Kriegstrommeln. Medien, Krieg und Politik, München 1996, S. 160-182; zum Engagement Ruder Finns für die Sezessionisten in Biafra siehe Michael Kunzick: Die manipulierte Meinung. Nationale Image-Politik und internationale Public Relations, Köln u. Wien 1990, S. 130-136.

10 Vgl. Krystian Woznicki: Die Wahrnehmungsmanager. Lügen in Zeiten des Krieges: Das Handwerk der manipulativen Inszenierung liegt längst in den Händen professioneller PR-Agenturen, in: Frankfurter Rundschau v. 19. 3. 2003, S. 11.

Über das für die Bewältigung solcher Aufgaben notwendige Know-how verfügt er zweifellos, und auch das Denken in militärischen Kategorien ist ihm nicht fremd: »Wer Osteuropa erobern will, braucht die besten Multiplikatoren«, lautet ein Slogan seiner Eigenwerbung.<sup>11</sup>

11 Vgl. die Homepage der Hunzinger Information AG (<http://www.hunzinger.de/index2.html>).

Daß Journalisten zu Multiplikatoren für PR-Botschaften werden, liegt letztlich in der politischen Ökonomie der Massenmedien begründet. Bei diesen handelt es sich um kapitalistische Industrieunternehmen, die die Ware Information produzieren und verkaufen und sowohl untereinander als auch mit den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten um Leserzahlen bzw. Einschaltquoten und Werbeaufträge konkurrieren. Auch die Journalisten selbst stehen untereinander in einem Konkurrenzverhältnis, das noch dadurch verschärft wird, daß viele von ihnen für mehrere Printmedien oder Rundfunksender gleichzeitig arbeiten und nicht nach Arbeitsstunden bezahlt werden, sondern nach Zeilenzahl oder Sendezeit. Was kann es für sie Schöneres geben, als von der Pressestelle eines Unternehmens oder einer PR-Agentur einen Beitrag zu erhalten, der mit geringfügigen Änderungen versehen als eigener ausgegeben werden kann? Da sich mancher Journalist zusätzlich als PR-Referent für potente Kunden verdingt, verschwimmen die Grenzen zwischen beiden Berufsgruppen mehr und mehr; ihre Angehörigen sind letztlich als etwas besser bezahlte Lohnarbeiter anzusehen, die auf die Beschaffung, Bearbeitung und Weitergabe von Informationen spezialisiert sind.

12 Zur Tätigkeit deutscher Journalisten für den Bundesnachrichtendienst siehe Erich Schmidt-Eenbohm: *Undercover. Der BND und die deutschen Journalisten*, Köln 1998.

Dies läßt sie in Friedenszeiten für Geheimdienste<sup>12</sup>, in Zeiten des Krieges für das Militär interessant werden: Nur der »Insider«, der »embedded correspondent«, verfügt über Informationen, die es ihm ermöglichen, sich von der Konkurrenz abzusetzen, und bietet gleichzeitig die Gewähr dafür, daß nur diejenigen Informationen die Öffentlichkeit erreichen, die für diese bestimmt sind. Das weiß man auch bei der Bundeswehr, die mittlerweile eigene Lehrgänge für Kriegsberichterstatter anbietet.

In kommenden Kriegen mit deutscher Beteiligung ist folglich nicht davon auszugehen, daß sich die Journalisten hierzulande von der Kriegspropaganda der eigenen Regierung distanzieren werden. Aber vielleicht übernehmen ja dann CNN oder BBC den Part der »kritischen« Berichterstattung.

HELGE MEVES

# Das Selbstverständnis der PDS, der Neoliberalismus und die Mitte-Unten-Optionen

Nicht erst seit der jüngsten Krise ist es noch schwieriger geworden, die PDS zu verstehen. Eine emotionalisierende, ideologisierende und personalisierende Debatte um die Gründe der rapiden Negativentwicklung, die schon mit der Wahlniederlage offenbar geworden waren, und die Frage, welche Aufgabe die PDS ohne Fraktion im Bundestag künftig in der Gesellschaft wahrnehmen soll, bestimmt die Debatte seit der Niederlage. Der Parteitag am 12./13. 10. 2002 in Gera stellte den ersten, die jetzige Kalamität wahrscheinlich nicht den letzten Höhepunkt dar. Die Akteure von Gera wie auch die Kommentatoren reden von einer Richtungsdiskussion, wenn nicht gar -entscheidung. Momentaufnahmen, strategische Bemerkungen wie auch harsche Abschlußzeugnisse ergeben ein verwirrendes Bild.

Die PDS fragmentiert sich in diesen aufreibenden Debatten in Netzwerke, Blöcke und Gruppen und einzelne Protagonisten, die je für sich ihre eigenen Positionen zu klären suchen. Probleme werden neu gestellt; die Lösungen fallen entsprechend vielfältig aus. Die sich in diesem Prozeß ausdifferenzierenden Positionen sperren sich in immer stärkerem Maße gegen idealtypische Zusammenfassungen in Strömungen wie Reformer oder Traditionalisten. Das alles zeigt Defizite der Vergangenheit an. Es dokumentiert aber auch das vorhandene sowie fehlende Potential und ist damit zugleich eine Standortbestimmung und eine Chance. Schließlich kann so auch die Auseinandersetzung mit zentralen Themen gesucht werden – ohne der Verlockung von Sammeleinschätzungen zu erliegen.

## *Die PDS im Parteienstaat*

Die PDS ist eine Partei. Als Partei muß sie über alle Fähigkeiten verfügen, die Parteien in der Bundesrepublik nutzen können. Sie muß zur Willensbildung in der Gesellschaft beitragen können, und sie muß parlamentarisch handlungsfähig sein, opponieren, tolerieren und koalieren können. Inwieweit eine Partei aber von ihren Möglichkeiten Gebrauch macht und wie sie selbst diese Möglichkeiten zu erweitern sucht, hängt von ihrem Politik- und Parteiverständnis ab. Der zuweilen an die PDS herangetragene Anspruch, die PDS solle eine Partei wie die anderen Bundestagsparteien werden, greift hier zu kurz. Er setzt eine alles in allem ansehnliche Parteienlandschaft voraus, in der die PDS keck aber ansehnlich anzukommen hat. Auszugehen ist dagegen davon, daß das Ansehen der Parteien seit Jahrzehnten im Verfall begriffen und eine Trendwende nicht auszumachen ist: »Unsere Befunde deuten darauf hin, daß sich die etablierten Parteien drauf ein-

Helge Meves – Jg. 1961; Schriftsetzer, Philosoph und Soziologe.  
Der Essay wurde angeregt durch Horst Dietzel: Wohin geht die PDS? Zur Richtungsdiskussion in der Partei, in: UTOPIE kreativ, Heft 149 (März 2003).  
Zuletzt in UTOPIE kreativ: Der Dampfmaschinenkapitalismus und das Kommunikationsmedium Internet, Heft 137 (März 2002)

1 Falter, Jürgen W./  
Rattinger, Hans: Die deut-  
schen Parteien im Urteil der  
öffentlichen Meinung 1977  
bis 1999 in: Gabriel, Oscar  
W./Niedermayer, Oskar/  
Stöss, Richard: Parteien-  
demokratie in Deutschland,  
Wiesbaden 2002, S. 502 f.

richten müssen, auch in Zukunft mit weniger quasi automatisch ge-  
währter Zustimmung und Loyalität zu leben als sie das bis in die 80er  
Jahre hinein gewohnt waren.<sup>1</sup>

Die Volksparteien CDU/CSU und SPD können diese Krise unter  
Einsatz ihrer personellen, strukturellen und nicht zuletzt finanziellen  
Ressourcen überspielen. Den zunehmenden Mangel an Lösungsstrat-  
egien und -vermögen kompensieren sie mit einer nahezu flächen-  
deckenden Präsenz in der Gesellschaft. Mögen sie auch immer selte-  
ner etwas zu sagen haben, kommt man doch nirgendwo um sie herum.  
Die kleineren Parteien verfügen nicht über diese Ressourcen. Imitier-  
ten sie die Kompensationsversuche der Volksparteien ohne deren Mit-  
tel, würden die Konfliktlinien an ihnen selbst deutlich und sie als Teil  
des Problems identifiziert werden. Auch die PDS kann sich nicht in  
diese defizitäre Parteienlandschaft einpassen, ohne selbst ihre Ident-  
tät aufzugeben. Das gilt für sie um so mehr, als sie als einzige der im  
Bundestag vertretenen Parteien die gegenwärtige Gesellschaft nicht  
für die letzte oder gar beste aller Welten hält – und sie also weiterge-  
henden Ansprüchen genügen muß. Das sie das praktisch vermag, be-  
legen die Ansätze und Traditionen, über die sie bereits verfügt. Die  
Repolitisierung der Gesellschaft kann durch eine Verstärkung der  
Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Engagements erreicht werden.  
Das reicht vom traditionellen Engagement der PDS in der Volkssoli-  
darität und Mietervereinen über neue soziale Bewegungen bis zu For-  
men des partizipativen Haushaltes. Dazu gehört, daß der Anspruch  
dieses zivilgesellschaftlichen Engagements auf eine politische Gestal-  
tung gegen den Monopolanspruch der Parteien, wie auch der PDS  
selbst, gestärkt wird. Eine höhere Bindung der Wähler, Sympathisanten  
und Mitglieder setzt höhere Ansprüche an die moralische Integrität  
der PDS voraus. Hier kann auf die Positionen ihrer letzten Bundes-  
tagsfraktion zum Parteienspendengesetz und die leider noch offenen  
Diskussionen um einen Kodex für ihre Parlamentarier und Funk-  
tionäre zurückgegriffen werden. Die diffuse Unzufriedenheit mit der  
gegenwärtigen Gesellschaft schließlich kann und sollte die PDS ver-  
arbeiten, soweit dies im Rahmen ihrer eigenen kritischemanzipatori-  
schen Positionen möglich ist. Die PDS muß ihren Platz in der Partei-  
enlandschaft selbst bestim-men; aus ihren spezifischen Aufgaben und  
Möglichkeiten folgt, daß sie über ihre Ansätze und Traditionen hinaus  
ein neues Potential erschließen muß.

### *Exkurs: Parteiorganisationen in der Krise*

Die Krise des Parteienstaates, in dem die PDS zusammen mit allen  
anderen Parteien agiert, ist auch eine Krise der traditionellen Organi-  
sationsvorstellungen der Parteien<sup>2</sup>. Die Bindungen an die Parteien  
sind schwächer geworden. Die Anzahl der Parteimitglieder nimmt  
sukzessive ab, was insbesondere eine Folge des stark zurückgehenden  
Anteils jüngerer Neumitglieder ist. Der Status der Sympathisanten ist  
unklar, was diesen die Mitarbeit erschwert. Die Anzahl der sogenann-  
ten Wechselwähler nimmt sukzessive zu; mit den Landtagswahlen in  
Niedersachsen und Hessen 2003 ist das Ausmaß dieser Veränderun-  
gen auch in den alten Bundesländern offensichtlich geworden. Ähnliche  
Veränderungen in der Mitgliedschaft stellen Gewerkschaften und  
Kirchen fest. Es handelt sich hierbei um eine »grundlegende

2 Dörner, Andreas: Dia-  
gnosen und Prognosen zum  
Kontextwandel parteipoliti-  
schen Handelns in: Zeit-  
schrift für Parlamentsfragen  
Heft 4/2002, S. 759 ff.;  
Poguntke, Thomas: Partei-  
organisation im Wandel,  
Wiesbaden, 2000; Raschke,  
Jürgen: Jenseits des Regie-  
rungsalltags. Strategiefähig-  
keit politischer Parteien,  
Frankfurt am Main, 2002

Schwächung traditioneller, auf kollektiver Identität basierender, Interessenorganisationen<sup>3</sup>.

Für die Lockerung der Parteienbindung werden weitgehend übereinstimmend mehrere Gründe festgestellt. Die Lebensläufe differenzieren sich aus, die Parteien erhalten durch neue soziale Bewegungen zunehmend Mitbewerber und die Formen der Massenkommunikation wandeln sich. Schließlich können, wie bereits ausgeführt, die Ansprüche an die Parteien durch diese nicht erfüllt werden. Die Ausdifferenzierung der Lebensläufe ist eine Folge des wachsenden Bildungsniveaus, der individuelleren bis hin zu heterogeneren Wertorientierungen, der vielfältigeren sozialen und Kommunikationserfahrungen sowie der Flexibilisierung der Arbeitswelt. Die weitgehend traditionalistischen Parteioorganisationen haben hier strukturelle Nachteile, die sie insbesondere für jüngere politisch Engagierte weniger attraktiv erscheinen läßt. Gegen deren Suche nach Freiräumen der Selbstbestimmung und -entfaltung, in denen hedonistische Motive mit politisch sinnhaftem Tun verbunden werden können, bieten sie Erstarrung, überbürokratisierte Abläufe, innerparteiliche Partizipationsgefälle<sup>4</sup> und hohe, teils dem Parteiengesetz geschuldete, Einstiegshürden. Politikapparatypische hochgradig persönliche statt sachlicher Abhängigkeiten kommen hinzu. Abhängig vom Grad der Verkarstung gilt für jede Partei, was Wilhelm Hennis 1997 ohne jede Häme ins Stammbuch Helmut Kohls schrieb: »Es fing mit ›Männerfreundschaft‹ an. Wo Distanz ein Merkmal jeder Hierarchie- und Ämterordnung ist, herrscht nun ›Kameradschaft‹, ›Dankbarkeit‹ oder das Gegenteil davon, dünnhäutiges Mißtrauen, Abtaxieren, ob man mit jemand kann oder nicht: Über-den-Tisch-Ziehen, Ins-Abseits-Stellen, Aus-dem-Spiel-nehmen, Draufhauen«<sup>5</sup>. In dieser Wettbewerbssituation werden selbst temporäre soziale Bewegungen immer attraktiver. Sie profitieren dabei auch davon, daß sie in Folge ihrer dynamischeren Organisationsformen mit den sich immer schneller wandelnden Kommunikationsformen und -moden Schritt halten können. Das politische Interesse bei den Jüngeren findet so keinen Weg in die Parteien; bemerkenswert ist, daß ihnen selbst die Bundeswehr, Polizei und Unternehmerverbände vertrauenswürdiger sind als die Parteien<sup>6</sup>. Nicht Politik- sondern Parteienmüdigkeit ist der Name für diese Tendenz. Der Wandel der Kommunikationsformen und -moden ist gleich aus zwei Gründen folgenreich. In den letzten 20 Jahren hat sich Anzahl der empfangbaren Fernsehsender in der Bundesrepublik verzehnfacht, im für die PDS wichtigen Sachsen seit 1990 gar vierzigfacht. Den gleichen Trend gibt es bei Radiosendern, Zeitschriften und Zeitungen. Der Pluralisierung der Informationsmöglichkeiten folgt die Pluralisierung der Informationsgewohnheiten. Damit schwindet die traditionelle Möglichkeit der Themensetzung, Einflußnahme und Kontrolle der Medien durch die Parteien. Die Medien selbst gestalten ihre Programme auf dem deregulierten Medienmarkt unter dem Gesichtspunkt der Refinanzierung der Medienprogramme. Diese Medienprogramme entstehen im Spannungsfeld von Programmpolitik und Programmfinanzierung unter dem zusätzlichen Anspruch, zugleich Werbeumfeld für die Werbung treibenden Unternehmen zu sein. Entertainment und Politik gehen ineinander über, verändern sich gegenseitig und schaffen neue Formen des Politainments<sup>7</sup>, die eben an neuere Kommunikationsformen anknüpfen. Parallel zu dieser Ent-

3 Poguntke, Thomas: Parteiorganisation im Wandel, Wiesbaden, 2000, S. 50

4 Dörner, Andreas: Diagnosen und Prognosen zum Kontextwandel parteipolitischen Handelns in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 4/2002, S. 761

5 Hennis, Wilhelm: Totenrede des Perikles auf ein blühendes Land, in: F.A.Z. vom 27.09.1997, zit. nach: Auf dem Weg in den Parteienstaat. Aufsätze aus vier Jahrzehnten, RUB 9724, Stuttgart, 1998, S. 160

6 z. B.: Jugend '97. 12. Shell Jugendstudie, Opladen, 1997, S. 298; Jugend 2000. 13. Shell Jugendstudie, Opladen, 2000, S. 271; Jugend 2002. 14. Shell Jugendstudie, Frankfurt am Main, 2003, S. 105

7 Dörner, Andreas: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt am Main, 2001

8 Tapscott, Don: NetKids. Die digitale Generation erobert Wirtschaft und Gesellschaft [engl. 1998], Wiesbaden, 1998, insbes. S. 103 ff.

wicklung in den klassischen Medien verändern sich die Kommunikationsmöglichkeiten mit den neuen Medien. Die Kommunikation wird gegenseitig, schneller sowie unvermittelter aber auch unverbindlicher. Ein Ergebnis davon ist, daß die Nutzer dieser Kommunikationsmöglichkeiten kompetenter und argumentativer, offener und toleranter, selbstbewußter und anspruchsvoller<sup>8</sup> werden – und das sie dies bei der Kommunikation mit Parteien ebenso voraussetzen. Die traditionelle Parteipolitik wird mit den veränderten Voraussetzungen und dem schnellen Wandel in den Medien Schritt halten müssen, oder das Agendamanagement in den Medien findet ohne die Parteien statt.

Bundespolitisch ist die PDS seit der Abwahl ihrer Bundestagsfraktion kaum mehr wahrnehmbar. Dies, wie auch der interne Zustand der PDS, sind die Gründe dafür, daß der Parteireform der PDS eine so hohe Bedeutung zukommt. Weil die PDS keine Bundestagsfraktion mehr hat und weil sich die PDS als sozialistische Partei von den anderen Bundestagsparteien mit einem geringeren Anspruch in der Gesellschaft unterscheidet, ist sie stärker gefordert. Die Verfaßtheit ihrer Organisation und ihre Art der Politik muß ihrem inhaltlichen Anspruch angenähert werden. Sie muß transparenter und argumentativer, kulturvoller und sinnlicher werden. Und sie muß schließlich das Fehlen der Bundestagsfraktion zu kompensieren versuchen – wenn sie gegen ihre parteipolitischen Konkurrenten bestehen soll. Gewinnen kann sie die Menschen mit Glaubwürdigkeit, der Art, wie sie Politik macht; überzeugen kann sie mit den besseren Konzepten und Lösungen.

### *Probleme des Begriffs Neoliberalismus*

Wie die PDS als Partei agieren kann, ist ohne eine Verständigung über die geistig-kulturelle Bedeutung des Neoliberalismus nicht möglich. Darum verwundert es nicht, daß die Verwendung des Begriffes des Neoliberalismus in der PDS in der Kritik steht. Diese Kritik trifft insofern ein Problem, als die Ideologie des Neoliberalismus als wesentlich geschlossener und einheitlicher erscheint, als sie in der Praxis wie auch der Theorie ist. Die Kritik sitzt hier aber zum einen der PR-Strategie des Neoliberalismus auf, der die erheblichen internen Differenzen aus der öffentlichen Diskussion heraushält<sup>9</sup>. Weiter ebnet der moralisch-politische Impetus der globalisierungskritischen Bewegungen Berge und Schluchten zuweilen bis zur Unkenntlichkeit ein. Gravierende volkswirtschaftliche und philosophische Fragen sowie Unterschiede in den mannigfaltigen Denkschulen werden in einigen populären globalisierungskritischen Büchern übersprungen oder verklärt. In einem diese Bewegungen vor sieben Jahren initiiertem Text etwa ist zu lesen: »Wir leben im Zeitalter des Liberalismus, der sein Denksystem durchsetzen konnte, ohne es je wirklich zu formulieren, als Doktrin erarbeiten zu müssen. So verinnerlicht und wirksam war er, noch bevor man ihn zu erkennen vermochte. Er schaffte damit ein autoritäres, im Grunde totalitäres System, das sich im Augenblick jedoch noch in der Demokratie versteckt hält. Er ist noch gemäßigt, beherrscht und diskret und darauf bedacht, keine Aufsehen zu erregen. Wir befinden uns in der Gewalt der Stille.«<sup>10</sup>

9 Walpen, Bernhard: Von Igel und Hasen oder ein Blick auf den Neoliberalismus in: UTOPIE kreativ, Heft 121/122 (November/Dezember 2000) S. 1075 f.

10 Forrester, Viviane: Der Terror der Ökonomie [frz. 1996] München, 1997, S. 66; Differenzierter ist sie dagegen in: Die Diktatur des Profits [frz. 2000], München, 2001, S. 14, 18

Neben dem ernstzunehmendem theoretischen Anspruch und den Differenzen innerhalb der Ideologie des Neoliberalismus ist weiter einzurechnen, daß die Durchsetzung des Neoliberalismus in Folge der



politischen, kulturellen und ökonomischen Differenzen zwischen den Ländern zu unterschiedlichen Ergebnissen führte und führt. Deshalb ist eine Zurechnung von praktischen Folgen zu den Absichten der Akteure schwierig. In Großbritannien etwa sind die Differenzen zwischen der Ideologie der Neoliberalen und den praktischen Ergebnissen ihrer Politik den damaligen Protagonisten geradezu peinlich: der britische Staatsapparat nutzte am Ende der neoliberalen Wende nicht weniger ökonomische Ressourcen, als in den siebziger Jahren; die Steuerbelastung der meisten Familien war in dieser Zeit gar gestiegen<sup>11</sup>.

Schließlich wird die neoliberale Ideologie von der aktuellen Politik der USA sukzessive durch eine Politik überlagert und ersetzt, die nicht deckungsgleich mit den neoliberalen Bemühungen von WTO und IWF ist und in der gegenwärtigen Praxis ein American Empire<sup>12</sup> mit klassisch imperialer Autorität zu etablieren sucht.

Die Kritik trifft auch insofern eine wesentliche Positionsbestimmung der PDS zum Geraer Parteitag<sup>13</sup>, weil dort zwar schon zwischen »Neoliberalismus ›pur‹« und einem »›Dritten Weg‹« der gegenwärtigen Sozialdemokratie unterschieden wird, diese Unterscheidung für eine politische Positionsbestimmung der PDS aber zu knapp ausfällt. Etwas genauer ist die mittlerweile im neuen Programmentwurf der PDS enthaltene Formulierung von einem »Spagat zwischen Anpassung an das Diktat der Weltmärkte und modernisierter Teilbewahrung ursprünglicher sozialdemokratischer Werte«.<sup>14</sup> Ob wegen der genannten Probleme nun aber der Begriff des Neoliberalismus ad acta zu legen ist, ist von seiner Bedeutung in der politisch-philosophischen Diskussion her zu entscheiden.

### *Zur Verteidigung des Begriffs Neoliberalismus*

Die Verwendung des Begriffs Neoliberalismus hat sich in den letzten Jahren in Europa als Kennzeichnung für eine neue Ideologie eingebürgert; synonym wird in der Vereinigten Staaten von Neokonservatismus und Washingtoner Konsens, im französischen Sprachraum vom *pensée unique* und generell vom *laissez-faire*-Kapitalismus gesprochen. Das Präfix »Neo« nimmt eine Abgrenzung zum traditionellen Liberalismus vor. Im Unterschied zu diesem versteht er seine Vorstellungen der negativen Freiheiten von der Ökonomie her und dehnt er sie von dort her auf die gesamte Gesellschaft aus. Der freie Markt ist der Anfangs- und Endpunkt; er gilt als die Möglichkeit, daß größtmögliche Glück für die größtmögliche Zahl zu erreichen. Die zentralen Forderungen dieser Ideologie sind freier Handel mit Produkten und Dienstleistungen, freie Kapitalzirkulation und freie Investitionspolitik. »Frei« meint hier im Sinne negativer Freiheiten frei von allen Auflagen und Einschränkungen, seien es politische Regelungen von Nationalstaaten, Staatenverbänden oder auch präkapitalistischer Clans. Die politischen Regelungen in diesem Sinne sind soziale, ökologische und politische Vorstellungen zur Gestaltung der Gesellschaft. Die klassische Debatte in der Volkswirtschaftslehre um »Freihandel oder Schutzzoll?« ist der historische Ansatzpunkt. Soweit steht diese Ideologie noch in der Tradition des klassischen Liberalismus. Während aber der von Verteidigern und Kritikern der neoliberalen Ideologie zu unrecht in Anspruch genommene Adam Smith zum Beispiel noch eine politische Gestaltung der Gesellschaft für erforderlich hielt, er etwa

11 Gray, John: Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen [engl. 1998] Berlin, 1999, S. 39 f.

12 Rilling, Rainer: Outbreak. Let's take Over. ›American Empire‹ als Wille und Vorstellung. URL: <http://www.rainer-rilling.de/texte/american%20empire.pdf>; Update 22.04.03 von ›American Empire‹ als Wille und Vorstellung. Die neue große Strategie der Regierung Bush, rls-Standpunkte 09/2002, Berlin 2002

13 Brie, André/Brie, Michael/Chrapa, Michael: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS, Berlin 2002, rls Standpunkte 07/2002, S. 9

14 Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Entwurf 22.02.03, Abschnitt II, 4

- 15 Smith, Adam: *The Wealth of Nations*, Bk. IV, Ch. II, [1776] Ed. Reich/Cannan, New York 2000, p. 492
- 16 ebenda, p. 501
- 17 Mühlbauer, Peter: *Kapitalismus und Freiheit. Die Wiener Schule der Volkswirtschaft und ihre amerikanischen Schüler in: Telepolis. Magazin für Netzkultur vom 13.12.2000* URL: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/libi/4477/1.html>
- 18 Rand, Ayn: *Mans Right in: Capitalism: The Unknown Ideal* New York, 1967, p. 328
- 19 Jeske, Jürgen: *Die Welt braucht mehr freien Handel in: F.A.Z. vom 13.06.2002*
- 20 Gray, John: *Die falsche Verheißung. Der globale Kapitalismus und seine Folgen* [engl. 1998] Berlin, 1999, S. 274 ff.
- 21 Stiglitz, Joseph: *Der Schatten der Globalisierung* [engl. 2002] Berlin, 2002, S. 8
- 22 ebenda, S. 12
- 23 ebenda, S. 246
- Schutzzölle und komplette Handelsverbote Großbritanniens gegen die nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben überlegene holländische Handelsflotte verteidigte<sup>15</sup> und die vollständige Wiederherstellung des Freihandels in Großbritannien schon damals so »absurd« vorkam, wie die Gründung eines »Oceana« oder »Utopia«<sup>16</sup> dort selbst, verläßt der Neoliberalismus in dieser Hinsicht seine Tradition. Neu ist im Neoliberalismus, daß sich der Mensch aus Gründen der Bewahrung seiner Freiheit der marktbestimmten gesellschaftlichen Evolution anvertrauen muß. Die nicht nur durch ihre radikalen und originellen Positionen schillernde und mit ihren teils verfilmten Romanen in den Vereinigten Staaten sehr wirkungsmächtige Ayn Rand<sup>17</sup> spricht aus, was danach von den liberalen Bürger- und Menschenrechten bleibt: »Das ist die Konstellation bei einer der aktuell entscheidendsten Fragen: politische Rechte stehen gegen ökonomische Rechte. Die Frage ist Entweder-Oder. Das eine Recht zerstört das andere. Aber es gibt in Wirklichkeit gar keine »ökonomischen« Rechte, »gemeinschaftlichen« Rechte und »öffentlichkeitsrelevanten« Rechte. Der Ausdruck »individuelle« Rechte ist überflüssig: es gibt keine andere Art von Rechten als individuelle und niemand sonst kann diese Rechte besitzen. Diejenigen, die den laissez-fair-Kapitalismus verteidigen, sind die alleinigen Verteidiger der Menschenrechte.«<sup>18</sup> Der Neoliberalismus ist eine politische Anti-Politik. Die Frage »Schutzzoll oder Freihandel?« etwa kann danach nicht mehr ernsthaft gestellt werden. Auch der imperialen Politik der USA werden zum Beispiel ihre Einfuhrzölle für europäischen Stahl und kanadisches Holz als ein Verrat gegen den neoliberalen Konsens vorgeworfen: »Die Vereinigten Staaten haben damit gefährliche Präzedenzfälle geschaffen... Dem Freihandel droht heute Gefahr von zwei Seiten: von den Protektionisten und den Globalisierungsgegnern.«<sup>19</sup>
- Den Durchbruch zur dominierenden Ideologie erreichte der Neoliberalismus Anfang der 70er Jahre mit den Wirtschaftsnobelpreisen für Friedrich August von Hayek 1974 und Milton Friedmann 1976 sowie den ersten neoliberalen Großexperimenten an den Menschen im Chile Pinochets ab 1975 und im Großbritannien Thatchers ab 1979. Die Ideen und Erfolge des Neoliberalismus können mit einem Blick auf die Bilanzen seiner Dissidenten nachgezeichnet werden. John Gray, ehemals Cheftheoretiker Margret Thatchers, spricht in seiner Analyse von einer »Ideologie des Laissez-faire«, die »bestenfalls ein Anachronismus« sei<sup>20</sup>. Joseph Stiglitz, bis 2000 Senior Vice President der Weltbank, resümiert aus seiner Praxis der Entscheidungsfindung im Weißen Haus und danach bei der Weltbank sowie aus seiner Analyse der Folgen der getroffenen wirtschaftspolitischen Vorgaben, »daß viele Entscheidungen ideologisch oder interessenpolitisch motiviert sind«<sup>21</sup>, »das es weder auf ökonomische noch auf politische Rationalität ankommt«<sup>22</sup> und das diese Entscheidungen »allzu oft mehr den Interessen in den Industriestaaten – genauer: bestimmten Partikularinteressen in diesen Ländern – als denen der Dritten Welt diene«<sup>23</sup>.
- Danach ist es angemessen, beim Neoliberalismus von einer Ideologie zu sprechen, dessen Wurzeln in der liberalen Gesellschaftsutopie negativer Freiheiten, respektive Bürger- und Menschenrechte, von einem ökonomistischen Gesellschafts- und Menschenbild überdeckt werden. Als politisches Modell für die ganze Welt wird er seit dem

Ende des zweiten Weltkrieges mit einem außerordentlichen Aufwand und Geschick propagiert. Susan George diagnostiziert treffend: »Sie haben begriffen, daß es zur Durchsetzung ihrer Überzeugungen materieller Infrastrukturen bedarf. Sie haben begriffen, daß diese Strukturen weitgehend intellektuelle Superstrukturen bestimmen – das ist es, was Gramsci mit dem hegemonialen Projekt des Kapitalismus meinte: Entscheidend ist, in die Köpfe der Menschen zu gelangen, dann gewinnst Du ihr Herz, ihre Hände und ihr Schicksal.«<sup>24</sup> Und sie spricht damit zugleich einen Mangel an: »Nicht nur vertraute die Linke zu lang auf ihre intellektuelle Überlegenheit, ruhte in der Überzeugung, es bedürfe keiner Anstrengungen, ihre Positionen zu begründen, sie machte sich naiverweise auch keine Gedanken über die wachsende intellektuelle Kraft der Rechten, die schon bald hegemonial werden sollte.«<sup>25</sup> Mit der populären Version des Neoliberalismus, Margret Thatchers »There is no alternative«, erreichte diese zunächst elitäre Ideologie über die Think Tanks hinaus die Alltagskultur.

Gegen diese erfolgreiche geistig-kulturelle Offensive nahmen die globalisierungskritischen Bewegungen der Zapatisten in Chiapas/Mexiko seit Mitte der neunziger den Begriff auf und besetzten ihn sukzessive neu. Ihre Kritik setzt dabei ebenfalls an den negativen Freiheiten an, liest die Versprechungen dieses Freiheitsbegriffs aber vom Verschwinden bisheriger positiver Freiheiten auf Kosten negativer her<sup>26</sup>: die ökonomische Globalisierung nach der Ideologie des Neoliberalismus erfolgt auf Kosten sozialer, ökologischer und politischer Rechte und wird von daher als teilweise unvollständig, vollkommen ungenügend oder generell nicht korrekturfähig charakterisiert. Die neuen Koalitionen reichen von Globalisierungspropheten über Globalisierungskritiker bis zu Globalisierungsgegnern. Sie wollen zurück zum sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat, arbeiten an einem neuen Gesellschaftsvertrag oder wünschen eine Deglobalisierung. Michael Hardt und Antonio Negri beschreiben in ihrem Entwurf einer neuen Weltordnung diesen unabgeschlossenen Prozeß und die daraus folgenden Anforderungen an sozialistische Bewegungen: »Wir sollten in der Lage sein zu erkennen, daß hier nicht ein neuer Zyklus internationalistischer Kämpfe entsteht, sondern eine neue Qualität sozialer Bewegungen auftaucht. Wir sollten, mit anderen Worten, in der Lage sein, die grundlegend neuen Charakteristika zu erkennen, die alle diese Kämpfe ungeachtet ihrer radikalen Verschiedenheit aufweisen. Zum ersten springen alle diese Kämpfe, obwohl sie in lokalen Verhältnissen fest verankert sind, sofort auf die globale Ebene und greifen die Konstitution des Empire ganz allgemein an. Zum zweiten zerstören all diese Kämpfe die traditionelle Unterscheidung zwischen ökonomischen und politischen Kampf. Sie sind gleichzeitig ökonomisch, politisch und kulturell – es sind biopolitische Kämpfe, ihr Einsatz ist die Lebensform. Es sind konstituierende Kämpfe, die neue öffentliche Räume und neue Formen von Gemeinschaft schaffen.«<sup>27</sup>

Die hier knapp dargestellte Neoliberalismus-Kritik geht also davon aus, daß es sich beim Neoliberalismus um eine Ideologie handelt, die abhängig von den Gegebenheiten der Staaten in unterschiedlicher Art und Weise sowie in einem unterschiedlichem Umfang durchgesetzt wird. Der Begriff ist nach wissenschaftlichen Kriterien sicher un-

24 George, Susan: Den Krieg der Ideen gewinnen. Lektionen der gramscianischen Rechten in: Candéias, Mario/Deppe, Frank: Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg, 2001, S. 214 f.

25 ebenda, S. 215

26 Mander, Jerry/Goldsmith, Edward: Schwarzbuch Globalisierung. Eine fatale Entwicklung mit vielen Verlierern und wenigen Gewinnern [engl. 2001] München, 2002

27 Hardt, Michael/Negri, Antonio: Empire. Die neue Weltordnung [engl. 2000], Frankfurt/M., 2002

28 Neben den zitierten Texten vgl. zum Neoliberalismus: Bourdieu, Pierre: Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität [frz. 1998] zit.nach: Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion, Konstanz, 1998; Chomsky, Noam: Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung [engl. 1999], Hamburg, 2000; George, Susann: A Short History of Neoliberalism. Conference on Economic Sovereignty in a Globalising World, March 24-26, 1999 URL: <http://www.zmag.org/CrisesCurEvts/Globalism/george.htm>; Schui, Herbert/Blankenburg, Stephanie: Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis, Hamburg, 2000

29 Zur Veränderung der Arbeitsmarktpolitik: »...Wir brauchen deshalb Zuständigkeiten und Leistungen aus einer Hand. Damit steigern wir die Chancen derer, die arbeiten können und wollen. Das ist der Grund, warum wir die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenlegen werden, und zwar einheitlich auf einer Höhe – auch das gilt es auszusprechen –, die in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe entsprechen wird. Wir kommen gleichzeitig den Menschen entgegen, denen wir mehr abverlangen müssen. ...« Zur Veränderung der Gesundheitspolitik: »...Erfolg werden wir nur haben, wenn zwei Ziele unstrittig sind: hohe Qualität der Gesundheitsversorgung und kostenbewusstes Verhalten von Ärzten, Krankenkassen, Kliniken, Apothekern, Pharmaunternehmen, aber auch der Versicherten. ... Wir verlangen der Gesellschaft heute etwas ab, aber wir

scharf. Da er aber in der politischen Diskussion etabliert ist, sollte er nach seiner Relevanz für diesen Kontext beurteilt werden. Aus dieser Perspektive macht ihn seine Umdeutung und Neubesetzung zu einem Schlagwort der Gesellschaftskritik außerordentlich politisch wirkungsmächtig. Schon die Verwendung des Begriffes drückt eine Thematisierung, Wertung und Kritik aus<sup>28</sup>. Und der Begriff trifft schließlich auch wesentliche Momente der bundesrepublikanischen Wirklichkeit, weil z. B. das Menschenbild des Hartz-Konzeptes durchaus dem des Neoliberalismus entspricht. Die Ich-AG wird als die einzige Möglichkeit offeriert, in der der Mensch durch sein Anvertrauen an die marktbestimmte gesellschaftliche Evolution seine Freiheit zurückgewinnen kann, indem er sich selbst auf seine ökonomisch marktgängig zu machenden Funktionen bescheidet. Die letzte Regierungserklärung und insbesondere die darin angekündigten Änderungen in der Arbeitsmarkt- und Gesundheitspolitik<sup>29</sup>, bestätigen dieses Menschenbild und damit den steigenden Einfluß neoliberaler Konzepte<sup>30</sup>.

### *Mitte-Unten-Optionen und Mitte-Links-Bündnisse*

Die Diskussionen um die PDS als Partei und das Verhältnis zum Neoliberalismus kulminieren in der Diskussion um das Konzept der Mitte-Unten-Optionen. Dieses soll nach der Meinung seiner Kritiker wie auch einiger Verteidiger auf der Ablehnung parlamentarischer Bündnisse beruhen. Man könnte sagen: je höher die Chancen sind, die im Parteienstaat gesehen werden und je niedriger die Bedrohung durch den Neoliberalismus eingeschätzt wird, desto eher tendiert diese Kritik zu einer hohen Bedeutung der parlamentarischen Funktion der PDS. Umgekehrt wird der außerparlamentarischen Funktion der PDS tendenziell eine höhere Bedeutung zugewiesen, wenn die Chancen des Parteienstaates als geringer und die Bedrohung durch den Neoliberalismus als höher eingeschätzt wird. Allerdings ist diese Metapher einer Waage und noch mehr die eines Entweder-Oder unglücklich. Es geht nicht um eine Alternative sondern um verschiedene Handlungsmöglichkeiten der PDS, die sich gegenseitig ergänzen und eben nicht ausschließen. Teilweise treffend können sich die Kritiker und einige Verteidiger der Ablehnung parlamentarischer Bündnisse bei ihrer Interpretation auf den Geraer Leitantrag und die Eröffnungsrede berufen. Die letzte Fassung des in Gera gestellten und Mehrheit gewordenen Leitantrages »Kein weiter so. Zukunft durch Erneuerung« stellt eine Formulierung vor, die mit dem zu Grunde liegenden Konzept kaum mehr etwas zu tun hat.

Im Konzept der Mitte-Unten-Optionen werden drei verschiedene Ebenen unterschieden, auf denen die PDS ihre Möglichkeiten je spezifisch ergreifen soll<sup>31</sup>. Auf der ersten Ebene der öffentlichen Meinung und der alltagskulturellen Vorstellungen geht es darum, die Hegemonie der populär gewordenen neoliberalen Vorstellungen in Frage zu stellen und an der Etablierung einer neuen Hegemonie mitzuwirken. Mit diesem kulturellen Projekt soll z. B. das Verständnis für das Verhältnis zwischen »Kapitallogik« und »Soziallogik« zugunsten der letzteren verschoben werden, um zivilgesellschaftliche Organisationsformen gegenüber dem Markt zu stärken. Das setzt voraus, diese Freiheit in der Lebensgestaltung und die Freiheit sich dazu selbst zu organisieren, in der Öffentlichkeit zu verteidigen und die Menschen

zu derartigen Formen des Engagements zu bewegen. Potentielle Ansprechpartner sind alle diejenigen, die selbstbestimmt und solidarisch leben wollen und die sich dafür einsetzen, daß diese Rechte auch jedem anderen zur Verfügung stehen. Die Betonung des selbstbestimmten Lebens macht die Trennlinie zum autoritären Fürsorger staatssozialistischer bzw. -konservativer Prägung deutlich. Die Hervorhebung des solidarischen Lebens markiert die Grenze zu den neoliberalen Vorstellungen, die die negativen Freiheiten nicht als Bedingung sondern als einzig mögliche Freiheiten verstehen. Auf die zweite Ebene wird die Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen, Verbänden und Netzwerken von globalisierungskritischen Bewegungen, über lobbyistische Verbände bis zu Bürgerbewegungen projiziert. Ziel ist hier, gegenseitig gleichberechtigte Verhältnisse aufzubauen. In diese Verhältnisse bringt jeder seine spezifischen inhaltlichen und organisatorischen Besonderheiten ein, wodurch alle, faktisch durch Tausch, voneinander profitieren können. Damit die Partner Verschiedenes zum Tausch anbieten können, was jeweils für den anderen von Interesse ist, müssen alle ihre Stärken selbstbewußt entwickeln, vertreten und einbringen. Auf der dritten Ebene schließlich sind parteipolitische Bündnisse in- und außerhalb von Parlamenten gemeint. Hier geht es also darum wie opponiert, toleriert und koalitiert wird und wie dies in der Krise des Parteienstaates zu erfolgen hat. Ziel sollte es sein, die Bedingungen für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben zu verteidigen und, sofern es die parlamentarischen Machtverhältnisse erlauben, zu erweitern. Die strategische Option auf dieser Ebene ist ein Mitte-Links-Parteienbündnis, zu dem keine Alternative absehbar ist.

Diese drei Ebenen bilden keine Hierarchie, nach der ein Wandel der dominierenden Vorstellungen zeitlich einem Mitte-Links-Parteienbündnis vorausgehen muß. Beispiele für umgekehrt erfolgte politische Veränderungen aus der jüngeren bundesrepublikanischen Geschichte sind die Umweltpolitik und die Einführung der GreenCard. Die Änderung des Umweltbewußtseins erreichte durch außerparlamentarische Bewegungen, wie etwa das Wirken von Greenpeace und der frühen Grünen, erst eine breite Wirkung. Hier ging das außerparlamentarische politische Agieren dem Wandel der dominierenden Vorstellungen voraus. Bei der Einführung der GreenCard dagegen ging das Agieren des parlamentarischen Bündnisses dem Wandel der öffentlichen Meinung voraus. Vor der Einführung der GreenCard gab es in der öffentlichen Meinung eine deutliche Skepsis und Ablehnung, die sich aus teils instrumentalisierten Ängsten vor potentiellen Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt und einer Abneigung gegen Ausländer speiste. Nach der Einführung der GreenCard korrigierte die Bevölkerung die früheren Vorurteile weitgehend, weil sie sich im Alltagsleben als irrelevant erwiesen oder widerlegt wurden.

Diese Handlungsmöglichkeiten auf drei Ebenen, und nicht nur das Agieren auf der Ebene sozialer Aktionsbündnisse, sind die Mitte-Unten-Optionen. Was damit ganz gewiß nicht gemeint ist, ist die organisatorische Verwandlung der PDS von einer Partei in eine Bewegung<sup>32</sup> und die soziale Ausrichtung der PDS vom Engagement für alle Menschen in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen<sup>33</sup> hin zu einer PDS, für der Menschen erst unterhalb eines bestimmten Einkommens interessant werden. Daran können alle diejenigen anknüpfen, die die PDS

tun es, damit den Menschen neue Chancen eingeräumt werden, Chancen, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und Höchstleistungen zu erbringen. ...« Regierungs-erklärung vom 14. 03. 2003 »Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung« URL: [www.bundestkanzler.de](http://www.bundestkanzler.de) (Hervorhebungen vom Autor)

30 Die im aktuellen Referentenmaterial des Parteivorstandes der PDS zum Hartz-Konzept präsentierte Kritik verwendet ebenfalls den Titel »Neoliberalismus«. Sie ist allerdings eine Neuauflage der keynesianischen Kritik in der Folge der klassischen Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus. Hingewiesen sei darauf, daß damit weder das Menschenbild noch die geistig-kulturelle Hegemonie des Neoliberalismus zum zu lösenden Problem werden können. URL: [http://www.pds-online.de/politik/themen/hartz\\_auseinandersetzung/view\\_html?zid=3&bs=1&n=8](http://www.pds-online.de/politik/themen/hartz_auseinandersetzung/view_html?zid=3&bs=1&n=8) Schließlich sind neoliberale Konzepte vom Einsatz der Bundesregierung etwa gegen die Schwarzarbeit, für eine beschleunigte Vermittlung und generell für aufgabengerecht organisierte Arbeitsämter zu unterscheiden.

31 Chrapa, Michael: Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002, rls Standpunkte 02/2002, S. 4 ff.; Brie, André/Brie, Michael/Chrapa, Michael: Für eine moderne sozialistische Partei in Deutschland. Grundprobleme der Erneuerung der PDS, Berlin 2002, rls Standpunkte 07/2002, S. 9 ff.



32 Chrapa, Michael: Parteien der Zukunft, Vortrag München 18.05.2002, URL: <http://www.gegenentwurf-muenchen.de/partchra.htm>

33 Klein, Dieter (Hrsg.): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, rls-Manuskripte 38, Berlin 2003, S. 244, 297

34 Zukunft durch Erneuerung. Leitantrag an der Geraer Parteitag der PDS 12./13. 10. 2002

35 Weber, Max: Politik als Beruf [1919], zit. nach Gesammelte Politische Schriften, UTB 1491, Tübingen, 1986, S. 450

über ihre parteipolitische Identität innerhalb des parlamentarischen Systems hinaus verstehen und sofern sie gegenüber Regierungsbeteiligungen keine ablehnende Position haben. Die Mitte-Unten-Optionen sollten für die gesamte PDS attraktiv sein, weil ein Wandel der öffentlichen Meinung und stabile soziale Bündnisse die Gestaltungs- und Darstellungsmacht in der Gesellschaft kontinuierlich und erhöhen kann.

#### *Schluß: Von Gera nach Chemnitz*

Der Geraer Leitantrag formulierte statt dessen ein anderes Konzept aus: »Mit dem Übergang bedeutender Teile der Sozialdemokratie in das Lager des Marktliberalismus, europaweit, fehlen wesentliche Voraussetzungen für ein traditionelles Mitte-Links-Parteienbündnis. ... Auf die Tagesordnung muß ein neues gesellschaftliches Bündnis für soziale Gerechtigkeit von Menschen, die sich ganz unten und jenen, die sich der Mitte der Gesellschaft zugehörig fühlen.«<sup>34</sup> So reduzierte der Leitantrag die Mitte-Unten-Optionen von ursprünglich drei Ebenen auf eine und verwandelte er diese eine Ebene in ein Mitte-Unten-Bündnis. Verstand das ursprüngliche Konzept Politik eher als »ein starkes und langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich«<sup>35</sup>, wird im Leitantrag auch eine andere Vorstellung von Politik präsentiert. Der Leitantrag kündigt einen Paradigmenwechsel an, der metaphorisch das große Andersherum beschwört.

Leitanträge und Parteitage sind nur sehr begrenzt theoriefähig und folglich auch nur eingeschränkt kritisierbar. Dafür, daß die Mitte-Unten-Optionen schon bei den Parteitage delegierten der PDS wie auch in den auf Gera folgenden Diskussionen kaum gegenwärtig ist, und daß es folglich in einer anderen Form diskutiert und genutzt wurde, gibt es mehrere Gründe. Das Konzept wurde in der emotionalisierten und ideologisierten Diskussion als Ersatz für Programmatik, Strategie und situative Handlungskonzepte genommen, eingesetzt und damit bis zur Unkenntlichkeit überdehnt. Es kann eine Programmatik nicht ersetzen und die Unschärfe des programmatischen Rahmen der PDS erlaubt gegensätzliche Interpretationen. Es ist keine Strategie, die hinsichtlich der verschiedenen Handlungsfelder ausdifferenziert sein muß. Es kann keine Konzepte für das alltägliche situative Handeln ersetzen. Und es kann schließlich konkrete Anschlüsse von Programmatik, Strategie und situativen Handlungskonzepten an die Alltagsaufgaben nicht ersetzen.

Die originäre Fassung der Mitte-Unten-Optionen fordert einige in der PDS, ihr Bündnisverständnis zu korrigieren: außerparlamentarische Bündnisse ohne einen Rückhalt in der öffentlichen Meinung und in den Parlamenten sind kaum dauerhaft und belastungsfähig. Mit der Reformulierung im Leitantrag brauchen sie ihre ablehnende Position gegenüber Regierungsbeteiligungen nicht mehr zu korrigieren. Statt auf der parlamentarischen soll auf der außerparlamentarischen Ebene agiert werden. Andere werden damit zunächst darauf verwiesen, daß parlamentarische Koalitionen keinen Selbstzweck haben und das sie in ihren positiven wie negativen Folgen die gesamte PDS betreffen. Auch ihr wohlverstandenes Eigeninteresse wurde angesprochen: Koalitionen haben größere Möglichkeiten und über eine Legislaturperiode hinaus, wenn sie einen Rückhalt in der öffentlichen Meinung haben und durch außerparlamentarische Bündnisse gestützt sind. An die Re-



formulierung in der zitierten Fassung des Geraer Leitantrages dagegen können sie nicht mehr anknüpfen, weil Regierungsbeteiligungen damit unterhalb einer absoluten Mehrheit im Parlament kaum begründbar sind, Koalitionen generell unter Opportunismusverdacht und insofern unter einem nicht erfüllbaren Rechtfertigungsdruck stehen. Aus dieser Perspektive war es nur konsequent, wenn die Reformulierung der Mitte-Unten-Optionen im Leitantrag von einigen nicht mitgetragen wurde, wie die ursprüngliche Fassung der Mitte-Unten-Optionen von anderen hätte kaum mitgetragen werden können.<sup>36</sup>

Allerdings treibt die Kritik seit Gera zuweilen auch sonderbare Blüten. So wird der Kritik am Parteienstaat die fehlende Klassenanalyse vorgeworfen. Anders herum wird sie als Parlamentarismuskritik in der Nähe totalitärer Gemeinschaftsutopien gesehen. So sehr sich beide Kritiken im Ergebnis unterscheiden, sind sie doch in ihrer Art gleich: sie überspringen eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Parteienstaat, verharren bei ihren unsachlichen Vorstellungen und präsentieren diese Vorurteile als eine politische Kritik. Auch der Kritik am Neoliberalismus wurde irgendwo der Mangel an marxistisch-leninistischer Analyse vorgeworfen. Spiegelbildlich wird von anderen eine zu große Nähe reklamiert. Hier wird es bizarr: mit Etiketten mögen sich einige der anheimelnden Atmosphäre linkssektiererischer Weltferne und theoretisch reiner Leere versichern; andere mag die theoretische Denunziation erwärmen – beides allerdings verfehlt das Problem. Dem Koalitionsverständnis schließlich wird die mangelnde Entschiedenheit vorgeworfen. Auch hier sind sich beide bemerkenswert einig: der Wunsch nach einer pauschalen Nicht-Regelung der Kriterien oder umgekehrt nach genauso pauschalen Restriktionen atmet denselben Geist: die Fähigkeit, sich in der Situation und in der Koalition jeweils selbst zu entscheiden, wird der PDS abgesprochen. Müßte sich die PDS aber mit derart prinzipiell-vormundschaftlichen Beschlüssen selbst entmündigen<sup>37</sup>, wäre sie keine politische Partei mehr, geschweige denn eine emanzipatorische. Diese Kritiker erinnern an die verfeindeten Brüder, die sich entweder mit ihren Eltern identifizieren oder sich dagegen an ihnen abarbeiten und die in ihrem Streit übersehen, daß die Eltern längst verschieden sind und sie beide ihr Leben nun selbst zu meistern haben.

Die seit Gera zu Tage getretenen sachlichen Differenzen sind nachvollziehbar. Gerade weil die Differenzen quer durch die früher als kompakt erklärten Strömungen der PDS gehen, könnten sie den Klärungsprozess innerhalb der PDS vorantreiben, der offenbar längere Zeit gescheut wurde. Die augenblickliche Krise, aber auch die mittelfristig in jeden Falle unvermeidbare Programm- und Strategiedebatte geben dabei neuen Raum für Revisionen, neue Koalitionen und vor allem eine neue Politik. Neue Ideen und Ressourcen sind dennoch erforderlich; was für ein Gewinn das sein kann, haben die Gastredner auf dem Friedensparteitag der PDS allen vor Augen geführt. Die Differenzen sind aber nicht nur diskussionsfähig, sondern auch entscheidungsbedürftig. Beides ist auf einem hohen Niveau möglich, wenn sich die eigene Position nicht auf eine Ablehnung der jeweils anderen beschränkt, wenn nicht der Anspruch erhoben wird, als einziger persönlich recht oder gar die einzig wahre wissenschaftliche Weltanschauung zu haben und wenn man nicht meint, die Uhr auf 2002 oder früher zurückdrehen zu können.

36 Daß die Verteidigung außerparlamentarischer Bündnisse automatisch mit einem entsprechendem Engagement einhergeht und daß die Verteidigung parlamentarischer Koalitionen per se einem Konzept folgt, ist allerdings nicht zwingend. Wolfram Adolphi hat in seiner Geschichte des »Forum 2000plus!« treffend das Gegenteil festgestellt: Die steckengebliebene Öffnung. Das Schicksal des »Forum 2000plus!« der PDS in: UTOPIE kreativ Heft 150 (April 2003), S. 305 f.

37 Brie, Michael: Freiheit und Sozialismus. Die Programmatik der PDS der Diskussion in: Brie, Michael/Chrapa, Michael/Klein, Dieter: Sozialismus als Tagesaufgabe, rls-Manuskripte 36, Berlin 2002, S. 12

SAHRA WAGENKNECHT

## Welche Aufgaben hat ein Programm einer sozialistischen Partei?

Die Welt sieht heute anders aus als zu jener Zeit, da die Autorengruppe André Brie, Michael Brie, Dieter Klein den ersten Programm-entwurf zur Debatte stellte. Damals, im Frühjahr 2001, hatte die Öl- und Rüstungsmafia ihren Kandidaten Bush gerade mittels Wahl-  
betrug an die Macht gehievt, Cheneys »Neues Energieprogramm«  
nebst Kriegsplänen lagerten noch im Schubfach, *Dow Jones* und *Dax* waren noch nicht allzu weit von ihren Spitzenwerten entfernt, noch galt Aktienbesitz als Weg zu schnellem Reichtum, die *New Economy* als Garant rasanter Produktivitätszuwächse und das ameri-  
kanische Modell als neoliberales Vorbild für Wachstum und Voll-  
beschäftigung.

Inzwischen sind sowohl Afghanistan als auch der Irak mit US-  
Truppen besetzt, die Spekulationsblase an den Börsen ist geplatzt, Millionen amerikanische Haushalte bangen um ihre Altersbezüge, die Erfolgsstory neoliberaler Privatisierungspolitik verendete mit *Enron* und *Worldcom* in Jahrhundertpleiten und der deutsche *Neue Markt* wurde wegen milliardenstarker Kapitalvernichtung ganz  
geschlossen. Die Weltwirtschaft steht am Rande ihrer tiefsten Krise seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Allerdings: Anders als noch in der Hysterie des 11. September 2001 sind heute eine übergroße  
Mehrheit der Europäer und viele Amerikaner gegen den Krieg. Wir erleben eine weltweite Wiederauferstehung der Friedensbewegung mit den größten Demonstrationen der Nachkriegsgeschichte.

Auch die deutsche Politiklandschaft ist nicht mehr die gleiche. Eichels Steuerreform hat sich inzwischen als das erwiesen, was sie von Anfang an war: eine der gewaltigsten Umverteilungsaktionen öffentlicher Gelder auf private Konten Gutbetuchter in der Ge-  
schichte der Bundesrepublik. Schröder hat die Abschaffung der ge-  
setzlichen Rente eingeleitet, hat mit Hartz die alte BDI-Forderung erfüllt, tarifliche Standards zugunsten unwürdiger Billigjobs zu be-  
seitigen; er hat die Situation Arbeitsloser weiter verschlimmert und ist gerade dabei, eine Reform des Gesundheitswesens durchzuset-  
zen, die Arztbesuche künftig zu einem teuren Luxus machen kann. Die PDS hat keine Fraktion mehr im Deutschen Bundestag, wird bundespolitisch weitgehend totgeschwiegen und liegt in Umfragen  
bei nicht viel mehr als drei Prozent.

Das ist die Situation, in der wir als Mitglieder oder Sympathisanten der PDS über ein neues Parteiprogramm diskutieren und in der  
jetzt ein überarbeiteter Entwurf präsentiert wurde. Wird er dieser Situation gerecht?

Sahra Wagenknecht –  
Jg. 1969; Studium der  
Philosophie und Deutschen  
Literatur; derzeit Promo-  
ventin auf dem Gebiet  
Volkswirtschaftslehre;  
Mitglied des Parteivorstandes  
der PDS. Jüngste Buch-  
veröffentlichung: *Die  
Mythen der Modernisierer*  
(2001).

Programm der Partei des  
demokratischen Sozialis-  
mus (überarbeiteter Ent-  
wurf), in: Pressedienst PDS,  
Nr. 9/2003, S. 1-27. Der im  
Text als Referenz heran-  
gezogene erste Programm-  
entwurf ist im Jahr 2001  
erschienen.

Das Programm einer sozialistischen Partei sollte *vier Aufgaben* erfüllen: Es sollte eine Analyse des aktuellen Stadiums kapitalistischer Entwicklung enthalten, eine Darstellung der Strategien der Herrschenden und der Kräfteverhältnisse; es sollte das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft als Alternative zum bestehenden System der Profitmacherei umreißen; es muß jene Forderungen formulieren, für die wir als sozialistische Partei hier und heute kämpfen und an denen wir zu messen sind; es sollte schließlich Aussagen darüber enthalten, *wie* dieser Kampf unter den gegebenen Kräfteverhältnissen aussehen kann, wenn wir dabei diese selbst verändern wollen. Ein Programm sollte also neben Analyse und Ziel Brücken vom Heute zum Morgen zumindest skizzieren.

In der Frage einer Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus stellt der vorliegende Entwurf einen deutlichen Fortschritt gegenüber dem alten dar. Hatte man damals noch den Eindruck, die Autoren lebten jedenfalls nicht auf dieser Welt, werden die Verhältnisse in ihrer Brutalität, Asozialität und Bedrohlichkeit jetzt realistischer geschildert. Das keynesianische Nachkriegsmodell erscheint nicht mehr als humane Eingebung kapitalistischer Eliten, sondern als ihnen »durch die Kämpfe der Arbeiterbewegung« und »unter dem Einfluß der Konkurrenz mit der Sowjetunion und ihrer Verbündeten« abgetrotzt. Die Antreiber der neoliberalen Offensive werden nicht verschwiegen, das Resultat als »ökonomische Diktatur« charakterisiert. Generell wird der Kapitalismus als »Wurzel« von »ökonomischer Ausbeutung, ökologischer Verödung und politischer Unterdrückung sowie verbrecherischer Kriege« benannt. Wer jetzt sagt, das sei doch alles selbstverständlich, dem sei eine neuerliche Lektüre des ersten Brie-Brie-Klein-Entwurfs ans Herz gelegt.

Leider haben aber auch im Analyse-Teil einige Seltsamkeiten aus dem alten Papier überwintert. Das betrifft etwa folgenden Dialektikversuch: »Der heutige Kapitalismus bringt Potentiale hervor, die für eine zukunftsfähige Alternative von größter Bedeutung sind, aber er fesselt und deformiert sie zugleich.« Als Beispiele aufgezählt werden: »Gestaltungsspielräume durch ökologisch verantwortbare Reichtumssteigerung«, »Zeit für selbstbestimmte Lebensweisen«, »Bedingungen bewusster Gesellschaftsgestaltung durch Zuwachs an Wissen und Information«, »Zugang zu anderen Kulturen durch Internationalisierung« und anderes. Zutreffend ist, daß wichtige technologische Rahmenbedingungen all dessen in den letzten Jahren entstanden sind – innerhalb des Kapitalismus. Das ist ebenso zutreffend wie die Feststellung, daß Einsteins Relativitätstheorie innerhalb des Kapitalismus formuliert und die Romane Thomas Manns wie auch die Mehrzahl der Stücke Brechts innerhalb des Kapitalismus geschrieben wurden. Kein ernsthafter Mensch würde aus letzterem folgern, es handele sich deshalb um *Hervorbringungen des Kapitalismus*. Nun wäre das Ganze keiner Erwähnung wert, ginge es dabei um nicht mehr als eine etwas hinkende Logik. Daß hinter der Rede von den »Entwicklungspotentialen« des Kapitalismus allerdings weit mehr steht, erläutert Roland Claus im Märzheft dieser Zeitschrift. Er schreibt dort über die politischen Absichten der sogenannten Reformer folgendes: »Die Reformer akzeptieren die Bedingungen der Bundesrepublik und halten diese Gesellschaft für

Programm ..., a. a. O.,  
Abschnitt II, 2.

Beispiele sind: »Gestaltungsspielräume durch ökologisch verantwortbare Reichtumssteigerung«, »Zeit für selbstbestimmte Lebensweisen«, »Bedingungen bewusster Gesellschaftsgestaltung durch Zuwachs an Wissen und Information«, »Zugang zu anderen Kulturen durch Internationalisierung« (Ebenda, S. 7 ff.).

Roland Claus: Was wollen die Reformer?, in: UTOPIE kreativ, Heft 149 (März 2003), S. 274-279, hier: S. 275.

transformationsfähig. Folgerichtig werden sie dafür kritisiert, ihren Frieden mit dieser Gesellschaft machen zu wollen. Die Reformer haben deshalb *ihr Bekenntnis zur ›neuen Ordnung‹* (Hervorhebung – S. W.) in verklausulierte Formeln wie ›Entwicklungspotentiale dieser Gesellschaft‹ u. ä. verpackt. Ihren Frieden mit dieser Gesellschaft zu machen, bedeutet für die Reformer, sie anzunehmen, um sie zu verändern.« Daß linke Politik die Realität so, wie sie ist, analysieren und verstehen muß, um sie verändern zu können, ist eine Selbstverständlichkeit. Daß wir politische und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse, ausgehend von den gegenwärtig bestehenden, verändern müssen, auch. Den Kapitalismus – was sonst verbirgt sich hinter der »neuen Ordnung«, von der Roland Claus spricht? – »annehmen«, gar sich zu ihm »zu bekennen«, ist allerdings etwas wesentlich anderes. Es wäre gleichbedeutend mit dem Ende der PDS als linker Partei.

Auch im Unterkapitel über den »Kapitalismus im Zeitalter der Informations- und Kommunikationstechnologien« stehen eine Reihe Aussagen, die besser nicht bleiben sollten. Die Aussage etwa: »Der Industriekapitalismus wird im Informationskapitalismus ... aufgehoben« erscheint in einer Zeit, in der das amerikanische Industrie- und Rüstungskapital seine Macht unter Beweis gestellt hat, die ganze Welt – gegen den Willen von Teilen des europäischen Kapitals, aber auch der *Nasdaq!* – in einen grauenvollen Krieg zu treiben, als wenig realitätsnah. Die größten und mächtigsten transnationalen Konzerne – an Umsatz, Börsenwert wie auch gesellschaftlichem Einfluß – sind solche der »old economy«, die sich die neuen Technologien zunutze machen und einen Teil der sie repräsentierenden Unternehmen inzwischen aufgekauft haben. Diese Frage ist nicht nebensächlich. Sie betrifft die Einschätzung von Machtverhältnissen.

Der Abschnitt »Sozialismus – Ziel, Weg und Werte« ist ebenfalls insofern besser geworden, als sein Inhalt jetzt nicht mehr hinter dem Grundgesetz zurückbleibt. Bezugnehmend auf dieses, wird auf die »Möglichkeit von Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihre Überführung in Gemeineigentum« hingewiesen und erläutert, wir seien »dafür, diese Möglichkeit umzusetzen« – allerdings nur, »wenn dies nach Ansicht der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger zu sozialer Gerechtigkeit und effizienter Bereitstellung der sozialen Grundgüter beiträgt.« Keine Frage: Sozialistische Veränderungen werden sich ohne breiten Rückhalt nicht umsetzen lassen. Die Aufgabe einer sozialistischen Partei im Kapitalismus besteht aber vielleicht nicht nur darin, einen Mehrheitswillen pro Sozialismus umzusetzen, so es ihn irgendwann gibt, sondern heute beginnend darum *zu ringen*, daß er sich entwickeln kann. Genau das aber – Argumente, warum eine sozialistische Wirtschaftsordnung ohne die Sünden der Vergangenheit möglich ist und wie sie aussehen kann, Argumente gegen die verlogene Gleichsetzung von kapitalistischem Profitstreben und Produktivitätsstimulanz – findet man im Abschnitt »Sozialismus« kaum. Statt dessen wird erneut »Unternehmertum und Gewinninteresse« als »wichtigen Bedingungen von Innovation und betriebswirtschaftlicher Effizienz« Respekt gezollt. Die Überarbeitung bestand in diesem Fall in der Einfügung des Wortes »betriebswirtschaftlich« und in der Verstär-

Vgl. Programm ..., a. a. O., S. 3-6.

kung der nachfolgenden Relativierungen. Gerade diese allerdings bestätigen: Gemeint ist an dieser Stelle nicht Rechnungsführung in sozialistischen Betrieben – in der Gewinn in der Tat *ein* Kriterium sein kann –, sondern kapitalistische Profitmaximierung. Daher sei die Frage gestattet: Wozu der Bückling? Inhaltlich besagt der Satz wenig: betriebswirtschaftliche Effizienz mißt sich an nichts anderem als an der Relation zwischen Kosten und Ertrag, also am Gewinn und daß »Gewinnstreben« eine Bedingung für Gewinnsteigerung darstellt, ist keine überraschende Einsicht. Für Innovation allerdings gilt das schon nicht mehr. Es sei nur an die gängige Praxis großer Konzerne erinnert, Patente just mit dem Ziel aufzukaufen, ihre Realisierung zu *verhindern*. Die Pharmabranche – und nicht nur sie – bietet eine Fülle von Beispielen. Man denke auch an die Auswirkungen des »Gewinnstrebens« von *Microsoft* auf die Qualität internationaler Software. Oder an die »gewinnstrebende« *Deutsche Bank*, die allemal lieber die Produktion von Antipersonen-Minen bei *DaimlerChrysler* finanziert als einen jungen erfinderischen Geist mit dem nötigen Startkapital auszurüsten.

Dieses Problem basiert auf einem grundlegenden: Wie schon im ersten Entwurf wird die Eigentumsfrage »primär« auf eine »Frage der realen Verfügung« reduziert und mit der Zurückweisung von »allumfassendem Staatseigentum« ein Pappkamerad aufgebaut, von dem schon die vergangene Diskussion gezeigt hat, daß es ihn in der PDS nicht gibt. Unsere Differenz besteht nicht darin, daß die einen das Ziel haben, noch den letzten selbständigen Bäcker an der Ecke (so er die kapitalistische Restauration überlebt hat; – in meiner Wohngegend gibt es von fünf keinen einzigen mehr) zu verstaatlichen, während die anderen ihn schützen wollen; unsere Differenz besteht darin, daß die einen sich einen Sozialismus, in dem BMW weiterhin der Familie Quandt gehört, schwer vorstellen können, während andere davon ausgehen, es genüge – und es sei möglich! –, der Familie Quandt die »Verfügung« über BMW zugunsten einer nicht profitdiktieren Unternehmensführung abzunehmen, während Rechtstitel und Dividendenanspruch erhalten bleiben. Um Mißverständnisse zu vermeiden: Ein Gesetz über Mindestlöhne, bessere Arbeitsbedingungen, erweiterten Kündigungsschutz oder auch internationale Kapitalverkehrskontrollen – alles das sind Eingriffe in Verfügungsmacht und es sind Forderungen, um die unter heutigen Bedingungen gekämpft werden muß. Gelänge es, die Kräfteverhältnisse dahingehend zu verändern, daß die Entfesselung kapitalistischer Plusmacherei gestoppt, ja der Trend umgekehrt werden könnte, wäre viel erreicht. Nur: auch der bestregulierte Kapitalismus bleibt Kapitalismus. Die Herrschenden – und genau das beweist die Geschichte seit 1980 – bleiben stets auf dem Sprung, bei der ersten sich bietenden Gelegenheit den lästigen Sozialfesseln erneut den Garaus zu machen. Und: keine Fessel hat den Kapitalismus bisher davon abgehalten, jenseits seiner Zentren unsägliches Leid und Elend zu verursachen.

Außerdem bleibt die Selbstbeschränkung »auf absehbare Zeit« lediglich um die Veränderung von Verfügungsgewalt zu ringen, hinter der aktuellen Diskussion selbst bürgerlicher Ökonomen zurück. Inzwischen verirren sich sogar ins *Handelsblatt* Artikel, die die Frage

Vgl. Ebenda, S. 5 f.

aufwerfen, ob die wilde Privatisierungspolitik im Bereich Energie, Bahn und Telekom nicht doch ein Fehler war. Immerhin gehören zu den vorliegenden Erfahrungen die kalifornische Energiekrise, die Pleitewelle und Re-Monopolisierung auf den nationalen Telefonmärkten; die britische Bahn – eines der ersten Privatisierungsprojekte –, die nach einer Serie von Unfällen und bankrott heute wieder unter Obhut des britischen Staates steht, schließlich der privatisierte Energieriese *British Energy*, der längst auch nur noch mit Steuergeld vor der Pleite bewahrt wird. Das alles wie eben auch die penetrante Neigung, Kapital erst in irrwitzigen Mengen auf bestimmte Märkte zu konzentrieren und anschließend – wenn die Blase platzt – mit sozial desaströsen Folgen zu entwerten, spricht nicht gerade für die »Regulationspotenzen« kapitalistischer Märkte, auf die sich der Text immer wieder positiv bezieht. In Japan hat der Crash eine inzwischen zehnjährige Dauerdepression ausgelöst; ein ähnliches Szenario in den USA und Europa ist nicht ausgeschlossen.

Ist damit jede Regulation der Produktion über Wettbewerbsmärkte für eine sozialistische Ökonomie tabu? Solchen Schluß ziehen hieße, die positiven Seiten funktionierender Märkte – schnelle Rückkopplung vom Verbraucher zum Produzenten, Zwang zu sparsamem Umgang mit (kostenträchtigen) Ressourcen etc. – zu ignorieren. Tatsächlich ist volkswirtschaftliche Produktion nur in der strategischen Orientierung, nie aber im Detail längerfristig planbar. Diese Aussage gilt auch im Zeitalter modernster Computertechnik. Denn die Schwierigkeit der Planung einer Volkswirtschaft *en detail* liegt durchaus nicht nur in der ungeheuren Datenmenge, die verarbeitet werden muß. Das Hauptproblem ist, daß die Abläufe als solche nur begrenzt vorherbestimmt sind. Kleine und große technologische Neuerungen verändern ständig die Produktionsverfahren und sind ebenso wenig vorhersehbar wie bahnbrechende Erfindungen, die völlig neue Produkte kreieren. Selbst simple Dinge wie Wetterturbulenzen beeinflussen den Bedarf auf eine nie genau vorhersehbare Weise. Natürlich sind mit Mitteln der Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung bestimmte Trends in die Zukunft extrapolierbar. Und mit differenzierten Input-Output-Tabellen läßt sich relativ genau berechnen, welche gesamtvolkswirtschaftlichen Folgen eine neue Technologie oder bestimmte Verschiebungen im Endverbrauch nach sich ziehen. Aber in einem hochkomplexen System mit einer Unzahl von Koppelungen und Schaltstellen resultieren aus minimalen Abweichungen und Zufallseinflüssen auf den einzelnen Ebenen schnell derart große Divergenzen im Gesamt Ablauf, daß am Ende nichts mehr paßt und stimmt. Gerade wenn man Grundrichtung und Prioritäten der wirtschaftlichen Entwicklung steuern will, muß diese Steuerung durch immanente Rückkopplungsschleifen abgesichert werden. Weniger kybernetisch ausgedrückt: Informationen über Nachfrageverschiebungen kommen in den Betrieben einfach schneller an als in zentralen Behörden. Und neue Techniken müssen möglichst ohne Zeitverzug betrieblich zum Einsatz kommen. Flexibles Reagieren aber setzt den nötigen Entscheidungsfreiraum voraus. Dieser sollte durch gesellschaftliche Vorgaben zwar in bestimmte Richtungen gelenkt, aber nicht aufgehoben werden. Grundlage der nötigen Rückkopplung sind funktionierende Marktmechanismen,



die übrigens der gegenwärtige Kapitalismus in vielen Bereichen gar nicht mehr hat. Faktisch kann ein Markt die Produktionsentscheidungen staatlicher Unternehmen ebenso kontrollieren und regulieren wie die von privaten oder genossenschaftlichen. Einzige Voraussetzung ist die Existenz einer hinreichenden Zahl von Anbietern, um Marktmacht auszuschließen. Auch betriebliche Rechnungsführung und leistungsgerechte Bezahlung sind keine Frage der Eigentumsform. An der direkten Unternehmensführung privater Konzerne sind selbst Großanleger heute kaum noch beteiligt. Daß das Management aller Ebenen deren Shareholder-Value-Interesse dennoch bedingungslos zum Maßstab seines Handelns macht, wird durch »anreizkompatible« Arbeitsverträge und durch Bezahlung mit Unternehmensaktien und Aktienoptionen sichergestellt. Solche »Anreizkompatibilität« braucht natürlich auch ein vergesellschafteter sozialistischer Betrieb, nur: die Richtung der Anreize kann sich dann (und nur dann!) deutlich unterscheiden. Zwar ginge es auch um Produktivitätssteigerung und Überschüsse. Aber es ginge nicht minder um die Bedingungen, unter denen diese Überschüsse produziert werden: um humane und sichere Arbeitsverhältnisse, um kürzere Arbeitszeiten, um angemessene Bezahlung, nicht zuletzt um wesentlich größere Spielräume für die Beschäftigten, die unternehmensinternen Entscheidungen zu beeinflussen.

Der Unterschied zwischen einer in Kernbereichen sozialisierten und einer privatkapitalistischen Wirtschaft besteht nicht in der platten Alternative Plan oder Markt. Die wirklichen Unterschiede sind: Erstens, daß erwirtschaftete Überschüsse im Falle von Gemeineigentum der Allgemeinheit und nicht privaten Shareholdern zugute kommen. Zweitens, daß Produktions- und Investitionsentscheidungen nicht sklavisch dem Prinzip der Gewinnmaximierung unterliegen. Die Gestaltung der Güterpreise kann an anderen Prioritäten ausgerichtet werden, soweit dies gesellschaftlich wichtige Effekte hat (beispielsweise ökologische, aber natürlich auch soziale). Und der dritte, vielleicht wichtigste Unterschied ist, daß hohe Löhne, Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeitswelt nicht länger mit Investitionsentzug und Erpressung beantwortet werden können.

Letztlich ist die Wahl der Eigentumsform eine Frage der realen Produktionsbedingungen. Dort, wo sich die Wertschöpfung schon aus technologischen Gründen in riesigen Unternehmen mit Tausenden Beschäftigten konzentriert, impliziert der Eigentumstitel ökonomische und gesellschaftliche Macht. Und dort hat Privateigentum nichts zu suchen. Das betrifft den Finanzsektor, die Energiewirtschaft, den Fahrzeugbau, weite Teile der chemischen Industrie, Telekommunikation und Transport, bestimmte Zweige des Handels; mindestens also die Liste der Dax-Unternehmen. In einigen dieser Bereiche sind Marktmechanismen generell nicht funktionsfähig; in anderen könnten veränderte Eigentumsverhältnisse sogar wieder zu einem Mehr an Wettbewerb und Kundenorientierung führen. Völlig anders sind die Verhältnisse im Mittelstand, sei es in Handwerk, Landwirtschaft, Dienstleistungssektor oder produzierendem Gewerbe. Hier geht es um Förderung privater wie genossenschaftlicher Unternehmen. Enteignungen oder Verstaatlichungen wären fehl am Platz, wie nicht zuletzt die DDR-Erfahrungen nach 1972 belegen.

Vgl. Ebenda, S. 11 ff.  
vgl. dazu auch: Michael  
Brie, Michael Chrapa,  
Dieter Klein: Sozialismus  
als Tagesaufgabe,  
RLS-Manuskripte 36,  
Berlin 2002.

Teil 3 des Entwurfes enthält unsere politischen Forderungen und Reformkonzepte. In dem Abschnitt steht kaum etwas, dem man nicht zustimmen könnte. Das Problem ist – wie schon im ersten Entwurf – daß die Forderungen vielfach allgemein, unkonkret und damit unverbindlich bleiben. Wir sind für eine »erhebliche Verkürzung von Erwerbsarbeitszeit«, aber voller Lohnausgleich wird nicht gefordert. Wir treten ein für »existenzsichernde Erwerbsarbeit«, akzeptieren aber auch »erforderliche Flexibilisierungsprozesse«. Wir »widersetzen uns dem Rückzug von Großkapital und großen Vermögen aus der Finanzierung öffentlicher Ausgaben«, aber darüber, welche politischen Entscheidungen diesen »Rückzug« erst ermöglicht haben und die Erhöhung bzw. Einführung welcher Steuern wir fordern, ist nichts zu lesen.

Eine Hauptschwäche des Entwurfes ist schließlich, daß er zur aktuell brennenden Frage der Rolle der PDS in dieser Gesellschaft, ihren Möglichkeiten unter den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen, den Chancen und Grenzen von Kompromissen kaum mehr als die allgemeine Aussage beisteuert: »Wir stehen im Widerstand, wo sozialer und politischer Rückschritt ... Gegenwehr verlangen. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, wo dadurch Fortschritt möglich wird und Solidarität mit den sozial Schwachen es verlangt.« Diese Aussage, ernst genommen, würde bedeuten, daß die Berliner Koalition nach Ansicht der Autoren besser gestern als heute zu beenden ist. Denn wenn der Entwurf postuliert, die PDS stehe »stets an der Seite der Gewerkschaften bei der Verteidigung der Flächentarifverträge«, was ist deren Aufkündigung dann anderes als »sozialer Rückschritt«? Und wenn wir laut Entwurf »für die Bewahrung von öffentlichem Eigentum« eintreten, was ist dann die (versuchte und bisher an mangelnder Nachfrage gescheiterte) Verschleuderung der Sparkasse an einen amerikanischen Investmentkonzern? Diese Widersprüche werden nicht einmal reflektiert. Statt dessen beschränkt sich die Auswertung unserer Regierungserfahrungen auf die kühle Feststellung, wir hätten »demokratische Verlässlichkeit« bewiesen. Daß genau dieses Verständnis von »demokratischer Verlässlichkeit« dazu beigetragen haben könnte, dass uns in Schwerin acht Prozent unserer Wähler den Rücken kehrten und sich in Berlin nach nur einem Jahr schon mehr als jeder zweite abgewandt hat, dass auch unser Wahldesaster am 22. September hier Ursachen haben könnte... – Schweigen. Als wäre das alles gar nicht wahr, wird ein fast schon gespenstischer Wiederbelebungsversuch des alten Projekts eines »Mitte-Links-Bündnisses« unternommen. Unerfreuliche Realitäten nicht zur Kenntnis zu nehmen, ist aber kein erfolgversprechender Versuch ihrer Bewältigung.

Der neue Programmentwurf ist ganz sicher eine bessere Diskussionsgrundlage als der alte. Aber das gleiche, was für unseren Kurs in Landesregierungen zutrifft, gilt auch für ihn: so, wie er ist, kann und darf er nicht bleiben. Die PDS muß in ihrer Politik wieder unverwechselbar werden und sie darf programmatisch ihr Profil als sozialistische, antikapitalistische Partei nicht einbüßen. Laßt uns über beides im Zusammenhang diskutieren, sachlich, argumentativ. Es geht um nicht weniger als darum, ob wir als linke sozialistische Partei eine relevante Kraft gegen Krieg und soziale Erniedrigung in den anstehenden Auseinandersetzungen bleiben werden.

ANNELIESE BRAUN

## Auf der Suche nach einer feministischen Theorie des Wirtschaftens

Feminisierung der Ökonomie stellt sich als Teil eines emanzipatorischen Alternativprojekts dar, das die Gleichstellung der Geschlechter zum Ziel hat. Sie entwickelt sich als »work in progress«. So bunt wie die feministischen Bewegungen sind auch die Vorstellungen von feministischer Ökonomie (vgl. Buchholz-Will 1996; Kuhn, Degen, Fröse, Böttger 1999). Dazu gehören feministische Arbeitsmarktprojekte wie die Förderung von Existenzgründerinnen bis hin zu autonomen Projekten, wie selbstverwaltete Betriebe, Kommunen, gemeinwesenorientiertes Wirtschaften, Subsistenzperspektive und »Barefoot Economy«. Das Anliegen einer Feminisierung der Ökonomie läßt sich wie folgt zusammenfassen: Sie konzentriert sich darauf, die patriarchale kapitalistische Wirtschaft zu analysieren, zu evaluieren und zu kritisieren, Frauenrechte einzufordern und eine konkrete Utopie zu entwickeln.

Auf diese Weise sollte es gelingen, patriarchale Mechanismen allmählich durch alternative, das heißt nichtpatriarchale, nichtkapitalistische Veränderungen auszuhöhlen und somit die Voraussetzungen für eine soziale Gleichstellung der Geschlechter zu schaffen. Feminisierung der Ökonomie muß pluralistisch herangehen, wenn sie ihren ganzheitlichen Ansprüchen treu bleiben will. Nicht zuletzt darin liegen ihre Chancen. Pluralistisches Aushandeln ist von einem langwierigen Lernprozeß begleitet. Feministische Bewegungen sind darauf durchaus vorbereitet, wenn sie sich auf ihre Traditionen besinnen und diese kritisch erneuern, wie selbst organisiertes Handeln, Ganzheitlichkeit, Reproduktion des Lebens anstelle von Profit, bewußte Parteilichkeit, Interdisziplinarität, nicht-zerstörerischer Umgang mit der Natur, Zulassen von mehreren Deutungen. Es hieße die basisdemokratischen und selbstorganisierenden Aktivitäten von Frauen fehlzuinterpretieren, wenn beckmesserisch gefragt werden würde, ob »feministische Ökonomie« alle Kriterien einer akademischen Fachdisziplin erfülle.

Wenn Feminisierung der Ökonomie emanzipatorische Handlungen befördern soll, müßte sie über nichtpatriarchale Positionen hinausgehen; sie würde sich damit pluralistisch in eine konkrete Utopie einer gleichheitlichen und freiheitlichen Reproduktion des Lebens einbringen, welche Ökonomie in bisheriger Form im doppelten Sinne aufhebt. Damit wird sie mit der Umorientierung und Umstrukturierung der (noch) dominanten patriarchal organisierten kapitalistischen Produktionsverhältnisse auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit konfrontiert. In dieser Richtung liegen

Anneliese Braun – Jg. 1933; Prof. Dr., forscht zu arbeitsmarktpolitischen, sozial- und frauenpolitischen Fragen, beschäftigt sich mit feministischen Positionen und nichtpatriarchalischen Alternativen; zuletzt in UTOPIE kreativ: Arbeitsverhältnisse – ihre Trends und Alternativen aus feministischer Sicht, Heft 128 (Juni 2001).

Nach Marx und Engels (MEW, Bd. 3: 20, 28-30) setzt sich die Reproduktion des Lebens zusammen aus der unmittelbaren Reproduktion des Lebens (darunter der Reproduktion der Gattung) und aus der Produktion von Mitteln zum Leben. Die Reproduktion des Lebens als Ganzheit zu analysieren erfordert, beide Reproduktionsbereiche in ihrer wechselseitigen Verflechtung zu begreifen.

Patriarchale Verhältnisse entstanden historisch gesehen, weil beide Bereiche der Reproduktion des Lebens sich nicht gleichermaßen dem direkten Eindringen von tributären und Warenbeziehungen öffneten. So war Reproduktionsarbeit nicht in Tributen oder Waren zu vergegenständlichen, ohne die Gefahr irreversibler Schäden für die Reproduktion der Gattung heraufzubeschwören. Einige Feministinnen wie Theda Skocpol (1992) und Julie Katherine Gibson-Graham (1996) rücken inzwischen vom Patriarchat als Analyse-kategorie ab und setzen an seine Stelle erweiterte Klassenbegriffe und mehr oder weniger biologische Geschlechterverhältnisse. Andere, wie Iris Young, Mechthild Veil und Teresa Kulawik halten hingegen am Patriarchat als theoretischen Begriff fest (vgl. Veil in Stolz-Willig/Veil 1999: 201 ff.).

Als »fiktive Waren« werden hier die Arbeitskraft, darunter die Verausgabung von »allgemeiner Arbeit« im Marx'schen Sinne und die Naturressourcen angesehen. Es handelt sich um Elemente der unmittelbaren Reproduktion des Lebens, deren Reproduktionserfordernisse durch den Warenwert nicht adäquat ausgedrückt werden können. Ursula Beer bezieht sich ebenfalls auf die »fiktive Ware Arbeitskraft« bei Polanyi – allerdings nur auf diese –, betrachtet sie aber aus der Sicht des Verhältnisses von Individuum und Markt, womit sie »die Geschlechtsneutralität einer »echten« Ware« verliere (Beer 1990: 261 f.).

inzwischen keinesfalls unumstrittene, aber den Emanzipationsgedanken weiterführende Erkenntnisse vor, insbesondere:

- die Begründung des Patriarchats als gesellschaftliches Verhältnis (Delphy 1977; Lerner 1991; Mies 1992);
- eine feministischer Sicht auf die Auffassungen von Marx und Engels zur Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit (Beer 1990);
- die Erweiterung und ganzheitliche Betrachtung des »Reiches der Notwendigkeit« als Verbindung von Reproduktion der Gattung und Produktion von Mitteln zum Leben, u. a. durch feministische Ansätze zur »Gesamtarbeit« (Möller 1996; 1997; Notz 2000);
- die Verschränkungen von patriarchalen und Klassenverhältnissen als Ausgangspunkt für ganzheitliche und geschlechtergerechte Interpretationen der gesellschaftlichen Positionen von Frauen und Männern (Barrett 1990; Beer 1990; Behrend 1995);
- die Umbewertung und Erweiterung des Konzepts von einem »guten Leben« aus der Sicht der Geschlechtergerechtigkeit (Nussbaum 1999);
- die Begründung für die gesellschaftliche Anerkennung von Fürsorge- und Betreuungsleistungen als einer der Ausgangspunkte zur Berücksichtigung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens (Gilligan 1984; Fraser 2001);
- die Teilnahme an der Erwerbsarbeit als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die soziale Gleichstellung der Geschlechter (vgl. Haug 1990; Helwig, Nickel 1993).

Feministische Untersuchungen deckten eine Reihe »blinder Flecken« in herkömmlichen ökonomischen Vorstellungen – auch im klassischen Marxismus – auf (vgl. Beer 1990; Haug 1990; Barrett/Phillips 1992). So die Unterbewertung von Haus- und Familienarbeit, die weitgehende Ausblendung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens, patriarchale und hierarchische Sicht- und Handlungsweisen. Diese erweisen sich heute als um so hinderlicher, weil ein Paradigmenwechsel auch in der Ökonomie herangereift ist.

Anliegen ist es deshalb, ausgewählte feministische Vorstellungen daraufhin zu befragen, welche Beiträge sie zu einer Feminisierung der Ökonomie im o. g. Sinne leisten, ihre Folgerungen deutlich zu machen sowie ihre Herausforderungen an weitergehende emanzipatorische Ansätze. Im Vordergrund stehen dabei jene Vorstellungen, die zu einer ganzheitlichen Sicht auf die Reproduktion des Lebens beitragen.

Sollen klassische marxistische und feministische Vorstellungen zusammen- und weitergedacht werden, dann ergibt sich die Frage nach einer gemeinsamen Schnittstelle. Als eine solche gelten in diesem Beitrag die Reproduktionserfordernisse »fiktiver Waren«. Das Konzept der »fiktiven Waren« (vgl. Braun 1998b; Polanyi 1990; Beer 1990) versucht, Waren- und patriarchale Verhältnisse aus der Sicht ihrer Beiträge zur unmittelbaren Reproduktion des Lebens zu analysieren. Es stellt deshalb einen Versuch zur Umorientierung der Wirtschaft im Sinne ihrer Feminisierung dar. Nach einer kurzen Vorstellung des Konzepts wird dieses auf die »Hausarbeitsdebatte« – eine »vergessene Traditionslinie« (Veil in Stolz-Willig/Veil 1999: 199) –, auf Vorstellungen zur »Zukunft der Arbeit« sowie auf feministische Alternativvorstellungen angewendet.

»Fiktive Waren« als Vermittlung  
zwischen Arbeitsmarkt und »Hausfrauisierung«

Die »fiktive Ware« Arbeitskraft wird hier als ein Beitrag zur Diskussion eingeführt, weil das Konzept als Verbindungsglied zwischen »Hausfrauisierung« und Arbeitsmarkt und damit zwischen Patriarchat und kapitalistischen Produktionsverhältnissen fungieren kann. Die »fiktive Ware« Arbeitskraft verkörpert gesellschaftliche Beziehungen, die in patriarchalen Klassengesellschaften zwischen den beiden großen Bereichen der Reproduktion des Lebens vermitteln. Der Begriff »fiktive Ware« lehnt sich an Polanyi (1990: 223) an. Im Unterschied zu ihm wird er hier jedoch auf die Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit bezogen und besonders auf die Differenzen in den jeweiligen Reproduktionserfordernissen.

»Fiktive Waren« traten historisch zunächst mit dem Kauf und Verkauf von Arbeitskraft, Boden und Bergbaurechten auf. Obwohl Marx diese unterschiedslos als Waren behandelte, trug er de facto doch ihrem fiktiven Warencharakter Rechnung, indem er das historische und moralische Element des Wertes der Ware Arbeitskraft sowie die Boden- und Bergwerksrente einführte. Marx reagierte damit auf den besonderen Umstand, daß der durch die gesellschaftlich notwendige Arbeit bestimmte Wert der Ware in diesen Fällen ihre Reproduktion *nicht* sichern kann. Allerdings geriet die Reproduktion »fiktiver Waren« damals im großen und ganzen noch kaum in Konflikt zu ihrem Warencharakter, weil sie weitgehend auf Quellen beruhte, die zunächst wenigstens direkt der kapitalistischen Produktion entzogen blieben: die Gratisdienste des Kapitals, besonders die unbezahlte Hausarbeit. Zudem wurde in Klassenkämpfen erreicht, daß ein Minimum von geistig-kulturellen sowie sozialen Reproduktionsbedürfnissen der Arbeiterklasse von staatlichen und gemeinnützigen Institutionen befriedigt werden, die zusammen mit patriarchal organisierter *familialer* Reproduktionsarbeit irreversibel zerstörerische Einflüsse der Warenbeziehungen in einem gewissen Grade mildern.

In der »fiktiven Ware« Arbeitskraft spielt sich daher ein beständiger Kampf zwischen ganzheitlichen Reproduktionserfordernissen der Gattung und vermarkteten Ausbeutungsfaktoren ab, der zwecks Erhaltung der Lebensgrundlagen schließlich zur Aufhebung »fiktiver Waren« (und damit sowohl des Patriarchats als auch des Kapitals) führen müßte.

Mit der postindustriellen tendenziell totalen Vermarktung der Lebenstätigkeiten wächst das Gewicht »fiktiver Waren«. Damit spitzen sich die Widersprüche zwischen zunehmender Vermarktung und abnehmender Befriedigung von Reproduktionserfordernissen in ihrer Ganzheit zu. Diese Widersprüche können zum Widerstand gegen die Vermarktung unmittelbaren Lebens und zu emanzipatorischen Alternativen motivieren, aber genauso zum Abfinden mit quasi-persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen führen. Auf jeden Fall bilden die bei einer Totalisierung der Vermarktung tendenziell zunehmenden Reproduktionsdefizite »fiktiver Waren« einen potentiellen Ausgangspunkt für Konfliktentfaltung.

Konflikte in den »fiktiven« Warenverhältnissen bewegen sich dabei entlang der Schere, die sich bei den Reproduktionsarbeiten zwischen den Gratisdiensten für das Kapital und den Diensten für

Die Reproduktion der »fiktiven Ware« Arbeitskraft wird doppelt bestimmt: Zum einen durch das Arbeitseinkommen, mit dem die Waren gekauft werden, die zum anderen in privaten Haushalten von der Reproduktionsarbeit angewendet werden, um das unmittelbare Leben in seinen unterschiedlichen Seiten zu reproduzieren.

Marx hat in die Reproduktionskosten der Arbeitskraft zwar die dafür notwendigen Waren, aber nicht die ebenfalls erforderliche Reproduktionsarbeit einbezogen, obwohl er dafür plädiert, auch private Haushalte in die Analyse einzubeziehen, das heißt, die Lage des Arbeiters »außerhalb der Werkstatt ins Auge zu fassen«. »Der Wert der Arbeitskraft löst sich auf in den Wert einer bestimmten Summe von Lebensmitteln« (MEW, Bd. 23: 683 f.).



die unmittelbare Reproduktion des Lebens selbst aufzut. Diese Schere klappt relativ weniger auseinander, wenn die Reproduktion der Gattung noch überwiegend von der Dynamik klassischer Waren abhängt (wie vom Wachstum an Konsumgütern) und die industrielle Reservearmee »fließend« ist. Jedoch beginnt sie sich zu öffnen – was nichts anderes bedeutet, als daß die Gratisdienste der unbezahlten Reproduktionsarbeit für das Kapital anfangen, sich in Substanzverluste an Lebensgrundlagen zu verwandeln –, wenn die industrielle Reservearmee überwiegend in fester Ausgrenzung erstarrt, wenn die Kapitalverwertung in ihrer Dynamik relativ weniger von klassischen Waren und relativ mehr von »fiktiven Waren« (vor allem von »allgemeiner Arbeit« – vgl. MEW, Bd. 25: 113 f.) abhängig wird. Das gilt zunehmend für bezahlte persönliche Dienstleistungen (vgl. Rifkin 2000: 112 ff.), die hierbei gewissermaßen als »Konkurrenz« für unbezahlte Reproduktionsarbeit auftreten, mit deren Vermarktung aber auch ihre Gratisdienste abgelöst würden.

Aus der Sicht dieser Verschränkungen lassen sich in verschiedenen Perioden spezifische Entwicklungsprobleme der »fiktiven Ware« Arbeitskraft erkennen, welche sich in spezifischen Konfliktlinien äußern und damit die aktuellen Herausforderungen an eine Feminisierung der Ökonomie mit beeinflussen.

#### *Die Verschränkung von Arbeitsmarkt und »Hausfrauisierung«*

Mit der Ablösung feudaler persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse durch sachliche, das heißt durch das Aufkommen des doppelt freien Lohnarbeiters männlichen Geschlechts, mußten sich die Familienverhältnisse ändern (vgl. Beer 1990: 192 ff.). Der Übergang zu patriarchalen kapitalistischen Formen der Reproduktion vollzog sich über mehrere Jahrhunderte (vom 14. bis zum 19. Jahrhundert). Die »Hausfrauisierung« (Bennholdt-Thomsen, Mies 1997: 16) bildete sich dabei im Kampf zwischen der Vernutzung patriarchal abhängiger Frauen (und Kinder) als billigste Konkurrenten der männlichen Lohnarbeiter und den Erfordernissen der Reproduktion der Gattung heraus. In einer ersten Phase wurden patriarchale Abhängigkeiten mehr oder weniger formal mit kapitalistischen kombiniert, das heißt, die Anwendung von unfreier Lohnarbeit von Frauen und Kindern bot kapitalistischen Unternehmen zusätzliche Quellen von Profit. Im Industriekapitalismus kombinieren sich in der Reproduktion der »fiktiven Ware« Arbeitskraft schließlich in klassischer Weise die Freisetzung der (männlichen) Lohnarbeiter für die Fabrikarbeit und die Bindung der Frauen an den privaten Haushalt einer Kernfamilie.

»Hausfrauisierung« und »reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital« bildeten zusammen genommen eine ganzheitliche Reproduktionsbasis für die »fiktive Ware« Arbeitskraft. Der private Haushalt individualisierte die Reproduktionsarbeiten (von der Groß- zur Kernfamilie) und verallgemeinerte sie zugleich, indem die Männer nun Familienvorstände und die meisten Frauen – wenigstens neben der Erwerbsarbeit – Hausfrauen wurden.

»Hausfrauisierung« wäre aus einer solchen ganzheitlichen Sicht als die Herausbildung von adäquaten patriarchalen Organisationsformen zu fassen, die den Belangen der Bevölkerungsreproduktion

Von Marx (MEW, Bd. 23: 287) stammt der Hinweis, daß es (ebenfalls) Jahrhunderte kostete, bis der »freie Arbeiter« sich freiwillig dazu versteht, das heißt gesellschaftlich gezwungen ist, »seine Arbeitsfähigkeit selbst, seine Erstgeburt für ein Gericht Linsen zu verkaufen«.

Den Begriff »Hausfrauisierung« führte Maria Mies 1982 ein (vgl. Mies, von Werlhof 1983), um die Herausbildung des »kapitalistischen Patriarchats« durch die Entstehung einer sozialen Kategorie von »Hausfrauen« (Mies 1992: 131) zu charakterisieren. »Hausfrauisierung« umschließt nach Mies einen weder zeitlich noch dem Gegenstand nach abgeschlossenen Prozeß. Neben der unbezahlten Hausarbeit in Kernfamilien zählt sie dazu die prekären Ausbeutungsformen in der Lohnarbeit von Frauen und Subsistenzbauern in »Dritt-Welt-Ländern« und die Ausdehnung ungeschützter Lohnarbeitsverhältnisse in Industrieländern. »Hausfrauisiert« werden (nach Mies) des weiteren die profitorientierte Nutzung der Natur sowie nichtkapitalistische Bereiche schlechthin, wofür sie Aussagen von Rosa Luxemburg instrumentalisiert. Die überaus breite und dehnbare Begriff-

unter kapitalistischen Verhältnissen entsprechen. Hier zeigt sich die Dominanz der Produktionsverhältnisse über die unmittelbare Reproduktion des Lebens. Diese der ganzheitlichen Reproduktion des Lebens verpflichtete Auffassung ist jedoch keineswegs unumstritten.

Wird die unbezahlte Reproduktionsarbeit als Beitrag zur Schaffung der »fiktiven Ware« Arbeitskraft gesehen, so kann sie auf der einen Seite wie ein Gratisdienst des Kapitals interpretiert werden. Dadurch wird der »Wert der Ware Arbeitskraft« gesenkt und der Anteil des Mehrwerts erhöht. In gleicher Richtung wirkt, daß die weibliche Arbeitskraft von vornherein als »hausfrauisierte«, also patriarchal unfreie, geringer bezahlt wird. Zugleich leisten aber mit der Familienarbeit vorwiegend Frauen einen notwendigen Beitrag für die unmittelbare Reproduktion des Lebens. Auf diese Weise werden sie direkt mit den Ambivalenzen zwischen Anforderungen der Reproduktion des Lebens und des Kapitals konfrontiert. Letztere drücken sich derzeit in zunehmendem Substanzverzehr und damit abnehmenden Gratisdiensten aus, indem unmittelbare Lebenskräfte in der Natur und bei vielen Menschen verloren gehen, weil die Kapitalverhältnisse ihre Reproduktion nur noch reduziert gestatten.

In diesen Ambivalenzen liegen vielfältige Potenzen, Widerstand gegen irreversible Zerstörungen von Lebensgrundlagen zu leisten, der aber keineswegs automatisch eintritt. Reproduktionsarbeit ist nicht per se widerständig und Frauen sind nicht von vornherein emanzipatorisch.

### *Erwerbs- und Reproduktionsarbeit*

Die Dominanz der Erwerbs- über die Reproduktionsarbeit prägte und prägt noch heute weitgehend feministische Vorstellungen über Emanzipation durch Teilnahme an der Erwerbsarbeit (vgl. Engels, Zetkin, Peters, de Beauvoir, Delphy, Haug u.a.). Da Erwerbsarbeit ihren Charakter und ihre Rolle verändert und sich heute Ambivalenzen zwischen Profit- und Lebenserfordernissen deutlicher ausprägen, wird ihre emanzipatorische Wirksamkeit inzwischen von manchen Feministinnen in Frage gestellt (Dallacosta), skeptischer beurteilt oder zumindest einer Modifikation für notwendig erachtet (Mies, von Werlhof, Bennholdt-Thomsen, Mertens, Braun).

Emanzipationspotentiale der Frauen-Erwerbsarbeit beruhen bis zum letzten Drittel des 20. Jahrhunderts neben dem Zugang zur öffentlichen Sphäre vor allem auf ihrem Beitrag zur besseren Verfügbarkeit von notwendigen Mitteln zum Leben. In vielen Proletarierhaushalten waren Frauen zum Zuverdienst gezwungen.

Generelle Voraussetzungen für die Erwerbsarbeit von Frauen entstanden vor allem durch die tendenzielle Reduzierung der Hausarbeiten im Gefolge einer Ausgliederung der Reproduktionsarbeiten in die vermarktete kapitalistische Produktion. Die *unmittelbare* Reproduktion des Lebens blieb aber überwiegend nichtkapitalistisch organisiert, in privaten Haushalten. Im Vergleich mit der *häuslichen* Produktionsarbeit bringt die Erwerbsarbeit eine andere und größere Verfügbarkeit über notwendige Mittel zum Leben hervor. Frauen erhalten dadurch die Möglichkeit, ein eigenes Einkommen zu erlangen und selbst zu entscheiden, wofür es verwendet wird. Sie können im günstigen Fall gegenüber dem Ehemann ökonomisch unabhängig werden. Die

lichkeit »Hausfrauisierung« bildet für Mies, Bennholdt-Thomsen und von Werlhof auch heute noch den Angelpunkt für Alternativen aus der »Subsistenzperspektive« (Mies, Shiva: 1995; Bennholdt-Thomsen, Mies 1997; vgl. Mies in Knapp, Wetterer 2001: 181). »Hausfrauisierung« soll im folgenden als konkrete Form der Reproduktion der Gattung behandelt werden, also ohne ihre Ausweitung auf Natur, »Dritt-Welt-Länder« und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse.

Das Konzept der »Hausfrauisierung« und der daraus folgenden »Subsistenzperspektive« wurden bereits früh kritisiert (vgl. Becker 1988; Beer 1990; Böttger 1987; Molyneux/Steinberg 1997). Wenn Frigga Haug die Existenz einer sozialen Kategorie »Hausfrau« kategorisch in Frage stellt (Stichwort »Hausfrau« für das Historisch-Kritische Wörterbuch, Manuskript vom September 2001), so gilt diese Aussage aus der Sicht einer marxistischen Analyse kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Unter den Bedingungen einer Untersuchung der Reproduktion des Lebens als Ganzheit kann ihrer Auffassung jedoch nicht gefolgt werden, denn mit der Arbeit für die Reproduktion der Gattung handelt es sich hierbei durchaus um eine soziale Kategorie, die praktisch nicht isoliert und rein auftritt und durch die »Hausfrauentätigkeit« wesentlich verkörpert wird.

Die Hausarbeitsdebatte machte die bis dahin als »private Angelegenheit« abgewertete Hausfrauenarbeit öffentlich und suchte nach ihrem Zusammenhang mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Insbesondere unterzog sie verklärende, legitimierende Auffassungen hierarchischer Familienverhältnisse einer vernichtenden Kritik, indem sie die Gattenliebe als dürftiges Feigenblatt für unbezahlte Frauenarbeit entlarvte (Bock/Duden 1976).

Die Eigenschaft von Gratisdiensten für das Kapital teilt die Reproduktionsarbeit mit der kapitalistischen Nutzung von Naturstoffen und -kräften (Gratisnaturproduktivkraft – vgl. MEW, Bd. 23: 407, 538) und der »allgemeinen Arbeit« (besonders von Wissenschaft und gesellschaftlicher Organisation). Alle diese Gratisdienste kommen *indirekt* der Kapitalverwertung zugute.

Nach der Art und Weise, wie Tätigkeiten zur Reproduktion des Lebens beitragen, wäre es sinnvoll, innerhalb der Hausarbeit nach *Reproduktionsarbeiten* zu unterscheiden, welche unter patriarchal kapitalistischen Verhältnissen über die »Hausfrauisierung« zur Reproduktion der Gattung beitragen und patriarchal abhängigen *Produktionsarbeiten*, welche sowohl in privaten Haushalten als auch in kapitalistischen Unternehmen und öffentlichen Institutionen ausgeführt werden. Beide unterliegen unterschiedlichen Entwicklungstendenzen, bergen differenzierte Widerstands- und Emanzipationspotentiale in sich. Die Hausarbeitsdebatte hingegen wurde überwiegend auf

Warenform erwies sich also zunächst als geeignet, die Verfügbarkeit auch der Lohnarbeitenden über Waren (notwendige Mittel zum Leben) zu erhöhen. Die Reproduktion des Lebens wurde auf diese Weise zwar widersprüchlich, aber mehr oder weniger doch positiv befördert.

Mit der Verallgemeinerung der Erwerbsarbeit wurde zunächst in Industrieländern ein Punkt erreicht, bei dem angesichts einer weitgehenden Sättigung mit notwendigen Mitteln zum Leben eine zusätzliche Verfügbarkeit von Waren per Saldo kaum noch eine entsprechende Verbesserung und schließlich sogar eine Verschlechterung der Lebensqualität hervorbrachte (vgl. van Dieren 1995: 22, 100 f., 172 ff.). Kritisch ist die Lage insbesondere, seitdem sich das Kapital auf der Suche nach neuen Expansionsbereichen der Vermarktung der unmittelbaren Reproduktion des Lebens zugewandt hat. An diesem Umschlagspunkt, der gleichermaßen Potentiale für die Emanzipation von patriarchalen und klassenmäßigen Abhängigkeiten eröffnet wie für neue »postmoderne« Quasi-Versklavungsverhältnisse (vgl. Voß 1998; Gorz 2000: 57), ergeben sich je nach Perspektive ganz unterschiedliche Folgerungen.

Aus der Sicht der Gattung wird die Anerkennung der notwendigen Reproduktionserfordernisse in ihrer *Ganzheit* und die Abschaffung des Patriarchats auf die Tagesordnung gesetzt. Wenn potentiell genügend Mittel zum Leben vorhanden sind, dann bestehen Spielräume für allgemein freiheitliche Aktivitäten (vgl. Braun in Meyer-Siebert et al. 2002: 122). Diese sind aber primär in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens angesiedelt. Deshalb müßte auch das »Reich der Notwendigkeit« als Ganzheit gesehen werden: als Verfügbarkeit über notwendige Mittel zum Leben plus die (bisher überwiegend unbezahlte Frauen-)Arbeit zur Reproduktion der Gattung. Alle Arbeit wäre also umzuorientieren auf die Erhaltung von Lebensgrundlagen, auf die Reproduktion des Lebens. Dabei wäre Ganzheitlichkeit keineswegs ohne gleichheitliche Beiträge aller erreichbar.

Mit jenem Umschlagspunkt werden seit den siebziger Jahren auch die Grenzen emanzipatorischer Ansprüche an die Erwerbsarbeit deutlicher, obwohl damit zunächst zusätzliche Möglichkeiten für eine Teilnahme von Frauen an der Erwerbsarbeit eröffnet wurden (vgl. Klammer/Plonz 1999: 193). Wichtig ist jetzt nicht mehr die Teilnahme allein, sondern die Erwerbsarbeit zugunsten von lebensfördernden – und nicht mehr zerstörenden – Wirkungen zu verändern und sie schließlich aufzuheben. Die aktuelle Analyse belegt allerdings eindeutig, daß »Feminisierung der Arbeit« eine »Prekärisierung und Informalisierung von Arbeitsverhältnissen« bedeutet (Sauer in Stolz-Willig/Veil 1999: 230; vgl. Klammer in Andruschow 2001: 241 ff.). Letztendlich hat sich die Hoffnung vieler Frauenpolitikerinnen, durch eine größere Chancengleichheit in der Allgemeinbildung geschlechtsspezifische Diskriminierungen auf den Arbeitsmärkten überwinden zu können, nicht erfüllt. Neue Fragen werden insbesondere eingebettet in Überlegungen zur »Zukunft der Arbeit«, in die Auseinandersetzung mit den Auswirkungen von Globalisierungsprozessen (Lenz, Danecker, Pfau-Effinger in Lenz/Nickel/Riegraf 2000), in Debatten zur (Un)Gleichstellung von Frauen in der EU (Schunter-Kleemann), zur »Geschlechterkultur« und Frauenförderung im Wandel der Arbeitsorganisation (Hornung, Müller, Rie-

graf in Lenz/Nickel/Riegraf 2000), zur »Geschlechtergerechtigkeit« (Nagl/Docekal/Pauer-Studer 1996), zum (»geschlechtsblindem«) Diskurs um Erwerbsarbeit in ostdeutschen und osteuropäischen Transformationsprozessen (Schenk, Dölling, Nickel). Die Diskussion zum »Dritten Sektor« (Rifkin 2000, Anheier et al. 1997, Giarini/Liedtke 1998) stellt den derzeit dominierenden Diskurs zur Zukunft der Arbeit aus feministischer Sicht dar, um insbesondere unbezahlte Frauenarbeit in bezahlte Arbeitsplätze zu verwandeln. Klammer/Klenner verfolgen das Ziel, Defizite des »männlich geprägten Diskurses« auszugleichen und plädieren für eine »existenzsichernde Umverteilung von Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten« (Klammer/Plonz 1999: 92). Eine Entwicklung hin zu einer »Tätigkeitsgesellschaft« soll über eine »Humanisierung der Arbeitsbeziehungen« in Gang kommen, ein »Aufeinanderzubewegen der Sphären von Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit«, die Verzahnungen von Freistellungsregelungen und ähnlichem mit Erwerbsarbeit wird gefordert (vgl. Klammer/Plonz 1999: 103, 164).

Feministische Vorstellungen von einem »Dritten Sektor« heben sich von neoliberalen Wegen insofern ab, als sie ein – wenn auch minimales – soziales Netz erhalten wollen. Wenn sie aber bei einer bloßen Umverteilungskonzeption stehen bleiben, ist selbst ein minimales soziales Netz für alle schließlich nicht mehr realisierbar. Zudem zeigt sich die brisante Ambivalenz dieser Vorstellungen, indem mit der Bezahlung der bisher unbezahlten Arbeiten unmittelbare Lebensaktivitäten faktisch in den Sog der profitorientierten Vermarktung geraten. Katrin Andruschow fordert, daß ein »Dritter Sektor« »Momente der Zukunftsarbeit« schaffen müsse, die patriarchatskritisch und gesellschaftsverändernd bezahlte und unbezahlte Arbeit miteinander verbinden (Andruschow 2001: 118). Analytisch belegt sie, daß berufliche bezahlte Arbeit in Frauenprojekten bereits Ansätze für eine »zukunftsweisende Sinnggebung und Gestaltung von Arbeit« enthält, was sich praktisch als Balanceakt darstelle (Ebd.: 123).

Daraus ergeben sich auch Konsequenzen für Projekte einer Selbstversorgungswirtschaft. Selbst in Industrieländern wird Subsistenzzeit als Alternative gegenüber der Erwerbsarbeit wiederentdeckt. Sie ist zum Beispiel für einige Autoren der Kern einer ökofeministischen Perspektive (vgl. Mies/Shiva 1995; Bennholdt-Thomsen/ Mies 1997), für andere die Grundlage einer humanistischen Entwicklungslandschaft (vgl. Carmen 1996; Max-Neef 1982; Braun 1998 a). Subsistenzarbeit könnte dann *Alternative zur Erwerbsarbeit* sein, wenn sie davon abgeht, Freiheit faktisch *in der Notwendigkeit* zu suchen, und wenn sie das »Reich der Notwendigkeit« ganzheitlich organisiert. Hierbei würde sich auch der *Selbstversorgungsaspekt anders gestalten*. Selbstgenügsamkeit oder »Verzicht« trifft dabei nicht den Kern, sondern es geht um ein *anderes Tätigwerden* und eine *andere Struktur der Konsumtion* sowie *andere Bedürfnisse* während der arbeitsfreien Zeit, die zusammen genommen die Lebensgrundlagen erhalten. Subsistenzwirtschaft kann kurz- und mittelfristig auch in industrialisierten Ländern bzw. Regionen relevanter sein als bisher, weil sie Selbsthilfe und Notlösungen ermöglicht. Dabei stehen zu bleiben, würde jedoch bestenfalls Überlebensinseln schaffen, die auf Emanzipation verzichten und kaum zur sozialen und ökologischen Umsteuerung beitragen.

*Produktionseffekte der Hausarbeit* bezogen. Mies zum Beispiel verwechselt »Produktion des Lebens«, die Tätigkeiten in beiden großen Bereichen der Reproduktion umfaßt und »Subsistenzproduktion«, die Produktion für den eigenen Bedarf bedeutet (vgl. Mies in Knapp/Wetterer 2001: 159).

Die Auffassung von der Frauen-Erwerbsarbeit als Voraussetzung für Emanzipation wurde schon in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts von Dallacostas (1973) in Frage gestellt. Sie sah Reproduktionsarbeit als produktiv im kapitalistischen Sinne an und setzte diese mit der Lohnarbeit gleich. Die Hausarbeit wurde auf diese Weise zwar sichtbar gemacht, aber ihre Spezifik verschüttet, mit Konsequenzen, die ungewollt auf die Totalisierung der Vermarktung hinauslaufen.

Die Visionen von Engels (vgl. MEW, Bd. 21: 76, 158) und Bebel (Bebel 1954: 298, 305, 562f.) zur Frauenemanzipation – die in der DDR eine wichtige Orientierungsgrundlage bildeten – blieben auch deshalb unerfüllt, weil sie nicht berücksichtigten, daß Reproduktionsarbeit ebenfalls notwendige Arbeit darstellt und als solche nicht aufgehoben, sondern neu bewertet und arbeitsteilig anders organisiert werden muß. Auch die – interne oder öffentlich-paternalistische – Umverteilung der Familienarbeit, falls sie nicht bereits an den Zwängen der Erwerbsarbeit scheitert, reicht deshalb allein für eine Gleichstellung nicht aus.



*Konzepte einer sozialen Grundsicherung* sind hinsichtlich ihrer Beiträge zur Gleichstellung nach wie vor umstritten. Gorz (2000), Gubitzer, Heintel (1998), ENOW (1994) und andere fordern, anstelle einer »Grundsicherung« ein bedingungslos garantiertes und existenzsicherndes »Grundeinkommen« ein, »das vom Zwang, einer Lohnarbeit nachgehen zu müssen, entkoppelt« (Gubitzer, Heintel 1998: 39). Jedoch würden die Betroffenen in der notwendigen Reproduktion des Lebens Ungleiche bleiben. Eine Analyse verschiedener Modelle einer sozialen Grundsicherung (vgl. Braun in Bleibaum et al. 2000: 77-107) weist darauf hin, daß emanzipatorische Forderungen bedingen, daß sich bisherige Vorstellungen von Grundsicherung verändern. So wäre der Anspruch auf eine Grundsicherung von allen (arbeitsfähigen) Menschen selbst zu erarbeiten.

Gisela Notz orientiert auf die »Gestaltung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeiten und auf die Nützlichkeit der Produkte und Dienstleistungen« (Klammer, Plonz 1999: 75). Obwohl sie eine Neubewertung der Arbeit fordert sowie ein Nachdenken über »Alternativen zur Vollbeschäftigung«, erscheint ihre Utopie eher als Wunsch, der im Rahmen des Bestehenden kaum realisierbar ist. Durch die Verbindung von bezahlter und unbezahlter Arbeit sollen Alternativen gegenüber der »kalkulierten Zerstörung« lokaler Beziehungen entstehen, wie sie besonders in altindustriellen Gebieten der USA und Englands bereits grassiert und auch in Deutschland, be-

Mit ihren Vorstellungen eines »gemeinwesenorientierten Wirtschaftens« reagiert Carola Möller auf Defizite von etablierten und auch von »linken« Theorien, die patriarchale Strukturen nicht in Frage stellen, Wirtschaften von der »Produktion« statt von der »Reproduktion« aus denken und ausschließlich auf eine »Systemreparatur« orientieren. Nichtpatriarchale und nichtmarktwirtschaftliche Alternativen verortet sie demgegenüber in einer »gemeinschaftlich selbstbestimmten Eigenarbeit« (Möller et al. 1997: 28). Damit unterscheidet sich ihr Ansatz von Selbstverwaltungs- und dualistischen Entwürfen und entwickelt Konzepte, wie die »Eigenarbeit« und feministische Ansätze von der »Human Economy« (Pietila) weiter.

#### *Von der Dominanz zur Totalität von Kapitalverhältnissen*

Sofern keine Alternativen zum Tragen kommen, würde die tendenziell totale Vermarktung der Lebenstätigkeiten die bisherige *Dominanz* der Kapitalverhältnisse durch ihre faktische *Totalität* ablösen. In dieser bisher letzten Phase der kapitalistischen Vermarktung – und der damit verbundenen »Anpassung« des Patriarchats – kommt die historische Tendenz patriarchaler Klassengesellschaften zum Ausdruck, die Reproduktion des Lebens auf die Produktion von Mitteln und Pseudomitteln zum Leben zu reduzieren. Indem im wachsenden Maße nicht mehr noch vorwiegend mit klassischen Waren gehandelt wird, sondern mit der Einsparung von Zeit, das heißt mit der für den Kunden geschaffenen »freien Zeit« (Rifkin 2000: 114 passim), drohen die unmittelbaren Lebenskräfte vollständig zu »fiktiven Waren« zu werden. Damit wird die »freie Zeit« (die aus emanzipatorischer Sicht freiheitliche Betätigungen erlauben sollte – MEW, Bd. 42: 601) in das Prokrustesbett der Notwendigkeit gezwängt. Persönliche Dienstleistungen werden faktisch nach den Kriterien des Warenwerts bewertet, obwohl ihre Reproduktionserfordernisse dem entgegenstehen. Diese Ambivalenz bewirkt sowohl irreversible Zerstörungen von Lebensgrundlagen als auch eine Vernachlässigung bestimmter Bereiche der materiellen Produktion selbst. Dennoch wächst die ökonomische Macht multinationaler Konzerne gerade durch Verflechtungen von Produktion und Dienstleistungen sowie durch Monopolisierungstendenzen in Dienstleistungsbereichen, die zunehmend auf künstlerische, wissenschaftliche, politische Aktivitäten, ja auf die Entstehung des menschlichen Lebens und auf die äußere Natur selbst Machtansprüche erheben. In diesen Totalisierungstendenzen entfaltet sich der Widerspruch zwischen der bereits möglichen Verfügbarkeit aller über freiheitliche Kapazitäten und der Verwandlung dieser Potentiale in das »Reich der Notwendigkeit«, das heißt in Kapitalakkumulation und damit auch in Erwerbsarbeit.

Je mehr die Potenzen zunehmen, die allen freiheitliche Bewegungsspielräume erlauben könnten, desto drückender werden die ökonomischen »Sachzwänge« und die Beschränkungen staatsbürgerlicher Freiheiten. Dieser Teufelskreis kann durchbrochen werden, wenn den sich aufstauenden Reproduktionserfordernissen »fiktiver Waren« Rechnung getragen wird. Das wiederum schließt ein, die Freiheitsspielräume, die heute noch an die Notwendigkeit (der Kapitalverwertung) gebunden sind, zu erschließen. Dies ist eine Voraussetzung, um Handlungsspielräume für die Lösung aktueller Kri-



sen und Konflikte zu schaffen. Das bedeutet, daß ihrem Inhalt nach freiheitliche Tätigkeiten schließlich nicht mehr als Erwerbsarbeit organisiert werden und die Frage nach der Existenzsicherung im Sinne der o. g. gleichen Beiträge aller zur notwendigen ganzheitlichen Reproduktion des Lebens gelöst wird. Das ist als *konkrete Utopie* natürlich nur eine von vielen Anregungen zum Handeln.

Daß zwecks Erhaltung von Lebensgrundlagen unmittelbare Lebens-tätigkeiten der Vermarktung entzogen werden müssen, ist bereits gefestigte Einsicht von gar nicht so wenigen Kritikern des Neoliberalismus (vgl. Bové, Dufour, Mertens u.a.). Bei der Suche nach Auswegen wird diese Einsicht noch kaum umgesetzt. Hierbei dominieren reformerische Ansätze im Rahmen der bestehenden Verhältnisse («Dritter Weg»). Um emanzipatorische Alternativen zu entwickeln, wäre es daher erforderlich, feministische, marxistische, umweltbe-zogene, diskurstheoretische und sozialpolitische Konzepte einem breiten öffentlichen Meinungsstreit zu unterwerfen und auf dieser Grundlage Ansatzpunkte für Pluralität zu schaffen. Nicht wenige feministische Vorstellungen gehen davon aus, daß mit Hilfe konkreter Utopien im Blochschen Sinne die Probleme neu und anders gesehen und auf diese Weise emanzipatorische Handlungsspielräume erschlossen werden können (vgl. Möller 1996; Notz 2000). Vor allem feministische Vorstellungen über eine »andere Gleichheit« setzen an realen Problemstellungen an, die von Krisen und Auflösungsprozessen klassischer staatsbürgerlicher Gleichheiten und Freiheiten hervorgebracht werden. Die Suche nach anderen Gleichheiten resultiert aus der Erkenntnis, daß jene Ansätze, die sich aus der »Hausfrauisierung« und den säkularen Tendenzen der Frauenerwerbsarbeit ableiten ließen, zwar notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingungen für die soziale Gleichstellung der Geschlechter schaffen können.

Die Suche nach einer »anderen Gleichheit« stößt jedoch relativ schnell an ihre Grenzen, wenn sie entlang des »Dritten Weges« (vgl. Giddens 2001) allein im Rahmen des bestehenden Systems verharrt. So gipfeln zum Beispiel Nancy Frasers Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit in einem neuen, postindustriellen Wohlfahrtsstaat, der aber faktisch Gerechtigkeit auf den gegenwärtigen Status von amerikanischen Mittelklassefrauen bezieht, deren gegenwärtige Lebensmuster zum Standard und zur Norm macht (vgl. Fraser 2001: 101). Fraser entwickelt damit faktisch ein weiteres Modell einer Anerkennung lebensnotwendiger Gesamtarbeit, das allerdings – wie schon die Vorstellungen von Ulrich Beck (1997) und Giarini/Liedtke (1998) – im Kern die derzeitige Ungleichverteilung von Rechten und Pflichten etwas frisiert, aber an eine grundsätzliche Neuverteilung der Gesamtarbeit nicht herangeht, weil die Notwendigkeit einer Umbewertung negiert wird.

Aus feministischer Sicht liegen bereits Umbewertungsvorstellungen vor, unter anderem von Carol Gilligan zur »Fürsorgeethik« (Gilligan 1984), die inzwischen kritisch weiterentwickelt wurden. Ihr Anliegen, gerade durch die Berücksichtigung der (sozialen) Geschlechterdifferenzen universalistische Gleichheitsansprüche auch für Frauen durchzusetzen, findet sich auch in »postmodernen« Auffassungen (wie bei Butler). Diese dekonstruieren politische Auffassungen von Gleichheit in der »Differenz«. Die Dekonstruktion des

sonders im Osten droht. Mit Gegenentwürfen, ihren Voraussetzungen, Ambivalenzen und politischen Forderungen beschäftigten sich Heide Mertens, Carola Möller, Ulla Peters und Irina Vellay (in Mertens 2001: 181 ff.).

Fraser lehnt das Modell der »allgemeinen Erwerbstätigkeit« als Weg zur Geschlechtergerechtigkeit ebenso ab wie das Modell einer Gleichstellung der Betreuungsarbeit. Gleichheit solle durch das Modell der »universellen Betreuungsarbeit« (Fraser 2001: 98 ff.) geschaffen werden. Als Prototyp dafür sieht sie die »gängige Praxis« in den USA, wo Betreuungsarbeit grundsätzlich im Haushalt verbleibe, aber Frauen Erwerbs- und Betreuungsarbeit kombinieren durch Wechsel von jeweils ganztägiger voller Erwerbs- und voller Betreuungsarbeit oder bei einer Kombination mit Teilzeitarbeit. Ziel sei, daß Frauen durch die Betreuungsarbeit keine Einkommensverluste mehr erleiden. Das hängt bei Fraser mit ihrem theoretischem Ansatz zusammen. Sie plädiert für eine gleichzeitige Politik von »Umverteilung« und »Anerkennung«. Es gehe um eine kritische Theorie der (kulturellen) Anerkennung, deren Grundlage eine Politik der Differenz ist und jene Versionen von Politik einbezieht, die sich mit einer Sozialpolitik der Gleichheit vereinbaren lassen (vgl. Fraser 2001: 24). Jedoch bestehe ein nicht auflösbares Dilemma zwischen Umverteilung und Anerkennung, da beide in entgegengesetzter Richtung wirkten. Quelle dieses Dilemmas sei der »zweiwertige Charakter von gender«, sowohl eine

»politisch-ökonomische« als auch eine »kulturell-evaluative« Seite zu beinhalten (vgl. Fraser 2001: 42). Fraser stellt beide Bereiche mechanistisch nebeneinander ohne Berücksichtigung der differenzierten Weise ihres jeweiligen Zusammenwirkens in den beiden großen Reproduktionsbereichen.

Feministinnen, die »postmoderne« Theorien aufgreifen, dekonstruieren schließlich feministische Positionen, indem sie ihren vorgeblichen Gegenstand, »die Frau«, in Frage stellen (vgl. Butler 1993: 31 ff.). Gibson-Graham wiederum proklamieren den Tod der herkömmlichen Klassentheorien und der Dominanz kapitalistischer Warenproduktion, aber die Geburt einer »multiplen Ökonomie« (Gibson-Graham 1996: 58).

»Herrschaft über Freie und Gleichgestellte« (Aristoteles in der *Politeia*) ist ein Widerspruch in sich und behindert auch heute schon Emanzipation. Pluralismus wäre gepaart mit Gleichheit und Freiheit aller – also etwas anderes als der heute meist darunter verstandene parlamentarische Pluralismus –, würde auch verhindern, daß der »individuelle Wunsch« sich als »ein sehr dehnbarer und unzuverlässiger Wegweiser zum menschlich Guten« (Aristoteles) allein durchsetzen kann.

weiblichen Subjekts kann hierbei so interpretiert werden, daß vom feministischen Subjekt zum pluralistischen Zusammenwirken bei der Reproduktion des Lebens in seiner Ganzheit weiterzugehen wäre. Vorausgesetzt wäre hierbei allerdings, nicht wie bisher bei der Dekonstruktion stehenzubleiben (vgl. Nicholson/Seidman 1995). Am Ansatz pluralistischer Beziehungen zwischen Klassen, (sozialen) Geschlechtern und ethnischen Gruppen gilt es deshalb weiterzuarbeiten, auch um die Geschlechtergerechtigkeit und die Wege dorthin zwingender zu begründen.

*Kriterien für nichtpatriarchale und nichtkapitalistische Alternativen*  
Was läßt sich daraus für eine konkrete Utopie der sozialen Gleichstellung ableiten? Als Bezugsbasis dient dafür die Konzeption eines »guten Lebens« (vgl. Nussbaum 1999: 45).

Erstens bestände eine *gute Reproduktion des Lebens* in ihrer *Ganzheit* darin, diese zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort ausreichend und lebensfördernd selbst durch eigene Tätigkeit sichern zu können und das im Einklang mit der äußeren Natur und in Gesellschaft.

Zweitens wäre dafür eine *gute Ausbildung möglichst vieler Fähigkeiten aller* notwendig – eine alte Forderung. Anzuknüpfen wäre an die Forderung nach einem Recht auf Existenzsicherung durch eigene Arbeit und an Vorstellungen zur sozialen Grundsicherung für alle.

Drittens bedeutete ein »*gutes Leben*« die *freiheitlichen Tätigkeiten aller* – wenn alle gleiche Beiträge zur notwendigen Reproduktion des Lebens leisten würden, verfügten alle – auch die vielen Frauen, besonders die Mütter – über »freie Zeit«. Die Entfaltung ihrer Fähigkeiten ließe sie zudem über die Kompetenz verfügen, diese Zeit auch emanzipatorisch für sich und andere nutzen zu können. Unter allgemeinen zivilgesellschaftlichen Freiheiten wird in Anlehnung an Gramsci (1991 ff.) verstanden, daß alle grundsätzlich gleichgestellt an politischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und anderen Angelegenheiten teilnehmen können. Diese freiheitlichen Tätigkeiten knüpfen an Aristoteles an, der darin das Beste eines guten Lebens sah, der aber bekanntlich Frauen, Sklaven, Handwerker und Bauern sowie Fremde davon ausschloß.

Viertens ginge es um ein *gutes Leben in einem pluralistischen solidarischen sozialen Miteinander* – das erreicht wäre, wenn die Reproduktion des Lebens wechselseitig von den Taten und gleichen Beiträgen einer/s jeden abhängig wäre. Schon in einer Gleichstellung realisierten sich pluralistische Positionen, weil sich diese auf unzählige Verschiedenheiten bezieht, die zum gleichen Zweck beitragen.

Merkmale eines »guten Lebens« müßten insofern selbst pluralistisch sein, als sie nicht auf ein bestimmendes oder übergreifendes Merkmal reduzierbar sind, nicht eines durch das andere ersetzt werden kann, ohne daß das »gute Leben« selbst beeinträchtigt würde. »Maß« und »Auswahl« wären hierbei nicht zu treffen nach »richtig« oder »falsch« – wie in den antiken Vorstellungen und in der Aufklärung –, sondern wären jeweils gewünscht, ein Ergebnis des pluralistischen Abwägens verschiedener Varianten der Reproduktion des Lebens bei gegebenen Begrenzungen an Ressourcen.

**Literatur:**

- Andruschow, Katrin (Hrsg.) (2001): *Ganze Arbeit. Feministische Spurensuche in der Non-Profit-Ökonomie*, Berlin.
- Anheier, Helmut K./Priller, Eckhard/Seibel, Wolfgang/Zimmer, Annette (Hrsg.) (1997): *Der Dritte Sektor in Deutschland. Organisationen zwischen Staat und Markt im gesellschaftlichen Wandel*, Berlin.
- Barrett, Michèle (1990): *Das unterstellte Geschlecht*, Berlin.
- Barrett, Michèle/Phillips, Anne (eds.) (1992): *Destabilizing Theory. Contemporary Feminist Debates*, Stanford.
- Beauvoir, Simone de (1990): *Das andere Geschlecht*, Reinbek bei Hamburg.
- Bebel, August (1954): *Die Frau und der Sozialismus*, Berlin.
- Beck, Ulrich (1997): Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen, in: *Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen – Teil III*, S. 146-168.
- Becker, Ruth (1988): Befreiung durch Konsumverzicht – konsequent zu Ende gedacht. Provokantes zu einem ökofeministischen *circulus vitiosus*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, Nr. 21/22.
- Beer, Ursula (1990): *Geschlecht, Struktur, Geschichte*, Frankfurt a. M./New York.
- Behrend, Hanna/Braun, Anneliese/Wagner, Hans (1995): *Emanzipation = menschliche Selbstveränderung?* Berlin.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria (1997): *Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive*, München.
- Bleibaum, Brigitte/Braun, Anneliese/Drauschke, Petra/Notz, Gisela/Richter, Michaela/Steitz, Lilo/Vileisis, Dangar (2000): *Die Arbeit als Menschenrecht im 21. Jahrhundert. Beiträge zur Debatte über einen alternativen Arbeitsbegriff*, Berlin.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara (1976): *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*, in: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen Juli 1976*, Berlin, S. 118-199.
- Böttger, Barbara (1987): *Macht und Liebe, Gleichberechtigung und Subsistenz – kein Ort. Nirgends. Auf der Suche nach einem feministischen Politikverständnis*, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, Nr. 19.
- Bové, José/Dufour, François (2001): *Die Welt ist keine Ware. Bauern gegen Agromultis*, Zürich.
- Braun, Anneliese (1999): *Feministische Ökonomie – ein Weg zu anderen Ufern?* in: Fröse, M. W./Böttger, B./Volpp-Teuscher, I. (Hrsg.), *Ökonomie und Arbeit – Frauenansichten. Neue Arbeitsformen und neue Widerstandsformen*, Frankfurt/M., S. 101-116.
- Braun, Anneliese (1998a): *Überlebensstrategien zwischen Barfuss-Ökonomie und Frauenemanzipation*, in: *Das Argument* 226, Heft 4/1998, S. 487-502.
- Braun, Anneliese (1998b): *Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit*, Berlin.
- Buchholz-Will, Wiebke (1996): *Die Feminisierung des Homo Oeconomicus ist dringend erforderlich*, in: *Weiblick »Frauen und Wirtschaft«*, Sonderausgabe Oktober, Berlin.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt/M.
- Carmen, Raff (1996): *Autonomous development. Humanizing the Landscape. An Excursion into Radical Thinking and Practice*, London/New Jersey.
- Dallacosta, Mariarosa (1973): *Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft*, Berlin.
- Degen, Barbara (1999): *Die Kraft, die uns bewegt – Utopien in der Geschichte der westdeutschen Frauenbewegung*, in: Fröse, M. W./Böttger, B./Volpp-Teuscher, I. (Hrsg.), *Ökonomie und Arbeit...*, a. a. O., S. 149-174.
- Delphy, Christine (1977): *The Main Enemy. Women Research an Ressources Center*, London.
- van Dieren, Wouter (1995): *Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht: Vom Bruttosozialprodukt zum Ökosozialprodukt*, Basel/Boston/Berlin.
- Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hrsg.) (1996): *Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität*, Frankfurt/M.
- Engels, Friedrich: *Die Lage der arbeitenden Klasse in England*, in: *MEW*, Band 2.
- Engels, Friedrich: *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats*, in: *MEW*, Band 21.
- ENOW Frankreich (1994): *Europäisches Netzwerk für Frauen: Garantiertes Grundeinkommen: Ja, Aber! Paris*.
- Fraser, Nancy (2001): *Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaats*, Frankfurt/M.
- Giarini, Orio/Liedtke, Patrick M. (1998): *Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome*, Hamburg.
- Gibson-Graham, Julie Katherine (1996): *The end of capitalism (as we know it): a feminist critique of political economy*, Malden, Massachusetts and Oxford.
- Giddens, Anthony (2001): *Die Frage der sozialen Ungleichheit*, Frankfurt/M.
- Gilligan, Carol (1984): *Die andere Stimme. Lebenskonflikte und Moral der Frau*, München/Zürich.
- Gimenez, Martha (2001): *Produktion, Reproduktion und Geschlechterverhältnisse im Kapitalismus*, in: *Das Argument* 243 (6/2001), S. 799 ff.
- Gorz, André (2000): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt/M.
- Gramsci, Antonio (1991 ff.): *Gefängnishefte*, Berlin/Hamburg, Bde. 2, 3, 5, 6, 7.
- Gubitzer, Luise/Heintel, Peter (1998): *Koppeln und Entkoppeln: Grundsicherung versus Grundeinkommen*, in: Kitzmüller, E./Paul-Horn, I. (Hrsg.), *Alternative Ökonomie*, Wien/New York, S. 37-42.
- Haug, Frigga (2001): *Zur Theorie der Geschlechterverhältnisse*, in: *Das Argument* 243, S. 761 ff.
- Haug, Frigga (2000): *Erinnerungsarbeit*, Hamburg.
- Haug, Frigga (1990): *Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf*, in: *Das Argument* 184, S. 879-894.
- Helwig, Gisela/Nickel, Hildegard-Maria (Hrsg.) (1993): *Frauen in Deutschland 1945-1992*, Berlin.

- Klammer, Ute/Plonz, Sabine (Hrsg.) (1999): Menschenrechte auch für Frauen?! Berlin (Beiträge von Hanna Behrend, Ute Klammer, Christina Klenner, Gisela Notz, Sabine Plonz, Gabriela Simon).
- Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hrsg.) (2001): Soziale Verortung der Geschlechter: Gesellschaftstheorie und feministische Kritik, Münster.
- Kuhn, Annette (1999): Eine andere Ökonomie – Unsystematische Gedanken zur Historisierung und zur Politisierung einer Selbstverständlichkeit, in: Fröse, M.W./Böttger, B./Volpp-Teuscher, I. (Hrsg.), *Ökonomie und Arbeit*, a.a.O. S. 89-99.
- Kulawik, Teresa (1997): Jenseits des – androzentriscen – Wohlfahrtsstaates? Theorien und Entwicklungen im internationalen Vergleich, in: Kreisky, E./Sauer, B. (Hrsg.), *Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation*, Opladen/Wiesbaden, S. 293-310.
- Lenz, Ilse/Nickel, Hildegard-Maria/Riegraf, Birgit (Hrsg.) (2000): *Geschlecht – Arbeit – Zukunft*, Münster (Beiträge von: Ilse Lenz, Petra Danecker, Birgit Pfau-Effinger, Ursula Horning, Susanne Schunter-Kleemann, Ursula Müller, Birgit Riegraf, Sabine Schenk, Irene Dölling, Hildegard-Maria Nickel).
- Lerner, Gerda (1991): *Die Entstehung des Patriarchats*, Frankfurt a. M./New York.
- Luxemburg, Rosa (1981): *Gesammelte Werke*, Bd. 5, *Ökonomische Schriften*, Berlin.
- Marx, Karl, Engels, Friedrich: *Die deutsche Ideologie*, in: MEW, Bd. 3.
- Marx, Karl: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, in: MEW, Bd. 42.
- Marx, Karl: *Das Kapital*. Erster Band, in: MEW, Bd. 23.
- Marx, Karl: *Das Kapital*. Dritter Band, in: MEW, Bd. 25.
- Max-Neef, Manfred (1982): *From the Outside Looking*, in: *Experiences in Barefoot Economics*, Uppsala.
- Mertens, Heide (2001): *Das Ganze der Arbeit. Solidarisches Wirtschaften – wider die kalkulierte Zerstörung*. Ein Gespräch zwischen Heide Mertens, Carola Möller, Ulla Peters und Irina Vellay, Neu-Ulm.
- Meyer-Siebert, Jutta/Merkens, Andreas/Nowak, Iris/Diaz, Victor Rego (Hrsg.) (2002): *Die Unruhe des Denkens nutzen. Emanzipatorische Standpunkte im Neoliberalismus*. Festschrift für F. Haug, Hamburg.
- Mies, Maria/Werlhof, Claudia von (1983): *Frauen die letzte Kolonie*, Zürich.
- Mies, Maria (1992): *Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung*, Zürich.
- Mies, Maria/Shiva, Vandana (1995): *Ökofeminismus. Beiträge zur Praxis und Theorie*, Zürich.
- Mies, Maria (2001): *Hausfrauisierung, Globalisierung, Subsistenzperspektive*, in: Knapp, G.-A./Wetterer, A. (Hrsg.), *Soziale Verortung der Geschlechter*, Münster, S. 157-187.
- Möller, Carola (1996): *Feministische Ansätze zu einer alternativen Ökonomie*, in: *Bundesweites Feministisches Bündnis (BFB)*. Rundbrief Nr. 4.
- Möller, Carola/Bleibaum, Brigitte/Peters, Ulla/Steitz, Lilo/Wagnerowa, Alena (1997): *Wirtschaften für das »gemeine Eigene«*. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften, Berlin.
- Molyneux, Maxine/Steinberg, Deborah Lynn (1997): *Ökofeminismus – Kritik an Maria Mies und Vandana Shiva*, in: *Das Argument* 218, S. 43-58.
- Nicholson, Linda/Seidman, Steven (Hrsg.) (1995): *Social Postmodernism. Beyond identity politics*, Cambridge.
- Notz, Gisela (2000): *Auch »erweiterte Arbeitsbegriffe« verlangen eine feministische Kritik*, in: Bleibaum, B. et al., *Die Arbeit als Menschenrecht im 21. Jahrhundert*. Beiträge zur Debatte über einen alternativen Arbeitsbegriff, Berlin, S. 13-23.
- Nussbaum, Martha C. (1999): *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*, Frankfurt/M.
- Otto-Peters, Louise (1997): *Das Recht der Frauen auf Erwerb. Blicke auf das Frauenleben der Gegenwart*. Wiederveröffentlichung der Erstausgabe aus dem Jahre 1866, hrsg. von A. Franke, J. Ludwig und G. Notz unter Mitarbeit von R. Götze, Leipzig.
- Polanyi, Karl (1990): *The Great Transformation*, Frankfurt/M.
- Rifkin, Jeremy (2000): *Access. Das Verschwinden des Eigentums*, Frankfurt/M.
- Salleh, Ariel (1997): *Ecofeminism as Politics. Nature, Marx and the Postmoderne*, London/New York.
- Sen, Amartya (2000): *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München.
- Skoepol, Theda (1992): *Protecting Soldiers and Mothers. The Political Origins of Social Policy in the United States*, Cambridge.
- Stolz-Willig, Brigitte/Veil, Mechthild (Hrsg.) (1999): *Es rettet uns kein höh'eres Wesen... Feministische Perspektiven der Arbeitsgesellschaft*, Hamburg (Beiträge von: Mechthild Veil, Susanne Schunter-Kleemann, Birgit Sauer, Marianne Braig).
- Voß, Günter (1998): *Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft. Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit*, in: *MittAB* 3, S. 473-487.
- Werlhof, Claudia von (1978): *Frauenarbeit, der blinde Fleck in der Kritik der politischen Ökonomie*, in: *beiträge zur feministischen theorie und praxis, Erste Orientierungen*, Nr. 1, München.
- Young, Iris (1981): *Beyond the Unhappy Marriage: A Critique of the dual System Theory*, in: Sargent, L. (ed.), *Women and Revolution: A discussion of the unhappy marriage of Marxism and Feminism: A debate of Class and Patriarchy*, London.
- Zetkin, Clara (1958): *Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands*, Berlin.

## ILSEGRET FINK

## Dorothee Sölle (1929 bis 2003)

Die weltweit bekannte Theologin Dorothee Sölle ist am 27. April 2003 im Alter von 73 Jahren überraschend gestorben. Auf einer Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll hatte sie ein in bewährter Weise herausforderndes Referat gehalten und am Abend eigene Gedichte und Abschnitte aus aktuellen Arbeiten gelesen.

In der Katharinen-Kirche in Hamburg hatten sich am 5. Mai 2003 mehr als tausend Menschen versammelt, um in einem Gottesdienst von der pazifistischen, schwesterlichen Kämpferin Abschied zu nehmen. Seit vier Jahrzehnten hat Dorothee Sölle in Gesprächen, Vorträgen, Interviews und auf Friedensdemonstrationen – oft gemeinsam mit ihrem Mann Fulbert Steffensky – zu kritischem Nachdenken ermutigt und hat Gesagtes, ausführlicher begründet, in unzähligen Aufsätzen und über dreißig Büchern nachlesbar gemacht. Ihre Autobiographie heißt »Gegenwind«, was eine viel zu freundliche Bezeichnung für den oft stürmischen Protest ist, dem sie seit ihrem ersten Buch (1965) »Stellvertretung. Ein Kapitel Theologie nach dem Tode Gottes« ausgesetzt war.

Aber gleichzeitig haben Tausende bei Kirchentagen in nachdenklicher Begeisterung ihren Bibelarbeiten zugehört. Ihre Überlegungen hat sie auch als Gedichte veröffentlicht, und ich frage mich, was der Rezensent im *Tagesspiegel* meinte, wenn er ihr Buch »Stellvertretung« »von stählerner Frische« nennt. Ich finde es eher zärtlich.

Als ihre »älteste Schwierigkeit« nennt Dorothee Sölle ihren Konflikt mit einer »Kultur des Gehorsams.« Sie weiß, daß auch ihre eigene Nationalität in ihr wurzelt. Sie fragt sich allerdings auch, ob der von den christlichen Kirchen gepredigte und gelehrte Gehorsam wirklich Kultur mit hervorgerufen und mit bestimmt hat, oder ob es im Klartext nicht »Barbarei« genannt werden müßte. »Die Geschichte meines Volkes ist gefärbt durch ein zentrales Ereignis in diesem Jahrhundert, das die Sprache, die Ideen, die Vorstellungen verändert hat«. Für Dorothee Sölle sind seitdem Worten und Begriffen ihre Unschuld genommen, zum Beispiel Stern, Brauch und Haare hatten vor 1942 »einen anderen Sinn als nach dem größten Verbrechen und Unglück in der Geschichte meines Volkes« (Das Fenster der Verwundbarkeit, S. 97). Immer wieder befragt sie die christliche Kultur des Gehorsams, ob nicht auch Gehorsam zu den Begriffen gehört, die nicht wieder heil werden können nach dem Holocaust. Sie gibt zu bedenken, ob nicht unter neuen, aktuellen Gehorsamsverhältnissen, die sich als »Sachzwänge« oder nur als »Spielregeln« verschleiern, die strukturellen Elemente autoritärer

Weil Emanzipation Kritik an der Tradition und ihren Hütern bedeutet, fordert sie, daß weder Kirche noch Glaube sich zum Instrument der Gegenaufklärung machen lassen dürfen. Für sie entstammt das politisch aufgeklärte Bewußtsein demselben kritischen, rationalen Geist, dem auch theologische Aufklärung entspringt (politische Theologie, S. 13). Keine theologische Fakultät in Deutschland hatte den Mut, Dorothee Sölle auf einen Lehrstuhl zu berufen.



Religionen immer noch oder erneut wirksam sind. Für Dorothee Sölle ist die zentrale Botschaft nicht Gehorsam, sondern Befreiung, biblische Texte versteht sie nicht als Versuch, die Welt zu interpretieren, sondern auf Weisung des Gottes Abrahams und Sarahs und Jesu', dem Sohn Davids, die Welt durch Gerechtigkeit zu verändern. Sie will begreifbar machen, daß für jüdische und christliche Tradition der Name Gottes ohne praktizierte Befreiung zur Gerechtigkeit irrelevant wird und zur Stabilisierung beliebiger Machtstrukturen mißbraucht werden kann. Verkündigung kann so zur Rechtfertigung der Reichen verkommen.

Dorothee Sölle hat Philosophie und Altphilologie, Theologie und Literaturwissenschaft studiert und hat 1971 mit einer Arbeit zu Theologie und Literatur an der Philosophischen Fakultät der Universität Köln habilitiert. Als Stichwort für einen weiteren entscheidenden Lernprozeß nennt sie Vietnam, den Vernichtungskrieg der USA gegen die Reisbauern eines kleinen Landes. Vietnam bedeutete, jedenfalls für mich, daß Auschwitz nicht mit Auschwitz zu Ende war. (Mutanfälle, Texte zum Umdenken, DTV, 1993)

Das bringt sie in permanent kritische Diskussion mit vielen Freunden zu einer christlichen Option für den Sozialismus. Weil ansonsten Christen mehrheitlich für den Kapitalismus votieren, und ein vages Lebensgefühl, so Dorothee Sölle, sei keine Basis für konkrete Solidarität mit den Ausgebeuteten anderer Kontinente. Jedenfalls geht es auch ihr darum, die unbewußte Verschmelzung von Christentum und bürgerlicher Ideologie als Mythos der Mittelklasse zu entlarven, (Christen für den Sozialismus I. Analysen, Urban-Taschenbücher, S. 8) Die Begegnung mit der Theologie der Befreiung aus Lateinamerika, die Erschütterung über die Ermordung des Priesters Camillo Torres und des Erzbischofs Romero, während er eine Messe in San Salvador zelebrierte, lassen Dorothee Sölle noch deutlicher unterscheiden zwischen den Christen, die die Armut Jesu teilen müssen und jenen Christen, die wie selbstverständlich an Unterdrückung und Apartheid partizipieren und von Ausbeutung profitieren. Für sie wird Theologie immer deutlicher Nachricht, Lehre und Reflektion von Befreiungsereignissen, die in der Tradition von Abraham, Mose und Jesus stehen, wobei sie die engagierten Frauen der Bibel nicht länger ungenannt bleiben läßt. In »Gott im Müll eine andere Entdeckung Lateinamerikas« beschreibt sie die Erfahrungen einer dreimonatigen Lateinamerikareise in Begegnungen, Vorlesungen und Seminaren. Viele Bücher widmet sie ihren Kindern und Enkeln, mit denen sie gemeinsam für übermorgen denkt.

Ihre bitteren Erfahrungen mit der Neuen Rechten nennt sie im trauernden Vergleich »Christofaschismus« (Das Fenster der Verwundbarkeit, S. 158). »Ein Volk ohne Visionen geht zugrunde. Wohl dem, der nach (befreiender) Weisung lebt; Sprüche Salom. 29,18.«

Anhand dieses Verses reflektiert sie nicht nur die deutsche Gegenwart und nationale Identität, sondern gibt zu bedenken, ob sich die Friedensbewegung nicht zugleich als Befreiungsbewegung gegen die neue militärische Sklaverei verstehen müßte. »Wählt das Leben! Dieser Imperativ als Buchtitel bleibt uns tröstlicher Rat und Verpflichtung.

Erst im UNO-Jahr der Frau wird sie an das Union Theological Seminary New York berufen, was ihr auch das andere Amerika in vielen solidarischen Begegnungen und neuen Freundschaften erschließt.

GERHARD GUNDERMANN

## »Verantwortung für das eigene Produkt«. Beitrag zum Kongreß der Unterhaltungskunst, März 1989

*Vor fünf Jahren, in der Nacht vom 20. zum 21. Juni 1998, starb Gerhard Gundermann. »Rockpoet und Baggerfahrer«, »Springsteen des Ostens« lauten die Kürzel, die gebraucht werden, um eine erste Annäherung an sein Leben und künstlerisches Wirken zu ermöglichen. Wer war dieser Mann? 1955 in Weimar geboren, Abitur, Offiziersschüler, wegen »fehlender Verwendungsmöglichkeit« nach dem Grundwehrdienst entlassen, dann IM/Observationsobjekt der Stasi, engagiertes SED-Mitglied/1984 ausgeschlossen, 1990 Kandidat der Vereinigten Linken für die Volkskammer. – Eine politische DDR-Biographie. Ein ostdeutsches Industriearbeiterschicksal: Arbeit im Braunkohlentagebau bei Hoyerswerda – zunächst als Hilfsarbeiter, später als Baggerfahrer, ab Mitte der 90er in einer Rückbau- und Rekultivierungsmaßnahme, dann arbeitslos und in Umschulung zum Tischler. Und immer wieder Texte, Lieder, künstlerische und kulturpolitische Aktivitäten, vom FDJ-Singecub Hoyerswerda und der Brigade Feuerstein über die Zusammenarbeit mit den Wilderern und Silly bis zu Gundermann & Seilschaft und seinen Soloprogrammen.*

*Jede politische Generation hat ihr kulturelles Umfeld und bringt ihre künstlerischen Repräsentanten hervor. Gundermann gehörte zu denen, die Anfang der 70er Jahre mit dem Anspruch starteten, in diesem ihrem Land DDR mitzumischen, etwas Eigenes beizutragen zur Realisierung der Utopie von Gleichheit, Miteinander und Solidarität. Militanz und Aktivitätsanspruch paarten sich, sein Lied träumte von einem »posten bei der fln«, es sprach vom Gerufenwerden: »wo man meine hilfe braucht, muß ich zur Stelle sein«. Kollisionen konnten nicht ausbleiben. Und doch standen den Konflikten mit den Vätern immer auch Gewinne gegenüber – etwas mehr an Rationalität in der harten Arbeit der Kohleförderung, die Kreation neuer künstlerischer Formen und Orte wie der »Power-Fabrik« oder die LP-Produktion »Männer, Frauen und Maschinen«.*

*Zum Bruch mit dem Projekt eines Sozialismus in der DDR kam es bei Gundermann so nicht, mit dem Starrsinn der Alten aber werden ab Mitte der 80er die Texte schärfer, Melodien, Arrangements und Vortragsgestus härter: »es kommt der tag, da sind die kleinen groß und die großen werden tot sein.« Sein 1988 erarbeitetes Programm »Erinnerung an die Zukunft« ist mit Liedern zu Ausreise, Umwelt und Patriarchat ganz auf der Höhe der Zeit, es zielt unmittelbar auf gesellschaftliche Veränderung. Mit Carl Schurz, dem Kämpfer der 48er Revolution und des amerikanischen Bürgerkriegs, weist Gundermann den Unfehlbarkeitsanspruch der Funktionäre zurück,*

Gerhard Gundermann – 1955-1998; Baggerfahrer, Liedermacher, Rockpoet. Der Beitrag wird hier dokumentiert nach: Internes Material der Generaldirektion beim Komitee für Unterhaltungskunst (Hrsg.): Kongreß der Unterhaltungskunst, Berlin, 1. und 2. März 1989, Protokoll 3, Berlin 1989, S. 147-152.

LP/CD:

Gerhard Gundermann: Männer, Frauen und Maschinen, Amiga 1988 (DSB 1993)  
Gundermann & Seilschaft: Einsame Spitze, Buschfunk 1992  
Gundermann & Seilschaft: Der 7te Samurai, Buschfunk 1993  
Gundermann & Seilschaft: Frühstück für immer, Buschfunk 1995  
Gundermann & Seilschaft: Engel über dem Revier, Buschfunk 1997

Gundermann: Krams –  
Das letzte Konzert,  
Buschfunk 1998  
Gundermann: Live-Stücke I,  
Buschfunk 2000

Videos:

Gundermann & Seilschaft:  
Live im Tränenpalast,  
Buschfunk 1998  
Silly + Gundermann &  
Seilschaft unplugged:  
Das legendäre Konzert  
vom 22. 11. 1994,  
Buschfunk 1999  
Gundermann – Ende der  
Eisenzeit. Ein Film von Rich-  
ard Engel,  
Buschfunk 1999  
Gundi Gundermann.  
Ein Film von Richard Engel,  
Buschfunk 2000 (DFF 1983)

Weitere Literatur:

Gerhard Gundermann:  
Rockpoet und Baggerfahrer.  
Gespräche mit Hans-Dieter  
Schütt, Berlin 1999 (Zweite  
erweiterte Auflage)  
Klaus-Peter Schwarz: ... die  
die Welt nicht bessern kö-  
nnen, aber möchten. Gerhard  
Gundermanns International-  
hymnen eines »anderen  
Deutschland«, in: Berliner  
Debatte INITIAL 10 (1999) 2,  
S. 41-50.  
Simone Hain: unsereins.  
gerhard gundermann und  
das wahre leben, in:  
Berliner Debatte INITIAL 11  
(2000) 5/6, S. 174-191.

*fordert Artikulationsräume kritischer Öffentlichkeit und argumen-  
tiert für die Machtteilhabe der Massen. »die waffen sind ausgeteilt.  
gott hat sich abgeseilt. nehmt eure plätze ein.«*

*Für die SED-Bezirksleitung Cottbus eine Unperson, kann er dank  
der offeneren Position des Komitees für Unterhaltungskunst am  
Kongreß am 1. und 2. März 1989 in Berlin teilnehmen. In seinem  
Beitrag bekräftigt er den Anspruch, mitzumachen an der längst  
überfälligen, mit Härte und Offenheit zu führenden großen Aus-  
sprache im kleinen Land DDR. Gundermann wendet sich gegen die  
Umklammerung der Künstler durch Veranstaltungs- und Politbüro-  
kratie, er skizziert Richtungen grundlegender Reformprozesse. In  
der Ökonomie ist der Mechanismus gesellschaftlichen Eigentums  
zum Funktionieren zu bringen, erreichbar nur über den direkten Ein-  
fluß der Produzenten in Planung, Leitung, Verteilung: Wirtschafts-  
steuerung von unten. In der Politik steht die nachholende Aneignung  
der Errungenschaften bürgerlicher Revolutionen an: Demokratie.  
Kurt Hager, der Chefideologe im Politbüro, der Gundermanns  
Aufreten kritikwürdig findet, sucht in einer Kongreßpause immerhin  
das Gespräch mit ihm. Diese außergewöhnliche Begegnung  
zwischen Papst und Ketzer wird im Foto festgehalten, die Veröffent-  
lichung ist dann Anlaß für den Cottbusser Bezirksfürsten, sich bei  
Honecker über Hager wegen dessen Aufwertung des Abtrünnigen zu  
beschweren. Wie als Kommentar dazu hatte Gundermann schon  
einige Jahre vorher geschrieben: »ich seh, ihr dreht euch mit dem  
arsch an die wand und ihr bewegt euch, den eignen schwanz in der  
hand.« Ansonsten ergab sich aus dem Klartext der Künstler kultur-  
und gesellschaftspolitisch – nichts. Die Paralyse der SED-Führung  
war nicht aufhebbar.*

*Die herbeigesehnte und mit herbeigesungene Volksbewegung des  
Herbstes 1989 mündete in Verhältnissen, die er sich nicht zu eigen  
machen wollte und konnte. Gundermann konstatierend: »es ist als  
hätten wir den krieg verlorn, kapituliert und abgeschworn. rings-  
herum qualmen scheiterhaufen, wer nicht verbrannt wird, muß sich  
verkaufen.« Und: »die letzten werden die ersten sein, in den momen-  
ten, wo die blätter sich wenden. aber dann, aber dann werden sie  
wieder die letzten sein.« Die Utopie aber bleibt, und gewinnt mit  
dem Frieden zwischen Mensch, Tier und unbelebter Natur neue,  
zusätzliche Dimensionen. Ihr über Eigenaktivität noch erreichbarer  
Realisierungsraum jedoch begrenzt sich. Publikum, Kollegen in  
Kunst und Arbeit, Freunde und Familie, das Ich. »die zukunft ist  
ne abgeschossne kugel, auf der mein name steht und die mich treffen  
muß. und meine sache ist, wie ich sie fange.« Sozialismus ist für ihn  
nunmehr die Antithese zu Egoismus. Gundermann übt sich in einer  
post-industriellen Lebensführung, die natürliche Ressourcen nicht  
vernutzt, nichts und niemanden ausbeutet. Seine Auftritte werden  
Einladungen zum Gedankenexperiment – »so kann man auch  
leben!« – und Proben alternativer Gemeinschaftlichkeit. Sein letztes  
Konzert gab er eine Woche vor seinem Tod in der Prignitz-Gemeinde  
Krams.*

Ich bin jemand, der eigentlich zwei Berufe hat. In dem einen versuche ich für den Unterhalt der Gesellschaft zu sorgen, mit zu sorgen. In dem anderen für ihre Unterhaltung. In dem ersten Beruf bin ich Bergmann. Ich arbeite seit 15 Jahren auf dem Schaufelradbagger im Tagebau Spreetal. Mein spezielles Problem ist, daß ich einige hundert Meter von diesem Tagebau wohne. Das Haus, in dem ich wohne, wird von der Kohle, die ich fördere, mit Energie und Gas versorgt. Gleichzeitig baggere ich unerbittlich auf dieses Haus zu und bin im Jahr 2003 an meinem eigenen Eingeweckten. Habe also, wenn es nach Plan geht, ab 2003 kein zu Hause mehr. Ich stehe in dem Konflikt, einerseits meine Arbeit gut machen zu wollen, andererseits so langsam wie möglich. Ich habe überlegt, wie ich diesen Konflikt lösen kann. Ich habe überlegt, ob ich mich diesem Prozeß entziehe. Ich habe mich entschlossen dazubleiben und habe darüber nachgedacht, was man machen kann. Ich bin allein zu keinem Ergebnis gekommen. Und dieser Zwang zum gemeinschaftlichen Nachdenken ist ein Grund für meinen zweiten Beruf. Ich mache Lieder und Geschichten und versuche damit über alle Kanäle, die mir möglich sind, an die Leute zwecks gemeinschaftlichen Nachdenkens heranzukommen. Ich bin auf die Straße gegangen, in kleine Klubs, habe in der Zirkusarena gespielt und mich mit Rockern zusammengerauft. Ich habe also ein Bein in der Basis, ein Standbein – und ein Bein im Überbau der Gesellschaft, das Spielbein. Das ermöglicht mir einen ständig wechselnden Blickwinkel, und es hilft mir, weil manche Probleme werden kleiner, wenn man sie von woanders sieht und manche werden größer. Der Versuch, diese Doppelfunktion in der Gesellschaft wahrzunehmen, hat natürlich Probleme, Verständigungsprobleme. Die Leute, die den ganzen Tag von Sozialismus, Arbeitsschutz und Weltniveau reden, denen bin ich meistens zu vulgär. Und die Leute, deren Vokabular sich auf Fußball, Volze und Frühstückseier beschränkt, denen bin ich meistens zu hochgestochen, aber ich denke, daß Verständigung nötig ist, und sie ist auch im Gang.

Die Probleme der Unterhaltungskünstler sind nicht zu trennen von den Problemen des Publikums, für das sie da sind. Wenn wir hier also über Funktionen von Unterhaltungskunst in der Gesellschaft verhandeln, müßten wir uns vielleicht erstmal verständigen, welche Funktion unsere Gesellschaft heute hat. Da habe ich mir rein privat mal ein paar Gedanken gemacht, die ich hier mal ausbreiten möchte.

Seit 1917 bewerben sich im wesentlichen zwei Systeme um die Gestaltung der Zukunft der Menschheit. Dieser Wettbewerb ist weder beendet noch entschieden. Der Sozialismus muß sich erst noch als überzeugende Alternative auf die Herausforderung unserer Zeit erweisen. Der Kapitalismus wartet seit 15 Jahren mit einer ungeheuer gesteigerten Innovationsfähigkeit auf, besonders an der ökonomischen Basis. Während es uns heute schwerfällt, uns von Produkten, Strukturen und Verhaltensweisen zu trennen, die gestern noch Errungenschaften waren und morgen nicht mehr zu gebrauchen sind. Gestern verwiesen wir mit Stolz darauf, daß die Völker des Sozialismus Brot und Frieden haben. Heute wissen wir mehr denn je: es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn der Nachbar kein Brot hat. Denn irgendwann steht der hungernde Nachbar mit der Axt

*Gundermanns Kunst besticht durch die poetische Genauigkeit seiner Texte, die Freude am Liedhaften und seine kraftvoll-sensiblen Interpretationen. In der Konkretheit der Geschichten, Metaphern und Bilder läßt sich das Allgemeine menschlichen Suchens nach individuellem und gesellschaftlichem Glück erahnen, finden die eigenen Erfahrungen von Kraft, Sehnsucht, Enttäuschung, Verzicht, von Hoffnung einen als gültig anerkannten Ausdruck. Die ruhigen Tage, an denen ich eine andere Welt atmen hören kann, sind für mich Tage mit Gundermanns Liedern.*  
Lutz Kirschner

boston 1859  
 am 18. april wurde ein  
 öffentlicher empfang  
 gegeben, senator wilson  
 präsierte, ich sprach:  
 es gibt auf diesem kontinent  
 einen zusammenfluß  
 ungleichartiger elemente,  
 einen kampf widerstreiten-  
 der interessen und  
 bestrebungen.  
 und bei alldem verleiht  
 unser demokratisches  
 System den unwissenden  
 rechte und den unerfah-  
 renen macht. es ist ein alter  
 kniff der vertreter des  
 despotismus zu behaupten  
 die leute, die nicht in der  
 selbstregierung erfahren  
 sind, seinen auch nicht  
 zur selbstregierung fähig,  
 und müßten erst unter der  
 herrschaft einer überlegenen  
 autorität dazu erzogen wer-  
 den.  
 sie sagen, daß es leute gibt,  
 die ihre eigenen interessen  
 nicht verstehen.  
 aber nichts wird einem  
 manne mehr dazu verhelfen,  
 seine interessen zu ver-  
 stehen, als die selbständige  
 verwaltung seiner eigenen  
 geschäfte.  
 sie sagen, daß die men-  
 schen unwissend sind.  
 aber es gibt keinen  
 besseren lehrmeister auf der  
 welt, als die selbständig  
 ausgeführte selbstregierung.  
 sie sagen, daß die men-  
 schen keinen begriff haben  
 von ihren pflichten als  
 bürger. aus keiner anderen  
 quelle können sie eine  
 richtige auffassung ihrer pfli-  
 chen gewinnen, als durch  
 den genuß der rechte, die  
 diesen pflichten entsprin-  
 gen.

Gundermann nach  
 Carl Schurz im Programm  
 »Erinnerung an die Zukunft«  
 1988/89, vgl. Carl Schurz:  
 Unter dem Sternenbanner.  
 Lebenserinnerungen 1852-  
 1869, Berlin 1977, S. 92,  
 96 f.

vor der Tür und will an die Vorräte, und es wäre nicht das erst Mal in der Geschichte, daß der satte Nachbar der erste ist, der in der Pfanne landet.

Das diplomatische Ringen um Völkerfrieden disqualifizieren wir zu einer lächerlichen Farce, wenn wir weiter so unsere Rohstoffe verheizen und verfressen, wie wir es jetzt tun. Damit zwingen wir unsere Enkel, sich morgen gegenseitig die Köpfe um die paar verbliebenen Ressourcen einzuschlagen, einfach um überleben zu können. Viele Jahre waren wir damit beschäftigt, hier Ziegelsteine, Walzbleche, Nägel, Kugellager und Briketts herzustellen. Das ging viele Jahre mit der gleichen Technologie, mit der gleichen Qualifikation, nach dem Prinzip: einer sagt, was gemacht werden muß, und alle packen mit an.

In Großbetrieben wurden die Produktionsmittel und Arbeitskräfte konzentriert. Der Staat vertrat das gesellschaftliche Interesse in Form zentralisierter Planung, Leitung und Verteilung. Heute müssen wir automatische Industriearüstungen, Hochtechnologien, Software produzieren. Die Technologien dazu ändern sich ständig, Arbeitsinhalte werden komplizierter, Planungszeiträume kürzer. Die beteiligten Kollektive werden kleiner. Das ist nicht mehr zu schaffen mit den Leuten, die wir heute als Arbeitskräfte bezeichnen und die die Arbeit mehr oder weniger gut tun, die ihnen aufgetragen wird. Hier müssen morgen bewußte Subjekte agieren, die sich ihre Aufgaben selber suchen, sie lösen, um sich wiederum neuen Aufgaben zu stellen. Die Basis für das Entstehen solcher Subjekte ist, daß der Begriff Volkseigentum endlich von einer moralisch ideologischen Kategorie zu einem funktionierenden Mechanismus gemacht wird, denn Eigentümerbewußtsein entsteht nur aus Eigentümerfunktion, also wenn jedes produzierende Subjekt entsprechenden Einfluß auf Planung, Leitung und Verteilung der Produktion hat. Die Entscheidungsebenen müssen aus den Ministerien heraus, vor Ort verlagert werden. Die Gesellschaft muß von unten her demokratisiert werden, an der ökonomischen Basis. Der Staat könnte Verantwortung verteilen, seinen eigentlichen Aufgaben nachkommen und seinen Apparat reduzieren, wenn er nicht mehr für jede fehlende Schraube verantwortlich ist und nicht mehr für jede nicht produzierte Schallplatte. Die Bürger würden sicher auch aufhören, beim Staatsoberhaupt per Eingabe Abhilfe zu suchen für tropfende Wasserhähne und Wartezeiten in der Wäscherei.

Hier noch ein aktueller Einschub: Es ist hier diskutiert worden über alternative Labels und verschiedene Sachen. Und ich sage, wir sollten vielleicht nicht soviel diskutieren, sondern es einfach mal probieren. Ich halte diesen Vorschlag von den Rockern, ein »Rockhaus« in Berlin aufzumachen, das sie selber finanzieren, für eine Idee. Sie wollen dafür kein Geld haben, also machen wir's doch einfach. Und dann glaube ich, ist ein Rollentausch möglich, weil die Rocker in die Rolle von Veranstaltern kommen und viele Dinge aus einem anderen Blickwinkel sehen. Und wenn ein alternatives Label existiert, dann ist a) Büttner nicht immer der Buhmann für alle, die keine Platte haben. Zweitens würde mancher Kollege, der unbedingt der Meinung ist, die Welt mit einer Platte beglücken zu müssen, und dann bei fünf Labels abgeblitzt ist, vielleicht überlegen, daß er nicht



unbedingt so ein heißer Macher ist, sondern vielleicht mal an seinen Songs arbeiten müßte. Das bisherige gesellschaftliche Zusammenleben bei uns basierte auf der Technologie, daß jeder aufgerufen war, im gesamtgesellschaftlichen Interesse zu handeln, und daß solche Handlungen auch ihm selber nutzen würden. Nun ist es so, daß dieses viele Leute versucht haben und haben sich zunehmend in schwarze Löcher investiert. Es hat sich nicht gelohnt. Zu viele Leute haben mitgeredet, und zu viele Leute haben sich heute zurückgezogen in ihre Gärten und Hobbykeller, weil ihre Initiativen, Fragen und Ideen in ihren Betrieben nicht mehr gefragt waren.

Wir müssen für die Zukunft Technologien finden, wie jede Handlung des einzelnen, die er zu seinem Nutzen unternimmt, in gesellschaftliche Vorwärtsbewegung umgesetzt werden kann. Was sonst das gesellschaftliche Zusammenleben betrifft, noch ein letzter Satz:

Jeden Versuch, eine Entwicklungsstufe zu überspringen, hat die Geschichte sich teuer bezahlen lassen oder mit Rückschlägen geahndet. Heute diskutiert niemand mehr darüber, daß wir, um den Sozialismus aufzubauen, unter unseren Bedingungen die Errungenschaften der bürgerlichen Industrialisierung, der kapitalistischen Industrialisierung nachholen müssen. Vielleicht ist es an der Zeit, daß wir sagen: Um sozialistische Demokratie zu machen, müssen wir vielleicht erst unter unseren Bedingungen die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie nachholen.

Zu einigen Aufgaben der Unterhaltungskunst, die für mich daraus resultieren:

Ich kann also den sozialen Auftrag, Wohlbefinden zu erzeugen, für mich nicht annehmen. Ich glaube, daß unsere Aufgabe vielleicht darin besteht, die Entwicklung unserer Leute von Arbeitskräften zu produzierenden Subjekten zu befördern. Es geht nicht um einfache Reproduktion der tagsüber verschlissenen Arbeitskraft. Es geht um Zuwachs an Fantasie, Weitsicht, Mut, Zärtlichkeit, Aggressivität, Streitlust, Vertrauen, Konfliktfähigkeit, Ausdauer...

Dabei müssen wir auch immer die Grundgedanken unseres Wirkens als Unterhaltungskünstler neu überdenken. Und den, der den Anspruch hat, den Leuten nach ihrem harten Tag ein bißchen Freude zu schenken, den frage ich an dieser Stelle: hat nicht der, der eine technische Neuerung verhindern will, einen ebenso harten Tag, wie der, der sie durchsetzen will? Und wenn es schon um das Austeilen von Streicheleinheiten geht, warum soll der Verhinderer genauso viel abkriegen wie der Erfinder?

Was ist für uns Entspannung? – Die Augen verschließen vor einem ungelösten Problem? Oder sich ihm spielerisch von einer anderen Seite nähern? Unsere Bühnen, Songs und Programme, denke ich, müssen die Spielräume sein, in denen wir unter den Augen des Publikums und nach seinen Vorschlägen Zukunft trainieren. Hier dürfen nicht die Fragen gestellt werden, auf die wir heute noch keine Antwort wissen. Hier müssen sie gestellt werden. Wo sonst?

Die Auseinandersetzung zwischen den Systemen hat sich auf unblutige Gebiete verlagert. Es geht um höhere Produktivität genauso wie um bessere Hits. Auf beiden Seiten hat der Sozialismus Nachfragebedarf. Und der Kampf gegen einen Kulturimperialismus, der heute versucht, die Gefühle von Völkern zu uniformieren, um seine

Traumteufel

... ich hab geträumt  
der winter war gegangen  
und der minister der  
gestern noch gelacht  
hat sich an seinem  
schreibtisch aufgehangen  
weil der wald nicht mehr  
wusste  
wie man blätter macht ...

SOS

... immer noch glaubt  
der mann im ausguck  
einen silberstreif zu sehn  
immer noch findet sich  
keiner der ausspuckt  
und keiner darf  
beim kompass stehn ...  
immer noch brennt  
bis früh um vier  
in der heizerkajüte licht  
immer noch haben wir  
den schlüssel  
von der waffenkammer  
nicht ...  
(Texte von  
Gerhard Gundermann,  
Tamara Danz, Silly:  
Februar, VEB Deutsche  
Schallplatten / BMG Ariola  
1988)

Hamburger und Fernsehserien weltweit profitabel absetzen zu können, dieser Kampf ist von uns weder zu führen noch zu bestehen, wenn wir allein bleiben.

Auch hier müssen wir fähig sein zur Koalition der Vernunft und als Koalitionspartner auch Qualifikation aufweisen. Hier ist auch keine mechanische Front zu ziehen zwischen Osten und Westen.

Beispiel: Wenn im ZDF John Wayne demonstriert, daß der bessere Mann der mit dem größeren Kaliber ist und parallel dazu im ARD Manfred Krug als kleiner Mann versucht, anderen kleinen Leuten zu helfen, sich gegen die Haifische zu wehren, dann sage ich, verläuft die Barrikade zwischen diesen beiden Kanälen. Oder, bei uns im Zweiten läuft ein spanisch-italienischer Abenteuerfilm, in welchem Dean Reed innerhalb einer Minute zwanzig Leuten den Garaus macht und dabei Witze erzählt, und in der ARD erzählt Romy Schneider »Eine einfache Geschichte«, und ich entscheide mich für die ARD, dann habe ich nicht das Gefühl, auf dem falschen Sender gelandet zu sein.

Wenn wir uns effektiv dagegen wehren wollen, daß weltweit amerikanische Plastikräume zur eigentlichen Sehnsucht der Völker hochstilisiert werden, müssen wir uns aufmachen für die Kulturen anderer Völker und unsere eigene Kultur in die Welt bringen. Wir haben in den letzten Jahren die Türen weit aufgemacht, aber ich habe stark den Eindruck von Einbahnstraße. Unsere Leute haben mitgesungen, als Springsteen von seinen Sehnsüchten und Ängsten erzählt hat. Aber wie ist es andersrum? Ich rede jetzt nicht von verschleppten Paßangelegenheiten, sondern davon, daß wir des öfteren angemahnt werden, nicht durch übermäßig genaue und kritische Haltungen dem Klassengegner Grund zum Lachen zu liefern oder gar geheimdienstliche Erkenntnisse.

Aber niemand wird in Zukunft vor oder gar nach Springsteen oder Cocker auf die Bühne gehen, der nicht in aller Härte, mit aller Offenheit und mit aller Liebe mit den Leuten darüber verhandeln will, was wir hier in diesem Lande miteinander machen; der dies will, darf und kann, nur der wird auf die Bühne kommen.

Zum Schluß noch einige Gedanken, die mich persönlich als Liedermacher betreffen:

Wenn man es als seinen sozialen Auftrag betrachtet, Fantasie zu ermutigen, Vorschläge zu machen, zu provozieren, Alternativen zu diskutieren, kommt man natürlich in Widerspruch zu Leuten, die der Meinung sind, im alleinigen Besitz der Rezepte zu sein. Und es kommt zum Konflikt. Das ist natürlich. Unnatürlich ist, daß meist vorher feststeht, wer der Sieger in diesem Konflikt ist.

Ein paar Sachen, die ich so erlebt habe: Ich habe mal ein Programm von mir vor Kulturhausleitern vorgestellt, und da hat einer gesagt, er würde dieses Programm nur ideologisch gestählten Werk tätigen zumuten. Und ich habe ihn gefragt, wie er da den Kartenverkauf betreiben will! Des weiteren ist es oft vorgekommen, daß ich von Kulturfunktionären befragt werde, ob das, was ich mache, denn noch auf unserem Boden gewachsen ist. Ich habe seit zwei Jahren einen Garten und einen erfahrenen Gartennachbarn. Ich habe noch nie gesehen, daß der vor einer ihm zu mickrig gewachsenen Tomatenstaude steht und sagt: Bist du denn auf meinem Boden gewach-

»Gundermann ist überzeugt, daß der neue Staat ›noch mehr pleite‹ ist als die DDR es war, demografisch, fiskalisch, na und ökologisch sowieso. ›Wir verbrauchen die Ressourcen unserer Enkel – ihr Wasser, ihre Luft und ihre Brennstoffe.‹ Er hat auch dafür ein schönes Bild: ›Es ist, als wenn ein oller Skoda und ein neuer Mercedes um die Wette in den Abgrund fahren. Der Skoda ist schon unten aufgeprallt, der Mercedes fliegt noch ein bißchen weiter. Und wir sitzen im Kofferraum.‹ So spricht der ›totale Pessimist‹ und verbreitet doch keine Untergangsstimmung.« (Birgit Walter: Mit Gundermann im Benz in den Abgrund fliegen. Der lange Weg eines FDJ-Aktivisten zum »Öko-Terroristen«, in: Berliner Zeitung, 21./22. März 1992, S. 33)

sen? Sondern er überlegt, ob sie vielleicht zu wenig Sonne abgekriegt hat oder zu wenig Wasser, ob der Boden von Schädlingen befallen ist oder mal wieder umgegraben werden müßte.

Wenn wir vor die Leute gehen, hat das immer was mit Liebe zu tun. Ich habe aber des öfteren die Erfahrung gemacht, daß sich Künstler und Veranstalter vor dem Konzert solange anwischen, daß also der Künstler auf die Bühne geht und zu der Nummer mit dem Publikum nicht mehr fähig ist. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß es eine ganze Reihe von Funktionären gibt, die ein Verantwortungssyndrom haben. Sie wollen einem immer die Verantwortung für das eigene Produkt abnehmen. Warum ist das so? Kommt das vielleicht daher, daß sie sich danach sehnen, selber etwas zu produzieren? Vielleicht sollte man das einführen! Was wird aus uns, wenn wir uns daran gewöhnen, daß uns jemand die Verantwortung abnimmt. Ich frage als Produzent elektrischer Energie: Wo ist der Funktionär, wenn der Bürger einsam vor die Steckdose tritt, Auge in Auge mit 220 Volt, und jeder weiß, daß ein elektrischer Schlag lebensgefährlich sein kann. Wie wenig gefährlich sind dagegen die Vorschläge, die ich in meinen Liedern und Geschichten zu machen habe. Als Bergmann produziere ich Energie. Die Leute setzen sich zu meinem Produkt ins Verhältnis, indem sie Licht einschalten oder nicht. Als Künstler produziere ich Lieder. Die Leute setzen sich zu meinem Produkt ins Verhältnis, indem sie sich eine Karte kaufen oder nicht. Der Funktionär hat hier nichts zu tun. Er kann sich seinen eigenen Aufgaben widmen; es sei denn, er will selber auftreten. Das soll er machen. Da wird er sehen, was er davon hat. Wir werden sehen, was wir davon haben.

Zum Abschluß möchte ich noch einen Satz sagen: Ich wäre natürlich immer noch als Landei in meinem Spreetal, wenn nicht ein paar Funktionäre und Künstler mich an die Hand genommen und gesagt hätten, guck mal, das könntest du machen. Willst du nicht? Oder das? Wir glauben, daß du das kannst. Ich habe es gemacht. Ich möchte mich bei denen bedanken. Viele davon sitzen heute hier. Ich möchte mich bei denen bedanken, die gegen meine Produkte waren und das offen mit mir diskutiert haben, und ich möchte mich bei denen bedanken, die aus dem Hinterhalt mit Knüppeln geworfen haben, weil, ich bin dadurch im Training, im Wiederaufstehen.

»Seine Lieder kamen ohne Lärmerei und Dünkel aus, sie bestachen durch Sensibilität, Geist und makellose Bilder. Gundermann hat sein Gitarrenkabel direkt in Tausende Ost-Herzen gestöpselt. Und er besaß die Aura des ehrlichen Arbeiters, der sich als Rockpoet und Baggerfahrer an den Fronten von Kunst und Alltag bewegte. Das Schneller-Höher-Weiter des Westens war ihm genauso suspekt wie geschichtslose Wetterwendigkeit. Dafür liebten ihn seine Fans.« (Michael Rauhut: Rock in der DDR, Bonn 2002, S. 140)

Website des Vereins  
Gundermanns Seilschaft:  
[www.gundi.de](http://www.gundi.de)

WOLFGANG SABATH

## Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Wenn es so weitergeht, können wir unsere Politik-Wörterbücher alle in den Müll werfen und müssen zudem Volkshochschulkurse belegen, in denen wir uns die neuen Bedeutungen alter Vokabeln beibringen lassen. Wenn uns jemand heute zum Beispiel »radikale Reformen« ankündigt, dann sollten wir schleunigst das Weite suchen – oder auswandern. In Berlin haben es doch SPD und PDS tatsächlich in trauter Koalition geschafft, daß das ehemals positiv besetzte Wort »Reform« gleichsam zum Schimpfwort verkam. Denn es bedeutet auch und vor allem Sozialabbau sondergleichen. Daß von derartigem Abbau Bedrohte gegen SPD-Regierungen auf die Straße gehen, ist in der Geschichte dieser Bundesrepublik ebensowenig ein Novum wie in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Doch daß es der – historisch gesehen – Neuling im linken deutschen Spektrum, die PDS, geschafft hat, daß Lohnabhängige gegen die von ihm mit zu verantwortende Berliner Politik auf die Straße gehen, ist neu.

Aber wenn es PDS-Parteitagsdelegierte immer wieder zulassen, daß Leute das Sagen bekommen, für die Regieren ein Wert an sich ist, dann ist ihnen und ihrer Partei nicht zu helfen. Das wird dann Beliebigkeit total.

Aber das ist nun schon nicht mehr neu, da muß sich nicht mehr herumgewundert werden. Was speziell von den Berliner PDS-Regierungsaktivisten gehalten werden kann, war mindestens seit jenem Tage klar, als sich die Hauptstadtsenatoren dieser Partei doch damals tatsächlich nicht in der Lage gesehen hatten, an der großen Anti-Bush-Demonstration teilzunehmen; und wem dieser Vorgang noch nicht gereicht hatte, sah sich dann spätestens bestätigt, als der Berliner PDS-Vorsitzende jene Bürgerinitiative, die den Bankenskandal aufklären will, im Regen stehen

ließ und einen »Grunewaldspaziergang« der Initiative (zu den Villen der Manager) »als wenig hilfreich« denunzierte – anstatt seine Parteimitglieder zu massenhafter Teilnahme aufzufordern.

Heute zum Frühstück war im Rundfunk zu vernehmen, Berlins Regierender Bürgermeister Wowereit habe sich dafür ausgesprochen, Nacht- und Sonntagsarbeit der Arbeit an normalen Wochentagen »gleichzustellen«. Und wieder haben wir es mit einer dieser verlangten Vokabeln zu tun: Denn der Charmingboy der Berliner Landesregierung hatte natürlich keine (vordergründig unverfängliche) Gleichstellung im Sinn, sondern meinte den Wegfall von Zuschlägen für Nachtschichten und oder Sonn- und Feiertagsarbeit. Soviel zum Thema »Das soziale Gespür deutscher Regierungssozialisten«.

Letztens hat es Oskar Lafontaine – verkürzt – so auf den Punkt gebracht: Die deutschen Gewerkschaften und ihre Funktionäre sind zum Abschluß freigegeben. Kaum eine Kommentarseite, keine Talkshow, keine Diskussionsrunde zum Thema, wo nicht Gewerkschaftsfunktionäre die Buhmänner abzugeben haben. »Die Gewerkschaften sind schuld!« – und da Bevölkerungen gemeinhin empfänglich für die Präsentation von Prügelknaben sind, ist Gewerkschaftsfeindlichkeit längst nicht mehr auf die Stammtische (die gehobenen wie die volkstümlichen) beschränkt, sondern hat inzwischen längst ihren Platz an den privaten Kaffee-und-Kuchen-Tischen der Republik. Das ist auch eine Folge eines sich breitmachenden Schnöseljournalismus. Schnöseljournalismus meint jene Art von Meinungsmache – vornehmlich betrieben von Schlipsträgern zwischen Mitte dreißig und Ende vierzig –, die auch nicht mehr die geringste Spur von solidarisch geprägtem Mitgefühl für Unterprivilegierte erkennen läßt. Hochdotierte Journalisten, die gut und gerne an einem oder an zwei Abenden das Monateinkommen eines Langzeitarbeitslosen »beim Italiener« lassen können, schreiben oder reden dann mit einer Schnoddrigkeit über sogenannte Besitzstandswahrer, und das sind – natürlich – immer die anderen. Neben etlichen Zeitungskommentatoren ist mir im Bereich sogenannten Schnöseljournalismus in letzter Zeit vor allem der *Bild-am-Sonntag*-Chefredakteur Claus Strunz, Jahrgang 1966, aufgefallen, der bei *n-tv* mit Andrea Fischer den *Grünen Salon* betreibt.

Aus dem nationalen Medienwesen ist zu vermelden, daß nun aus SFB und ORB der RBB geworden ist. Das allgemeine Wundern darüber, daß nicht Ulrich Deppendorf zum RBB-Intendanten gewählt wurde, sondern die weithin unbekannte Dagmar Reim, wußte eine Zeitschrift damit zu erklären, daß sich die Herren Schättle (einst SFB) und Rosenbauer (einst ORB) im Vorfeld der Wahl intern auf den WDR-Mann Deppendorf »verständigt« hatten – das kam heraus. Das Wahlkollegium habe demokratische Spielregeln verletzt gesehen und darum – quasi aus Daffke – Frau Reim gewählt.

Schättle und Rosenbauer werden es mit Fassung getragen haben, und der einstige ORB-Chef bekam dann von der neuen RBB-Chefin gleich mal einen Beratervertrag – auch so eine schwimmelige Vokabel.

Und was gibt es Neues über al Sahhaf, den einstigen irakischen Informationsminister? Er soll sich, zitierte der *Tagesspiegel* eine arabische Zeitung, »bei seiner Tante in Bagdad« versteckt halten. Ob er weiß, wie sehr er uns fehlt? Übrigens steht er nicht auf der US-Liste der meistgesuchten Iraker – Lügenbarone werden überall gebraucht.



Heike Walk, Nele Boehme (Hrsg.):  
**Globaler Widerstand.**  
**Internationale Netzwerke auf der**  
**Suche nach Alternativen**  
**im globalen Kapitalismus,**  
**Verlag Westfälisches Dampfboot**  
**Münster 2002, 221 S. (20,50 €)**

Gegen die völlige Unterwerfung der Welt unter die Interessen der Kapitalverwertung regt sich zunehmend spürbarer Widerstand. Die Proteste gegen den Gipfel der Welthandelsorganisation (WTO) 1999 in Seattle und die erfolgreichen Weltsozialforen in Porto Alegre gelten als Geburtsstunden der öffentlichen, also medialen Wahrnehmung der Aktivitäten gegen die neoliberale Variante der Globalisierung. Die gesteigerte Aufmerksamkeit vor allem der Massenmedien, sofern sie, anders als in Berlusconi Italien, noch frei sind, veranlaßte Heike Walk und Nele Boehme – Redaktionsmitglieder des *Forschungsjournals neue Soziale Bewegungen* –, die differenzierte(n) globalisierungskritische(n) Bewegung(en) sowohl wissenschaftlich als auch mit dem Ziel einer Selbstverständigung innerhalb dieser Bewegung zu erfassen. Diesen doppelten Anspruch erfüllen die Beiträge des Sammelbandes in sehr unterschiedlicher Qualität.

Das Buch ist ein notwendiger erster Versuch der Systematisierung globalisierungskritischer Organisationen. Auch daher repräsentiert es die Vor- und Nachteile, die fast immer mit Sammelbänden verbunden sind. Einerseits bieten sie den Lesern viele Themen, Sichtweisen und Schreibstile, andererseits fehlt ein vergleichbares argumentatives Niveau und eine gemeinsame Zielorientierung. So finden sich Einzelstudien zu spezifischen Bewegungen oder Organisationen (Zapatismus, zweimal Attac – Frankreich und Deutschland –, Kampagne gegen den Handel mit Kriegsdiamanten, Friends of the Earth oder »erlassjahr.de«) neben Beiträgen zu Methoden von Globalisierungskritikern (Kampagnen, Mediennutzung). Daß es dabei zu Überschneidungen kommt, ist kaum vermeidbar, wäre aber durch eine strukturierte Einleitung der Herausgeberinnen und durch eine überzeugendere Gliederung zu entschärfen gewesen.

Auf ein weiteres Desiderat der Auswahl macht in einer knappen Skizze Ronald Köpke aufmerksam: Die in diesem Buch wie vielfach in der deutschen globalisierungskritischen Diskussion vorherrschende Sichtweise ist die »nördliche«. Köpke vermutet daher große Probleme bei der Süd-Nord-Vernetzung der Globalisierungskritiker, freilich ohne wesentlich über die Nennung dieses Aspektes hinauszugehen.

Gelungen ist den Herausgeberinnen die Werbung zweier hochkarätiger Autoren, deren Texte legitimationsstiftend an den Anfang gesetzt wurden. Nicht fehlen darf der Doyen der deutschen Globalisierungskritik, Elmar Altvater, der unter anderem eine Definition von »Globalisierungskritik« formuliert: »Die Kritiker der Globalisierung leugnen nicht positive Seiten, doch werden die Negativposten sehr viel kritischer gesehen als von jenen, die der Globalisierung ... vor allem sonnige Seiten abgewinnen...« (S. 25 f.). Jeweils konkrete Kritik an negativen Folgen der Globalisierung habe zur Konsequenz, daß die »Bewegung« sehr unterschiedliche und vielfältige Wurzeln habe. Eine Zusammenarbeit sei daher nur als »Netzwerk« denkbar.

Pierre Bourdieu, zu früh verstorbener geistiger Vater eines solchen Netzwerkes, das mit dem Ziel der Einführung einer Devisentransaktionssteuer (Tobin-Steuer) als *Attac* zunehmend auch in Deutschland öffentlichkeitswirksam ist, plädiert in seinem aus Gesprächen zusammengestellten Text für eine europäische Sozialbewegung.<sup>1</sup>

Dieter Rucht, renommierter Bewegungsforscher vom Wissenschaftszentrum Berlin, systematisiert die von Altvater und Bourdieu angesprochene Vielfalt der Bewegung in seinem leSENSwerten Essay<sup>2</sup> (»Rückblicke und Ausblicke auf die globalisierungskritischen Bewegungen«). Rucht sieht in dem von ihm in eine Reihe ähnlicher Proteste seit 1985 gestellten und plastisch nachgezeichneten »Seattle« ein Fanal, das weltweit zur globalisierungskritischen Vernetzung beigetragen habe. Zugleich sei in Seattle die Breite der Bewegung deutlich geworden. Organisiert wurden die Proteste vom gewiß nicht revolutionsverdächtigen amerikanischen Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO, der auf eine Abfederung der kapitalistischen Globalisie-

zung ziele. »Umweltschützer, Frauengruppen, Dritte-Welt-Initiativen, Menschenrechts- und Bürgerrechtsgruppen, kirchliche Kreise und kritische Ökonomen verbanden ... ihre spezifischen Themen ebenfalls mit dem Prozeß der ökonomischen Globalisierung, wobei sich zwei Kritiklinien ausmachen lassen.« (S.58) Rucht differenziert zwischen einer sozusagen »reformistischen« Orientierung bei den genannten Gruppen, die die Globalisierung kontrollieren und zähmen wolle und einer radikaleren antikapitalistischen Richtung, die deutlich kleiner sei. Auf absehbare Zeit müsse das Verhältnis zwischen diesen Strömungen geklärt werden.

Rucht zeichnet die Entwicklung nach *Seattle* mit kritischem Blick auf die Demonstrationsrituale (vor allem zu nennen die teils gewalttätigen Auseinandersetzungen beim G7- Treffen in Genua) nach. Eine positive qualitative Änderung sieht der Autor bei den Treffen in Porto Alegre, bei denen die Globalisierungskritiker vom Reflex auf die Gipfelszenierungen ökonomisch und politisch Mächtiger hin zu einer eigenen strategischen Entwicklung gefunden hätten. Dies sei bereits durch den Tagungsort deutlich geworden.

Rucht schließt mit einem Ausblick auf die zukünftigen Herausforderungen der Globalisierungskritik. Vordringlich sei die Klärung des Verhältnisses zur Gewalt.<sup>3</sup> Damit verbunden sei die Strategie- und Bündnisfrage ebenso zu klären wie die Zielsetzungen und die anzuwendenden Methoden. Vor allem fordert Rucht eine Verbesserung der theoretischen Fundierung der Globalisierungskritik. Auf Dauer werde die punktuelle Kritik nicht hinreichen, um massenwirksam zu werden. Es müßten auch konstruktive Alternativen vorgelegt werden: Damit ... verbunden ist auch die Frage nach den grundsätzlichen ... Ordnungsvorstellungen: Geht es um einen Widerstand im oder gegen den Kapitalismus? ... Welcher Stellenwert soll Marktkräften zukommen? Worin besteht die Rolle von Staaten und der internationalen Staatengemeinschaft? Ist eine »Weltregierung« erstrebenswert?« (S. 75)

Nicht ohne Reiz für Geschichtsbewußte ist abschließend ein anderer Aspekt, nämlich daß die grundlegende Konzeption des Sammelbandes in einem Seminar der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung entwickelt und die

Publikation des Buches von der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt wurde. Breites linkes Interesse an der Globalisierungskritik?

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

- 1 Vgl. auch den Beitrag von Pierre Bourdieu in *UTOPIE kreativ*, Heft 139 (Mai 2002), S. 389-397.
- 2 Leser/innen, die sich in die Globalisierungskritik einlesen wollen, sei der instruktive Beitrag von Dieter Rucht als Einführung eher als die nur so genannte *Einleitung* der Herausgeberinnen empfohlen.
- 3 Das bei Abfassung dieser Rezension gerade zu Ende gegangene europäische Sozialforum in Florenz scheint darauf zu verweisen, daß die große Mehrheit der Globalisierungskritiker die kontraproduktiven Gewalttäter domestiziert hat.

Alexander Roesler,  
Bernd Stiegler (Hrsg.):  
Microsoft.  
Medien – Macht – Monopol,  
edition suhrkamp Frankfurt/Main  
2002, 272 S. (11 €)

Ich bekenne es freimütig: Auch diese Zeilen entstehen mit Hilfe von *Microsoft® Word*, einer der zahlreichen Applikationen aus der Software-Schmiede des William (Bill) H. Gates. Doch im alltäglichen Gebrauch dieser und weiterer *Microsoft*-Anwendungen befinde ich mich in guter Gesellschaft – mittlerweile laufen 95 Prozent aller Computer mit dem von *Microsoft* kreierten Betriebssystem *Windows*. Und so scheint sich die Tatsache, daß auf beinahe jedem PC, den man kaufen möchte, Produkte aus dem Hause *Microsoft* bereits vorinstalliert sind, inzwischen fast aus der Sache selbst zu ergeben. Es ist schwer vorstellbar, daß jemand im digitalen Informationszeitalter den nachhaltigen Siegeszug des Computers nicht zwangsläufig mit dem Erfolg von Bill Gates und seiner *Microsoft* assoziieren würde. Das ausgeklügelte Lizenzsystem, das bereits bei der Hardware ansetzt und global die Hersteller mit ihren Geräten in das System *Microsoft* so früh wie möglich einbindet, ist entscheidend für die Vormachtstellung von *Microsoft* in Fragen Software. Garantiert es doch ein Quasi-Monopol auf *Microsoft*-Produkte und schreibt es stetig fort. Wen wundert es also, wenn allerorten naiv mystifizierend vom »Phänomen Microsoft« gemunkelt wird und

der seit dem Washingtoner Prozeß selbsternannte »Chief Software Architekt« Bill Gates, versehen mit dem gottväterlichen Nimbus als König aller Computereffreaks, scheinbar felsenfest über seinem Reich von Bits und Bytes zu thronen scheint?

Die Herausgeber des vorliegenden Sammelbandes greifen jenes Phänomen auf. Dabei geht es ihnen in ihrer kritischen Auseinandersetzung weniger um eine Analyse der eindrucksvollen und zugleich problematischen Erfolgsstory des US-amerikanischen Großkonzerns. Vielmehr binden sie die Thematik in den Kontext eines komplexen Verbunds von Mediengeschichte, Wirtschaftsmacht und globaler Normierung ein und erkennen in *Microsoft* gerade deshalb ein Phänomen, weil an ihm einige der zentralen Fragen der Gegenwart in all ihrer Virulenz erkennbar werden (Vorwort).

In oft stark linker Akzentuierung bringt das Buch den Alltag jedes einzelnen in Korrelation zu den Strategien des Microsoft-Konzerns und betrachtet aus unterschiedlichen Blickwinkeln das Phänomen Microsoft. Elf sehr abwechslungsreiche Beiträge versetzen den Leser in die Lage, sein Bild von Bill Gates und Microsoft zu revidieren, weil er sich rasch mit den knallhart praktizierten Geschäftsgebahren des Konzerns konfrontiert sieht. Neben (natürlich) Informatikern kommen auch Literaturwissenschaftler, Medienhistoriker, Mathematiker, Philosophen, Datenschützer sowie Zeitungs- und Radioredakteure zu Wort und allein schon die Auswahl der Autoren garantiert ein wohlthuendes Konglomerat der Argumentation und eine facettenreiche Darstellung. Die oft mit Hintersinn und Ironie geschriebenen Aufsätze lesen sich durchweg informativ bis spannend und sind, auch wegen ihrer gut faßbaren Länge, niemals langweilig. Und sie machen Lust auf mehr. Wer tiefer in die Materie eindringen möchte, findet im vorbildlich ausgestatteten Anmerkungsapparat zahlreiche Hinweise auf weitere Literatur. Da fällt im Gesamterscheinungsbild das leicht fehlerhafte Inhaltsverzeichnis kaum ins Gewicht.

Widmet man sich mit etwas Lust und Zeit dem Lesestoff, so erfährt man nicht nur von den technischen Stärken und Schwächen der *Microsoft*-Programme (S. 103 ff., 212 ff.), sondern auch höchst Erstaunliches über die

Entwicklungen moderner kapitalistischer Marketing-Strategien und den ungezügelter Konkurrenzkampf in der Computertechnologie. Vervollständigt werden diese Anmerkungen durch einen Beitrag zum *Microsoft*-Prozeß (S. 130 ff.). Letztlich markiert der nur den juristischen Gipfel eines monopolistisch-spekulativen Kalküls, dennoch aber wird Otto-Normalleser mit geradezu spektakulären Einblicken versorgt. Es scheint fast absurd, wie mit Geld und außergerichtlichen Einigungen in wirklich exorbitanten Dimensionen ein Streit um Wettbewerb und Monopol beigelegt werden kann. In beziehungsreicher Betrachtung wird die Wirtschaftsmacht *Microsoft* untersucht (S. 73 ff.) und, im Zusammenhang mit den sensiblen Fragen des Datenschutzes (S. 239 ff.), das aufschlußreiche Verhältnis des Konzerns zum Internet und der Browserkrieg mit *Netscape* durchleuchtet (S. 134 ff.). Es ist eben nicht selbstverständlich, daß die Benutzeroberflächen des weitaus größten Teils der Computerbenutzer identisch konzipiert sind und daß damit die technische wie visuelle, funktionale wie strukturelle Organisation gleichen Vorgaben gehorcht und damit Microsoft die Wirklichkeit am PC festlegt. Es ist ebensowenig selbstverständlich, daß der Zugang zum Internet in gleicher Banalität erfolgt und so zugleich eine zentrale Erfassung maßgeblicher Benutzerdaten weltweit technisch möglich wird. Hierbei ist es überaus lesenswert, wie es dem »Undergraduate« Bill Gates, der vormals, als er noch selbst DOS programmierte und leidlich BASIC schrieb (S. 66), inzwischen problem- und skrupellos gelingt, über die Systeme von Hard- und Software ein Gespinnst aus Patenten, Handelsmarken und Geheimhaltungsabkommen zu weben, das schlichtweg auf bezahlter Ausbeutung geistiger Arbeit seiner streng voneinander abgeschotteten Programmierknechte beruht (S. 71). Wundern wir uns noch, wenn wir erfahren, daß die *Microsoft*-Corporation erwägt, Änderungen an der US-amerikanischen Verfassung durchzusetzen?

Denn die Gattessche Vision von der »Extension des Menschen« via Computer, so das ernüchternde aber nicht unerwartete Resümee, ist längst zu einer Frage der Extension geopolitischer Macht der USA geworden (S. 24 ff.): *Microsoft*-Anwendungen existieren in allen Sprachen und verbreiten amerikanische Kultur

durch tägliche Nutzung im privaten, beruflichen und öffentlichen Raum. Das Englisch als lingua franca des PC sichert den USA eine beispiellose Dominanz in der Computerwelt. Der globale *Windows*-Standard macht ganze Wirtschaftszweige zunehmend von dem US-amerikanischen System abhängig und schwächt so die strategischen Fähigkeiten potentieller ökonomischer und militärischer Mitbewerber. Eindrucksvoller kann eine Demonstration der »Vorteile« einer unregulierten Ökonomie nicht sein. Jede Zerschlagung des Konzerns würde also grundlegende Mechanismen der amerikanischen Industrieentwicklung gefährden. Wundern wir uns noch, daß die Anklage gegen *Microsoft* wegen Verletzung des Anti-Monopolgesetzes die vielfach belegt werden könnte, fallengelassen wurde und die Bush-Regierung ihren Frieden mit *Microsoft* geschlossen hat?

So ist die Geschichte von *Microsoft* in vieler Hinsicht ein Lehrstück der Geschichte der Gegenwart – schon deswegen sei die Lektüre empfohlen. Trotzdem ist das Buch nicht unbedingt etwas für den Nachttisch. Wer könnte schon nach der Lektüre eines Psychogramms von Bill Gates gut einschlafen?

KLAUS MELLE

Christoph Deutschmann (Hrsg.):  
Die gesellschaftliche Macht des  
Geldes, Leviathan Sonderheft 21,  
Westdeutscher Verlag  
Wiesbaden 2002, 367 S. (29,90 €)  
Werner Rügemer:  
Arm und reich. Bibliothek  
dialektischer Grundbegriffe,  
Band 3, transcript Verlag Bielefeld  
2002, 52 S. (5,50 €)

In Krisenzeiten, wenn die Verteilungsspielräume sichtlich enger werden, gelangen Fragen der Vermögensverteilung, der Reichtumskonzentration und der Macht des Geldes regelmäßig in den Fokus der Diskussion. So ist es auch diesmal: Seitdem die Bundesregierung 2001 ihren *Armuts- und Reichtumsbericht* vorgelegt hat, reißt der Strom von Publikationen

zu diesem Thema nicht mehr ab. Dies ist durchaus zu begrüßen, denn dadurch wird nicht nur ein aufgestautes Informationsbedürfnis befriedigt, sondern zugleich auch das öffentliche Problembewußtsein literarisch angeregt. Gehört doch gerade der Reichtum in diesem Land zu den bestgehüteten Geheimnissen, so daß ein bißchen Diskussion darüber nur gut sein kann – für die Verstärkung der Transparenz gesellschaftlicher Verhältnisse, aber auch für die Durchsetzung einer größeren Verteilungsgerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Werner Rügemer zielt mit seinem Essay *arm und reich* genau in diese Richtung, indem er aufzeigt, daß Armut als eine quasi »öffentliche Erscheinung« breit wahrgenommen wird, während der Reichtum in der Regel außerhalb jeder Betrachtung bleibt. Die dafür vorgebrachte Entschuldigung, daß für den Reichtum eine klare Definition und Abgrenzung fehle (S. 16), entlarvt er als Ausrede und zweckdienlichen Vorwand, um die wahren Verhältnisse zu verschleiern. Die Problematik gewinnt vor dem empirischen Hintergrund, daß das statistisch ausgewiesene Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland derzeit mehr als 10 Billionen € beträgt, diese sich aber extrem ungleich auf die einzelnen Klassen, Schichten und Gruppen verteilen, erheblich an Brisanz: Mehr als 42 Prozent des gesamten Privatvermögens gehören 10 Prozent der Haushalte, während sich die untere Hälfte der Bevölkerung mit 4,5 Prozent der Vermögenswerte begnügen muß (S. 18). Der Autor stellt Reichtum und Armut einander dialektisch gegenüber und versucht, die nationale Problematik in einen globalen Zusammenhang zu stellen, wodurch sich freilich alles zuvor Entwickelte relativiert: Angesichts der globalen Armut erscheinen selbst die Armen in Deutschland als reich. Erst recht ist vor diesem Hintergrund die Feststellung richtig, daß Deutschland ein »reiches Land« ist. Immerhin übersteigt hier die Zahl der als reich anzusehenden Personen (ca. 5 Millionen) die Zahl der Sozialhilfeempfänger um einiges (S. 21).

So flüssig wie das Buch geschrieben ist, so ist es doch nicht frei von Schnitzern: zum Beispiel, wenn bei der Definition des Reichtums statt des Doppelten nur die Hälfte des Durchschnitts angesetzt wird (S. 20). Auch die Aussagen zum Immobilien- und Produktivver-

mögen sind nicht immer schlüssig, worunter die Polemik mitunter leidet. Hier hätte mehr statistische Sorgfalt gut getan und die Überzeugungskraft des sonst so gelungenen Bändchens erhöht.

Einen ähnlich ganzheitlichen Ansatz verfolgt auch das zweite hier vorgestellte Buch, ein Sonderband der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift *Leviathan* zum Geld. Anliegen dieser Publikation ist es, »die fachdisziplinäre Zerstückelung der Analyse des Geldes zu überwinden und die Einheit des Gegenstandes sichtbar zu machen. Die gesellschaftliche Macht des Geldes erstreckt sich über die Wirtschaft wie die Politik, über die normativen Ordnungen der Gesellschaft ebenso wie über private Lebensgeschichten und Interaktionsbeziehungen« (S. 18).

Geld wird bekanntermaßen spätestens seit Georg Simmel (*Philosophie des Geldes* –1900) von Ökonomen und Soziologen getrennt untersucht, einmal als Wertmaß und Tauschmittel und das andere Mal als Träger sozialer Beziehungen. Diese unglückliche Arbeitsteilung hat aber wie so oft, so auch hier, fatale Konsequenzen. Die schlimmste ist, daß das Geld auf diese Weise von *beiden* Disziplinen nur defizitär wahrgenommen wird, als komplexe Kategorie aber nirgendwo mehr auftaucht. Als solche fiel es einfach durch das Raster der akademischen Arbeitsteilung und gehört seitdem, wie Heinsohn/Steiger zu Recht feststellten, zu den »ungelösten Rätseln« der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (vgl. *UTOPIE kreativ* 147, S. 86 ff.). Christoph Deutschmann thematisiert genau dieses Defizit (S. 7 ff.) und zeigt, wie es überwunden werden könnte. Der rote Faden dabei ist: »das Geld nicht nur als technische Größe aufzufassen, sondern seine gesellschaftliche Eigenbedeutung als Medium und Vehikel von Macht sichtbar zu machen« (S. 10).

Es ist dem Herausgeber gelungen, eine größere Anzahl von Autoren zu finden, die sich dieser Aufgabe angenommen haben: Soziologen, Psychologen, Theologen, Politikwissenschaftler, leider aber keine Ökonomen. Dabei sind sehr interessante und anregende Beiträge entstanden. Der große Durchbruch jedoch, die Lösung des »Geldrätsels«, ist auch hier nicht gelungen. Letztlich bleiben auch die hier vereinigten Aufsätze in ihrer jeweiligen

fachspezifischen Sicht verfangen. Bestenfalls sind es Bausteine für eine gesellschaftliche Theorie des Geldes, die dabei entstanden sind, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ihre Lektüre lohnt sich allemal, besonders für Ökonomen, deren Geldverständnis gegenüber den hier vertretenen Positionen normalerweise weit zurücksteht.

Im ersten Teil wird das Geld als »Kommunikationsmedium« analysiert. Drei Aufsätze beschäftigen sich damit, indem sie die Theorien von Parson und Luhmann kritisch referieren und in einigen Punkten weiterführen. Besonders hervorzuheben ist der Aufsatz von Heiz-Peter Spahn, da hier ein wirklich breiter gesellschaftstheoretischer Ansatz zugrunde gelegt wird – von Marx und Keynes bis zu Altwater und Riese. Spahn plädiert für eine Definition des Geldes als »Wirtschaftsordnung«, in der die »ökonomischen Interaktionsprozesse über geldliche Kontrakte und Geldzahlungen abgewickelt werden« (S. 69). Insofern existiert die Marktwirtschaft real als »Zahlungswirtschaft« (S. 70), woraus sich die Bedeutung der Geldausgabe für die Organisation der Wirtschaft ableitet.

In dem sich daran anschließenden zweiten Teil geht es um das Verhältnis von Geld und Religion. Unter Berufung auf Marx, Max Weber und Walter Benjamin geht Deutschmann hier der Frage nach, welche Konsequenzen es jeweils hat, wenn an die Stelle »der Sache« selbst ein »Zeichen« tritt: »Wie Gott ist Geld, was es bedeutet.« (S. 12) Aber, was bedeutet es eigentlich? Mit Benjamin faßt er den Kapitalismus als »säkularisierte Religion« des Menschen auf, worin sich der einzelne verliert und das Geld, als wichtigstes Symbol, nicht greifbar ist, eine »Chiffre« bleibt. Die eigentliche religiöse Desillusionierung der Menschheit sieht der Autor als erst noch bevorstehend: »Der Abschied von der Religion des Geldes« (S. 105). In einem weiteren Beitrag dazu wird diese Position noch erhärtet, indem nicht nur dem Geld, sondern dem Kapitalismus als Ganzes eine »religiöse Natur« zugesprochen wird (S. 130 ff.). Als entscheidend wird hier jedoch die Differenz zwischen Gott und Götzen, Reichtum und Mammon usw. hervorgehoben, eine aus theologischer Perspektive möglicherweise interessante Fragestellung, aus ökonomischer Sicht wohl aber



weniger. Im Resümee gelangt der Autor Franz Segbers zu dem allerdings bemerkenswerten Urteil, daß der Geldfetischismus und die Überhöhung des Mammons in der Gegenwart »keine harmlose religiöse Verirrung ist, sondern Legitimation eines destruktiven Herrschaftssystems« (S. 131).

Weitere Beiträge sind anthropologischen und tauschtheoretisch-soziologischen Fragen gewidmet, psychologischen Aspekten sowohl des Geldes als auch der Börse und dem geldvermittelten Konsum. Daran an schließen sich Texte, die unter der Überschrift »Geld und Sozialcharakter« zusammengefaßt wurden – allesamt sehr originell und lesenswert. Ein Beitrag der Extraklasse ist der Aufsatz von Jochen Hörisch, Autor des Bestsellers *Poesie des Geldes*, worin neuere Literatur über das Geld kenntnisreich und witzig kommentiert wird, Lust darauf machend, all die vorgestellten Bücher selbst zu lesen (S. 316 ff.). Abgeschlossen wird der Band mit zwei unmittelbar politikbezogenen Beiträgen von Rainer Wehnert und Mathias Binswanger, die sich mit dem Prozeß der Autonomisierung von Zentralbanken und dem Phänomen spekulativer Blasen an den Weltbörsen befassen.

ULRICH BUSCH

**Michael Steffen:**  
**Geschichten vom Trüffelschwein.**  
**Politik und Organisation**  
**des Kommunistischen Bundes**  
**1971 bis 1991,**  
**Assoziation A,**  
**Berlin-Hamburg-Göttingen 2002,**  
**409 S. (24 €)**

Der Autor dieser (bearbeiteten) Dissertation über die Geschichte des Kommunistischen Bundes (KB) betont, daß er selbst nie dem KB angehört habe, sondern aus »autonomen« linken Zusammenhängen komme. Dieser Hinweis ist wichtig, nicht nur vor dem Hintergrund einer durchaus zu spürenden Sympathie Steffens für seinen Forschungsgegenstand, sondern auch in bezug auf umstrittene Insider-texte (Gert Koenen: *Das rote Jahrzehnt*) und

Äußerungen ehemaliger Angehöriger radikaler linker Strömungen der späten 60er und 70er Jahre; erinnert sei hier nur an die Fischer- und Trittin-Debatten.

Der KB war, wie alle »maoistischen« Organisationen, sofern Parlamentswahlen (an denen er sich im Unterschied zu KBW, KPD, KPD/ML und anderen Konkurrenzorganisationen klugerweise nie separat beteiligte), Exekutivfunktionen, Funktionärsrepräsentanz in Großorganisationen wie Gewerkschaften oder Wahrnehmung durch Massenmedien die Kriterien sind, eine marginale Größe. Auch die Mitgliedszahlen (maximal 2500) scheinen für ein Sektendasein zu sprechen. Zu bedenken ist aber, daß die PDS in den alten Bundesländern immer noch weniger als 5000 Mitglieder hat. Wie alle »K-Gruppen« verstand sich der KB als leninistische Kaderpartei, die hohe Ansprüche an das zeitliche und finanzielle Engagement der Mitglieder stellte. So sammelte auch der KB beträchtliche Mittel, freilich in geringerem Maße als der »reiche« KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands). Erstaunlich unproblematisch verlief die Aufteilung von Geldern bei der Abspaltung der »Zentrumsfraktion« (Gruppe Z) 1979 (S. 288), aus der mit Thomas Ebermann, Jürgen Reents und Rainer Trampert führende Grünen-Politiker der achtziger Jahre hervorgingen. Gemessen an den Fehden und Feindschaften anderer linker Organisationen bei Spaltungen war dies keine gering zu schätzende Leistung und ein Indiz, das auf eine Sonderstellung des KB im Vergleich zu anderen K-Gruppen hindeutet, wengleich es an bitteren Zerwürfnissen nicht fehlte. Ein weiteres Indiz stellt die fortdauernde Existenz des »AK« (ehedem »Arbeiterkampf«, nunmehr »Analyse und Kritik«) dar, eines Blattes, das stärker als die Zeitungen und Zeitschriften der anderen »K-Gruppen« oder der DKP eine zumindest punktuelle Offenheit und Bedeutung über das unmittelbare Umfeld der Organisation auf Gegenöffentlichkeit und linke Debatten besaß und besitzt.

Der von Georg Fülberth entlehnte Titel des Buches (S. 9) verweist auf die Fähigkeit des KB, »wie ein Trüffelschwein« nach neuen sozialen Impulsen und Bewegungen zu suchen. So spielte der KB phasenweise in der Anti-AKW-Bewegung (Brokdorf, Kalkar, Grohnde)

eine wichtige Rolle und auch in der Formierung des bunt-alternativen Teils der grünen Wahlbewegung, so in der »Bunten Liste« 1978 und später der Grün-Alternativen Liste/GAL in Hamburg und einigen anderen grünen Landesverbänden. Auch in der gewerkschaftlichen Arbeit war der KB zumindest in Hamburg stark verankert, stellte er doch zeitweise rund 100 Betriebsräte/innen (S. 141), obwohl sich seine Aktiven eines erheblichen Widerstandes vieler Gewerkschaftsfunktionäre ausgesetzt sahen und der KB davon Abstand nahm, hauptamtliche und höhere Funktionen anzustreben. Der langjährige freigestellte Betriebsrat bei Texaco (heute DEA) und spätere Grünen-Sprecher Rainer Trampert ist das vielleicht prominenteste Beispiel. Die Internationalismus-Arbeit (u. a. Vietnam, Chile, Portugal, südliches Afrika) kann als weiteres Argument gegen eine Unterschätzung des KB angeführt werden. Schließlich sind es viele Personen, die später in anderen politischen Zusammenhängen eine Rolle spielten, die für die Bedeutung des KB sprechen. Neben den erwähnten Personen sei hier nur auf Heiner Eckhoff, Kai Ehlers, Jürgen Elsässer, Claudia Gohde, Ulla Jelpke, Andrea Lederer, Knut Mellenthin oder Heiner Möller verwiesen. Angaben zu diesen und weiteren einstigen KB-Aktiven finden sich im Anhang (S. 347 ff. ).

Zur Überschätzung der Substanz des KB besteht allerdings auch kein Anlaß. Mag der KB auch skeptischer als andere ML-Gruppen gewesen sein, unrealistische Erwartungen einer revolutionären Entwicklung wie einer drohenden »Faschisierung« prägten auch seine Arbeit. Bei aller Bündnisfähigkeit war innerorganisatorische Demokratie sicherlich kein Markenzeichen des KB. In seiner Kritik erst an der außenpolitischen Wende Chinas Anfang der 70er Jahre und dann der innenpolitischen Umorientierung nach Maos Tod 1976 stellt Steffen den KB als weit flexibler dar als die anderen ML-Gruppen (S. 269f.). Die unkritische Bezugnahme auf den Maoismus und die damit einhergehende Verharmlosung, ja Rechtfertigung des Stalinismus prägte jedoch auch den KB.

Der KB war in Hamburg am stärksten und auf Hamburg als Zentrum ausgerichtet. Hier hatte er zeitweilig bis zu 1 500 Mitglieder – die PDS kommt heute auf rund 300, und die

Grünen, die hier mit bis zu 14 % der Stimmen ihre bundesweit besten Landtagswahlergebnisse erreichten, haben heute auch nicht mehr Mitglieder als der KB Mitte der 70er Jahre. Da Mitgliedschaft in einer »K«-Gruppe sehr aktiv verstanden wurde, ist die Zahl umso bedeutender. KB-Strukturen gab es auch in anderen Orten, aber nirgendwo war die Dominanz des KB gegenüber anderen ML-Gruppen, Spontis und vielleicht sogar der DKP so ausgeprägt wie in Hamburg. In West-Berlin etwa dominierte die KPD, deren Aktivisten/innen maßgeblich am Aufbau der Alternativen Liste mitwirkten. Und in Süddeutschland spielte der KB selbst im schmalen Segment der radikalen Linken eine untergeordnete Rolle.

Trotz mancher Schwächen des Buches, so etwa der unzureichenden Einbettung in die Gesamtgeschichte und einer nur bedingt gelungenen Vermittlung von Atmosphäre und Stimmungen der 70er und 80er Jahre sowie des Fehlens einer einordnenden Zusammenfassung ist dem Autor eine wirklich wertvolle und auch für manche heutigen Konfliktlinien in der deutschen Linken aufschlußreiche Darstellung gelungen. Dies keineswegs nur wegen der Schilderung der Spaltung 1989/91 in »Mehrheit« (die sich teilweise auf die PDS hin orientierte) und »Minderheit« (Gruppe K, radikal antinationale Strömung), die für das Verständnis der »antinationalen« Linken und damit von manchen innerlinken Bruchlinien von großer Bedeutung ist, die bis zur heutigen Irak-Krise nachwirken.

FLORIAN WEIS

**Malcolm Sylvers:**  
**Die USA – Anatomie**  
**einer Weltmacht.**  
**Zwischen Hegemonie und Krise,**  
**PapyRossa Verlag Köln 2002,**  
**280 S. (16,90 €)**

»Was sich überhaupt sagen läßt, läßt sich klar sagen.« Dieses Zitat aus dem *Traktus logico-philosophicus* auf das Buch von Sylvers angewandt, verspricht sicherlich nicht zuviel: Das Buch ist für Einsteiger eine wahre Offenba-

rung, für Kenner eine interessante Ergänzung und Bestätigung. Mit ihm lassen sich die US-amerikanische Gesellschaft und die Zusammenhänge der Regierungspolitik leichter verstehen. Übersichtlich strukturiert, erklärt der Autor die Entwicklung der Wirtschaft während der letzten Jahrzehnte, die Klassenstruktur, die Innen- und Außenpolitik mit einem Überblick über die wesentlichen nationalen Kontakte und Konflikte sowie die oppositionelle Politik des Landes. Ohne flachen traditionell anti-amerikanischen Populismus beweist Sylvers hier die Möglichkeit, den Marxismus als legitime und vor allem brauchbare wissenschaftliche Methode zu nutzen. Die derzeitige kapitalistische Entwicklung mit ihren charakteristischen Erscheinungen (politisch, militärisch, ökonomisch und soziologisch) läßt sich logisch erklären. In die Phänomenologie einer sich verändernden Hegemonie bettet der Autor – als Konsequenz – die Globalisierung der US-Wirtschaft ein. Die weltweite Vormachtstellung des US-Dollars und das zunehmende Mißverhältnis zwischen Import und Export veranlassen Sylvers dennoch zu der Frage, ob die amerikanische Wirtschaft wirklich globalisiert ist.

Der unverkennbare Einfluß der Banken auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Oligopolisierung sind die Grundlage eines vom Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus. Die Folgen sind ein fortschreitendes Sinken der die Gesellschaft bestimmenden qualitativen und quantitativen Faktoren wie das Leben in den Städten, der Erwerb von Wohneigentum, Hochschulbildung, Entlohnung, Gesundheitswesen und Arbeitsplatzsicherheit. Diese Entwicklung macht auch einen Blick in das Demokratieverständnis notwendig. An dieser Stelle spricht der Autor von einer »meist ehrlich gemeinten Verwechslung von Demokratie und Liberalismus«. Diese suggestive Verklärung führt zu einem »Demokratiemythos«. Die unabhängige Entwicklung der US-amerikanischen Wirtschaft verursachte letztlich auch fulminante Einsparungen beim Sozialstaat, deren Folge Einkommensverluste und Arbeitslosigkeit waren und sind. Die Arbeitslosenstatistiken sind eine der »größten ideologischen Fälschungen der Gegenwart«. Die Abhängigkeit der Arbeiter von ihrer Arbeit als Dreh- und Angelpunkt für ihre Lebenslage

führt Sylvers vom Kapitel der »Umstrukturierung der Volkswirtschaft« zur Analyse der »Neue(n) Klassenstruktur«. Folglich erkennt er in der Dynamik der Wirtschaft einen Teil der Ursache für das »Fehlen eines sozialen Netzes«. Das seit Anfang der 80er Jahre stetig gesunkene Einkommen (insbesondere in einer Zeit, in der die ohnehin höheren Gehälter steigen und die Profite der transnationalen Konzerne durch Lohnsenkung zunehmen) offeriert eine fragwürdige gesellschaftliche Entwicklung. Kennzeichen der US-amerikanischen Wirtschaft sind folgenschwere Deindustrialisierungs- und Dezentralisierungsprozesse. Wengleich Sylvers der Politik nicht die primäre Schuld an der makroökonomischen Entwicklung gibt, so hat sie diese nach seiner Ansicht zumindest nicht verhindert. Kennzeichnend dafür ist der Umgang mit und die oppositionelle Wirksamkeit der Gewerkschaften. Interessant ist die Darstellung der US-amerikanischen Klassenstruktur anhand des Armutsbegriffs, auch wenn sie etwas zu lang geraten ist. Auf der Suche nach einer amerikanischen Identität ist eine historische und aktuelle Analyse der internationalen Beziehungen, der ethnischen Konflikte und der Entwicklung des Feminismus unumgänglich, zumal »die Lage der Frau ... Aufschluß über die Gesellschaft selbst« gibt und »die Rassenfrage als das am schwierigsten zu lösende Problem anzusehen ist«.

Die Beantwortung der Frage »Was ist heute rechts?« gestaltet sich – bezüglich einer fast unscheinbaren Oppositionspolitik – sehr aufschlußreich. Auch wenn die Außenpolitik der USA, ein Spiegel ihrer eigenen Gesellschaft, gemessen an der nötigen Umfänglichkeit im vorletzten Kapitel ein wenig zu kurz kommt, wird doch Wesentliches gesagt. Das letzte Kapitel beschäftigt sich schließlich eingehend mit der nationalen Oppositionspolitik. Sylvers sieht sie zu Recht als ein notwendiges und hoffnungsvolles Unterfangen an. Insgesamt ein lesenswertes Buch!

ANJA LAABS

## JÖRN SCHÜTRUMPF

### The June-Insurrection of 1953. Problems with the Class. Theses

Retrospectively discussing the relations between the working class and the party, in the context of the past 150 years, the author views the June 17, 1953 workers rebellion in the GDR as a climax. The working class was confronted with a social system, characterised by the author as a Soviet type State monopolism, having nothing to do with the government of, or even in the name of the working class. On the contrary, who really held the power was a ruling bureaucracy, produced by the »avant-garde« which dominated the society by despotic means, in the name of socialism. The June 17th uprising was suppressed, but the working class of the GDR did not go home empty handed. A relatively high living standards was guaranteed, as well as a tolerable work stress maintained. In the aftermath of the June 17th rebellion, the entire political and social system of the GDR was determined by compromise: Compromise between the working class and the ruling bureaucracy.

## KARL-HEINZ GRÄFE

### 1953: the Crisis of the Empire and the »New Course« in Eastern Europe

For the first time in German speaking countries, the author analyses the effects Stalin's death had on different countries in Eastern Europe. Discussing the protest movement in Czechoslovakia in early June 1953, he finds many parallels to the rebellion of the workers in the GDR on June 17th. Romania is seen as an example for the continuity of Stalin's policies. The development in Hungary from 1953 – 1955 stands for an early attempt at reform-communism brought abruptly to a halt by Moscow in 1956. With a comparison of methods developed by Moscow to strengthen its grip on the Eastern European Party leaders – each reacting differently, the author broadens the comprehension of the crisis that ensued Stalin's death, as a crisis of the entire communist block.

## HANS JÜRGEN KRYSMANSKI

### Who's directing the new wars?

It is misleading to say that »America« is trying to establish a new world order and that »Europe« should counteract this effort. Both continents team up with different groups and positions in their competition for power and influence. And the Left certainly has more in common with American democratic and humanitarian traditions than with European nationalism. The author argues in this paper that a particularly unsavoury faction of the American power elite is attempting to hijack the globalisation process. Some aggressively assert that this is a joint effort by Pentagon and Wall Street (Thomas P. M. Barnett, James Woolsey). Others remind us of Dwight D. Eisenhower's warnings of the military-industrial-complex. Therefore it is essential to take a closer look at the global interplay between private wealth, corporate and military elites, political directorates, the media etc., all of which are chipping away at the foundations of democracy everywhere.

## PEER HEINELT

### Only German wars are the good wars

The essay emphasizes the fact that most journalists working for German media organs, even though critics of current US war propaganda, have learned no les-

sons from their own behaviour during the war against Yugoslavia in 1999. In 1999, German journalists were themselves war propagandists – and will probably revert to this role, when Germany again becomes an active combatant. The struggle for information on the news market, makes journalists dependent upon declarations made by members of the political elite, transmitted by professionals PR agencies. In wartime, only the »embedded correspondent«, in the broadest sense of the term, receives access to inside information giving him/her a head start in the competition against other journalists. But at the same time, (s)he becomes a mouthpiece of the political elite – if (s)he had not already been.

**HELGE MEVES**

## The Self-Image of the PDS party, Neoliberalism and Middle-Down-Alliances

The on-going discussion taking place in the PDS following the electoral defeat in September 2002, presupposes different views of how the party sees itself, sees neoliberalism and middle-down-alliances. To demonstrate her point, Meves describes the German cartel party or party state, the ideals vs the reality of, what Susan George refers to as the hegemonic Gramscian right and the middle-down-concept in social science. Through the inter-relationship between these points, one can show how the protagonists of various positions in this debate presuppose the positions held by the others, thereby determining their presentation of the PDS as a whole. The author points to specific problems in public relations, dead end streets in the forms of criticism and suggests that for a coherent policy, left socialists need their own realm in which to develop their specific projects.

**SAHRA WAGENKNECHT**

## What Purpose does the Program of a Socialist Party have?

The author makes a comparison between the most recent draft of the party program and the draft presented in 2001. She places four demands on a program of a socialist party: 1) an analysis of the current stage in capitalist development, 2) the strategies of those in power and the current balance of power relations; 3) a description of socialist society as an alternative to the existing system; 4) the objectives the socialist party is presently struggling to reach – by which it's progress will be judged – and explanations as to how this struggle under the prevailing conditions could be waged in order to be most effective in changing the present situation. Alongside its presentation of analyses and objectives, a program, should outline the party's bridge from today to tomorrow.

**ANNELIESE BRAUN:**

## In search of a feminist economic theory

Feminisation of economy is one of those projects, which would cause a necessary shift of paradigms, creating cornerstones for (non-patriarchal, non-capitalist) alternatives and emancipation. Therefore it is of concern, to examine particular feminist concepts as to the contributions they make toward the feminisation of economy and to clarify their alternative demands, as well as their challenges in favour of wider ranging building blocks of emancipation. The objective – contrary to earlier feministic discussions of classical Marxism – is to take contributions of both orientations to arrive at a more comprehensive perspective on the question of the reproduction of life. The crystallisation of a rapprochement in criteria for non-patriarchal and non-capitalistic alternatives will be a result.



# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von 30000 Zeichen, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

## Impressum

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

ULRICH BUSCH, WOLFRAM ADOLPHI,  
THOMAS GERLACH, ARNDT HOPFMANN,  
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,  
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i. S.d.P.),  
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,  
Tel.: 030– 44 310-157/130/123, Fax-181/122

Internet: [www.utopiekreativ.de](http://www.utopiekreativ.de)

E-Mail: [utopiekreativ@rosalux.de](mailto:utopiekreativ@rosalux.de)

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,  
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,  
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 110:	je	1 €
Heft 111 bis 134	je	2,50 €